



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Die Europäische Nachbarschaftspolitik im Libanon

Verfasserin

Magdalena Mauracher

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, Jänner 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuerin / Betreuer:

Mag. Dr. Karin Liebhart

INHALT

Abkürzungsverzeichnis.....	1
Einleitung.....	2
Methodik und Arbeitsweise.....	3
Kapitel I: ‚Everything but institutions‘ - die ENP im Euro-Mediterranen Governance System	7
Kapitel II: Die “gemeinsamen Werte”: Inkohärenzen zwischen Mittel und Zweck der ENP	13
Kapitel III: Der Libanon: politische Muster und Traditionen einer multi-konfessionellen Proporzdemokratie.....	28
3.1. Historischer Abriss: die Entwicklung der politischen Kultur des Nachkriegslibanon	29
3.2. Die Zedernrevolution: die Entstehung neuer politischer Konfliktlinien und Ausgangslage der Europäischen Nachbarschaftspolitik mit dem Libanon.....	37
Kapitel IV: Die Europäische Nachbarschaftspolitik im Libanon: Der politische Dialog	48
4.1. Die EU und die Kanäle der libanesischen Politik während des Konfliktes 2006-2008.....	52
4.2. Die EU und Syrien: Der Paradigmenwechsel in der Region nach Doha	61
Kapitel V: Externe Faktoren der Europäischen Nachbarschaftspolitik.....	64
5.1. Syrien, Saudi Arabien und der Kampf um die libanesischen Identität.....	64
5.2. EU-Mitgliedstaaten und wechselnde Strategien und Kooperationen im Nahen Osten.....	69
5.3. Der Paradigmenwechsel in der ENP-Libanon nach Doha.....	73
Kapitel VI: Die EU im Libanon 2009-2010: Konsolidierung der syrischen Hegemonie in der ENP.....	80
6.1. Die Wahlrechtsreform im Libanon.....	80
6.2. Parlamentswahlen, Ergebnis und Auswirkungen – Konsolidierung der syrischen Macht.....	85
6.3. Das Special Tribunal for Lebanon und die ewige Frage nach der außenpolitischen Ausrichtung des Libanon	87
6.4. Zwischenfazit : Pragmatismus und Konsolidierung des status quo in der ENP	92
6.5. Der Fall der Regierung Hariri – offener Sieg der Opposition und Instabilität.....	97
Kapitel VII: Der Arabische Frühling im Libanon.....	101
Fazit.....	113
Literatur:	119
Anhang	134

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AA	Association Agreement
EMP	Euro-Mediterranean Partnership
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik
ENPI	European Neighbourhood and Partnership Instrument
EOM	Election Observation Mission
EU	Europäische Union
FPM	Free Patriotic Movement
ILO	International Labor Organisation
MENA	Middle East & North Africa
PCA	Partnership and Cooperation Agreement
PSP	Progressive Socialist Party
STL	Special Tribunal for Lebanon
UfM	Union for the Mediterranean
UNIIC	United Nations International Independent Investigation Commission
UNO	United Nations Organisation
UNSC	UN-Sicherheitsrat

EINLEITUNG

„The EU's neighbourhood policy can be compared to homeopathic medicine. Human rights, freedom of religion and expression, freedom of the press can be prescribed in small doses through economic, political and cultural relations'. This are the words used by the head of the European Parliament's electoral observation mission in Tunisia. Do you agree with this political view?" (vgl. ENPI Info Centre 2011a;o.A.)

Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) im Libanon und die herausragende konzeptuelle Betonung der normativen Grundlage des Programms sind Gegenstand dieser Diplomarbeit.

Im Fokus der Analyse steht die Frage nach den Zielen, die die EU durch die ENP in ihrer Nachbarschaft verfolgt. Analysiert wird das Spannungsverhältnis zwischen den primären Zielen und Werten der EU, wie Stabilität, Sicherheit und Prosperität und den instrumentellen Werten, wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, marktwirtschaftliche Prinzipien, etc., die in der ENP theoretisch als unabdingbare Vorbedingungen für die Erreichung der primären Werte und Ziele gesehen werden.

Der Fokus dieser Untersuchung liegt nicht auf der EU und ihren Institutionen, sondern auf dem Partnerstaat, also dem Libanon und seiner politischen Dynamik. Zentrales Ziel dieser Arbeit ist es, die Feedback-Schleifen und externen Einflüsse auf die Europäische Nachbarschaftspolitik und die EU-Institutionen aufzudecken, die die ENP bzw. die Relevanz ihrer „gemeinsamen Werte“ maßgeblich mitformen. Den Ausgangspunkt hierfür bietet die Annahme, dass die EU – der in der relevanten Literatur oft die alleinige Definitionsmacht über die Qualität der ENP zugeschrieben wird – nicht eigenständig über Qualität und Relevanz der normativen Untermauerung der ENP entscheiden kann. Vielmehr sind es die Partnerstaaten, ebenso wie die EU-Mitgliedsstaaten, die internationale Gemeinschaft und die regionale Dynamik des Partnerstaats, die entscheidend an der Ausformung der Politik beteiligt sind.

Der Libanon, der durch sein demokratisches System und seine multikonfessionelle Staatsform einen Sonderfall in der politischen Landschaft des Nahen Ostens darstellt, bietet ein faszinierendes Beispiel, um die komplexen Abläufe der ENP-Partnerstaat Beziehungen zu analysieren. Seine konfessionelle Proporzdemokratie, die komplexen Verbindungen zu seinen Nachbarstaaten, die regionale Brisanz des Landes und der

hohe Grad an Meinungs- und Pressefreiheit im Land heben den Libanon von seinen Nachbarstaaten ab und machen ihn zu einem wunderbaren Forschungsobjekt.

Zu Beginn dieser Analyse wird das Konzept der Europäischen Nachbarschaftspolitik vorgestellt. Darauf folgen eine Analyse der relevanten Literatur und eine detaillierte Interpretation der „gemeinsamen Werte“. Im Kapitel III schließlich wird der Libanon, seine Geschichte und Politik kurz vorgestellt. Kapitel IV beschäftigt sich mit den Anfängen der ENP-Libanon. Darauf folgt eine Analyse des großen Paradigmenwechsels in den EU-Libanon Beziehungen Mitte 2008. Kapitel V und VI sind diesem Schwerpunkt der Diplomarbeit gewidmet und beschäftigen sich mit den politischen Veränderungen und Fortschritten in der ENP, eingebettet in nationale, regionale, internationale und EU-mitgliedsstaatliche Dynamiken. Im Kapitel VII schließlich werden die massiven Veränderungen im Nahen Osten durch den Ausbruch der arabischen Protestbewegungen und deren Implikationen für den Libanon und die ENP-Libanon analysiert, bevor schlussendlich im Fazit die erlangten Ergebnisse zusammengefasst werden.

METHODIK UND ARBEITSWEISE

Vor allem um einen adäquaten Überblick über die derzeitigen politischen Machtverhältnisse und gesellschaftlichen Trennlinien im Libanon zu erhalten, stand am Beginn dieser Analyse ein exploratives Experteninterview mit Frau Dr. Karin Kneissl. Experteninterviews bieten v.a. in der Anfangsphase der Forschung einen guten Einstieg in das Forschungsfeld, da dadurch eine sehr dichte und effiziente Informationsgewinnung möglich wird (vgl. Bogner, Menz 2005;7). Dementsprechend war dieses Interview als Einstieg in die Thematik gedacht, um einen Überblick über die Strukturen und Prozesse der libanesischen Politik zu erhalten. Dabei lag das Forschungsinteresse gemäß des Interviewleitfadens v.a. bei den Verflechtungen der libanesischen Politik in und mit der Region und der Identifizierung der relevanten Akteure. Dieses Interview bildete den Grundstein für die nachfolgende Konstellationsanalyse der libanesischen Außenpolitik.

Um das Konzept der Europäischen Nachbarschaftspolitik, die Beziehung der EU zu den MENA-Staaten im Generellen und die ENP-Libanon im Speziellen zu untersuchen, wurde eine Dokumenten- und Inhaltsanalyse durchgeführt. Die analysierten Texte waren zum einen offizielle Dokumente der Europäischen Nachbarschaftspolitik, der

Euro-Mediterranean Partnerschaft und der ENP im Libanon, zum anderen relevante Sekundärliteratur.

Im dazu benötigten Analyseleitfaden (vgl. Patzelt 2003;150) waren drei Forschungsinteressen dominant. Erstens, die Erfassung der (Weiter-) Entwicklung des Konzeptes der ENP in einem zeitlichen Kontinuum. Zweitens, die Herausarbeitung des Verhältnisses zwischen den primären und den sekundären Zielen der ENP bzw. der EMP und dessen Volatilität bzw. Widersprüchlichkeit. Drittens, die historische Analyse des Verhältnisses der EU und der MENA Staaten bzw. des Verhältnisses der EU und dem Libanon.

Es+ sollte die Beziehung zwischen dem Libanon und der EU im Rahmen des Euro-Mediterranean Governance Systems und dessen Volatilität analysiert werden. Das Forschungsinteresse lag hier v.a. in der Herausarbeitung der Wirkungsketten zwischen libanesischer, regionaler und EU-Politik und deren Einfluss auf die normative Grundlage der ENP. Mit Hilfe einer Konstellationsanalyse der libanesischen Politik wurden die relevanten Prozesse im Libanon und der Region herausgefiltert. Eine Zusammenführung der Ergebnisse der Konstellationsanalyse und der Dokumenten- und Inhaltsanalyse schließlich ließ Schlüsse über die Qualität und Richtung der Wirkungsketten zwischen der MENA-Region und der EU zu, woraus die, in dieser Arbeit ausgearbeiteten, Thesen resultierten.

Die Konstellationsanalyse ist eine Analyse um das Beziehungsgefüge zwischen Staaten oder internationalen Akteuren zu untersuchen, sie kann aber auch zur Untersuchung der Außenpolitik eines einzelnen Staates verwendet werden (vgl. Siedschlag et al. 2007:201), was hier der Fall ist. Es geht dabei um typisch wiederkehrende Muster der Akteure und nicht um punktuelle Problemhäufungen, d.h. um die Wirkungszusammenhänge und nicht nur um lineare Handlungsketten (vgl. ebd. 2007;203). Im Rahmen dieser Diplomarbeit wurde die Konstellationsanalyse angewendet um zu untersuchen, welche Faktoren und Prozesse die Entscheidungen und Handlungen der libanesischen Akteure beeinflussen. In weiterer Folge wurde untersucht wie diese libanesischen Konstellationen das grundlegende Konzept der ENP beeinflussen können.

Die Methodik der Konstellationsanalyse besteht aus acht analytischen Arbeitsstufen. Auf der ersten Stufe wird die politische Vorgeschichte des Libanons untersucht, wobei diese als strukturierendes Element dessen Außenpolitik begriffen wird (vgl. ebd. 2007;203). Auf der zweiten Stufe geht es v.a. um die Identifikation der relevanten

Handlungssysteme und der außenpolitischen Infrastruktur. Es geht darum die relevanten Handlungs- und Bezugssysteme sowie die Kanäle und Prozesse der gegenseitigen Beeinflussung herauszuarbeiten. Im Mittelpunkt steht das Verhältnis von Strukturen und Prozessen, die die Außenpolitik des Libanon konstruieren und in die Innenpolitik einbetten (vgl. ebd. 2007;202ff.).

Auf der dritten Stufe wird das Spannungsverhältnis zwischen Normexistenz und Normgeltung bearbeitet. In der Konstellationsanalyse muss davon ausgegangen werden, dass Normen nur durch die Rechtssubjekte selbst effektiv werden können, damit wirken solche Normen nur in jener Form, in der sie die betroffenen Akteure selbst definieren (vgl. ebd. 2007;205). Auf der vierten Stufe geht es um die Identifikation von Leitinteressen und daraus abgeleiteten Interessen der Akteure und um eine hierarchische Anordnung dieser Interessen. Interessen sind subjektive Größen und die Interessensanalyse zeigt die Zielrichtung der Akteure auf. Das Entwickeln eines nationalen Interesses ist nach wie vor eine im Wesentlichen nationale Entscheidung, somit spiegelt es auch den Kampf zwischen nationaler Souveränität vs. Abgabe nationaler Souveränität an Internationale Organisationen etc. wieder (vgl. ebd. 2007;205f.). Wichtig ist v.a. der interne Prozess der Interessensbestimmung. Welche Akteure haben wie Einfluss auf die interne Interessenhierarchie? Die fünfte Stufe beschäftigt sich mit der Bewertung und Aufnahme von Informationen durch die relevanten Akteure vor ihrem jeweiligen ideologischen Hintergrund.

„Die Diskrepanz zwischen Wahrnehmung und Wirklichkeit ist eine wichtige Quelle internationaler Dynamik.“ (ebd. 2007;207)

Auf der sechsten Stufe wird die Entscheidungsanalyse durchgeführt, es werden also die Entscheidungsgründe der verschiedenen Akteure ermittelt. Entscheidungen dürfen jedoch nicht als punktuelle Aktionen aufgefasst werden, vielmehr müssen sie als Prozesse betrachtet werden (vgl. ebd. 2007;208). Die siebte Stufe behandelt die Implementierung der getroffenen Entscheidungen durch die Akteure. Es geht dabei auch darum wie internationale Institutionen die Strategiewahl staatlicher Außenpolitik beeinflussen. Wichtig hierbei ist die Politikstilanalyse, die hinterfragt wie die Organisationskultur und der formale organisatorische Kontext Strategien zur Umsetzung der Politik beeinflussen. Rückkoppelungseffekte sind zu beachten. Auf die Politikstilanalyse folgt eine Machtanalyse. Wichtig ist hierbei die Unterscheidung

zwischen potentieller und aktueller Macht, also den Machtressourcen und dem tatsächlichen Ausmaß des Machthandelns. Auch die zielbezogene Effektivität von Macht muss mitgedacht werden (vgl. ebd. 2007;209).

Auf der achten Stufe schließlich geht es um die Entscheidungsfolgen und -Wirkungen d.h. mögliche Konflikte bzw. Kooperationen mit anderen Akteuren. Erfolg, Misserfolg und die außenpolitische Konfliktträchtigkeit hängt immer von den gewählten Strategien ab. Auch Konflikte sind im Sinne der Konstellationsanalyse pfadabhängig. Aus diesem Grund muss zwischen dem prinzipiellen Konfliktpotential und den tatsächlichen manifesten Konfliktprozessen unterschieden werden (vgl. ebd. 2007;209ff.).

In der abschließenden Synopse werden die unterschiedlichen Sichtweisen der Akteure, sowie ihre differenzierenden Weltbilder und Moralüberzeugungen herausgearbeitet, d.h. Kausalhierarchien, Wechselwirkungen und Rückkoppelungseffekte werden analysiert. (vgl. ebd. 2007;211f.)

Wie bereits erwähnt gab eine Zusammenführung der Ergebnisse der Konstellationsanalyse und der Dokumenten- und Inhaltsanalyse schließlich Aufschluss über die Macht- und Entscheidungsstrukturen innerhalb des Euro-Mediterranen Governance Systems und auch darüber welche Faktoren das Verhältnis der primären und der sekundären Ziele der ENP bzw. EMP zueinander definieren. Die Ergebnisse werden folgend in dieser Arbeit vorgestellt.

KAPITEL I: ‚EVERYTHING BUT INSTITUTIONS‘¹ - DIE ENP IM EURO-MEDITERRANEN GOVERNANCE SYSTEM

Zu Beginn wird die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) in ihren Grundzügen vorgestellt. Ihre finanziellen Ausmaße sowie der sicherheitspolitische Aspekt der ENP werden hier erörtert. Nachdem die ENP analytisch in den Referenzrahmen der Beziehungen zwischen der EU und der MENA² Region eingebettet wird, werden im folgenden Kapitel die sicherheitspolitischen Implikationen und Problematiken des Programms näher beleuchtet.

Die Absicht, neue Trennlinien zwischen der erweiterten EU und ihren Nachbarstaaten im Osten und Süden zu vermeiden, war Anlass zur Entwicklung der Europäischen Nachbarschaftspolitik im Jahr 2004. Ihr Ziel ist es, Prosperität, Stabilität und Sicherheit in der gesamten Region, und damit auch an den Außengrenzen der EU, zu fördern. Die EU bietet ihren Partnerländern³ eine privilegierte Beziehung wirtschaftlicher, politischer und sozialer Natur mit der Union an, unter der Bedingung, dass die Partnerländer ein Bekenntnis zu den sogenannten „gemeinsamen Werten“ der EU abgeben.

Diese Werte enthalten ein Bekenntnis zu Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit, Good Governance, Marktwirtschaft und nachhaltiger Entwicklung. Die Intensität der Partnerschaft mit der EU bzw. der Grad der Integration der Partnerländer hängt, so die theoretische Auslegung der ENP, davon ab, mit welcher Intensität die Partnerländer die gemeinsamen Werte teilen (vgl. EC 2010;o.A.).

Die Prämisse der ENP ist langfristig normativ und besagt, dass die Sicherheit und Stabilität der Union, bzw. die Fähigkeit der Union für die Sicherheit ihrer Bürger zu sorgen, in den kommenden Dekaden nicht mehr von ihrer Kooperation und ihrem Verhältnis zu den Nachbarstaaten unabhängig betrachtet werden kann (vgl. EC 2003;3). Dementsprechend muss die EU einen Weg finden, in die Politik ihrer Nachbarländer entscheidend Einfluss nehmen zu können. Stärkere politische, sicherheitspolitische und ökonomische Kooperation bzw. Einfluss auf die Reformen in den Nachbarländern gilt als Lösung für dieses Sicherheitsdilemma. Im Gegenzug zu implementierten Reformen

¹ Aussage Romano Prodis zur Definition der ENP (vgl. Prodi 2002;o.A.)

² Middle East & North Africa (MENA)

³ Mit Oktober 2011 sind 16 Länder unter dem Dach der ENP zusammengefasst: Algerien, Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Ägypten, Georgien, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Moldawien, Marokko, das besetzte palästinensische Gebiet, Syrien, Tunesien und die Ukraine. Mit Algerien, Weißrussland, Libyen und Syrien sind allerdings noch keine Aktionspläne ausverhandelt worden (Stand 2011). (vgl. EC 2009;o.A.)

und der Achtung des Wertekatalogs der ENP wird den Partnerländern neben finanzieller Unterstützung ihrer Reformen auch die Perspektive auf einen Anteil am EU-Binnenmarkt und anderen Bereichen enger Zusammenarbeit geboten, beispielsweise in den Bereichen Forschung, Energie und Transport. (vgl. EC 2004;4) Somit wird die ENP auch aus dem Rahmen reiner Kooperation herausgehoben und liegt de facto in einer Grauzone zwischen Kooperation und Integration.

„The implementation of the ENP itself brings with it the perspective of moving beyond cooperation to a significant degree of integration, [...] It will also avoid any sense of exclusion which might otherwise have arisen from enlargement and provide an opportunity to share in its benefits. It will set out the ways and means by which partner countries participate progressively in key aspects of EU policies and programmes.“ (EC 2004;8)

So kann Romano Prodis berühmte Aussage „everything but institutions“ interpretiert werden, als die Absicht der EU, den Partnerländern zwar ein hohes Maß an Integration anzubieten, jedoch, und dies ist der große Unterschied zur Erweiterungspolitik, ohne der Perspektive auf Mitgliedschaft und damit ohne Mitspracherecht in der weiteren Entwicklung der Union.

Finanziert wird die ENP durch das „European Neighbourhood and Partnership Instrument“ (ENPI). Für den Zeitraum 2007-2013 wurden ca. €12 Milliarden zur Verfügung gestellt, €5,6 Milliarden alleine für den Zeitraum 2007-2010 (vgl. EC 2007;1). Die Verteilung dieser Gelder auf die Partnerländer „[...] depend[s] on their needs and absorption capacity as well as their implementation of agreed reforms.“ (EC 2011;o.A.)

Die Europäische Nachbarschaftspolitik ist ein bilaterales Programm (vgl. EC 2010;o.A.), 73% der Gelder für den Zeitraum 2007-2010 werden für sogenannte „country programmes“ verwendet, d.h. sie werden an die Partnerländer verteilt und haben den Zweck, die ökonomischen, politischen und sozialen Reformen der Länder mitzufinanzieren (vgl. EC 2007;1). Die ENP wird durch multilaterale Kooperationsabkommen an den südlichen und östlichen Grenzen ergänzt. Insgesamt werden für die multilaterale Zusammenarbeit zwischen 2007 und 2013 vom ENPI €827 Millionen zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus sind die Partnerländer berechtigt,

Kredite bei der Europäischen Investitionsbank in der Höhe von insgesamt €12,4 Milliarden zu beantragen (vgl. EC 2007:1).

Die Zusammenarbeit im Rahmen der ENP baut auf bereits existierenden Abkommen zwischen der EU und den Partnerländern auf. Hauptsächlich sind dies „Partnership and Cooperation Agreements“ (PCA) bzw. „Association Agreements“ (AA). Zentrales Dokument der Zusammenarbeit in der ENP ist der Aktionsplan, der zwischen der EU und dem Partnerland zu Beginn der Zusammenarbeit ausverhandelt wird bzw. werden sollte. Hier wird die Agenda für politische und ökonomische Reformen umrissen. Der Aktionsplan stellt somit das Herzstück der Zusammenarbeit dar⁴ (vgl. EC 2010:o.A.).

Neben der bilateralen ENP ist auch ein vornehmlich multilaterales Programm in der MENA Region aktiv, und zwar die Euro-Mediterranean Partnership (EMP). Die EMP, bzw. der „Barcelona Prozess“, wurde im Jahr 2008 unter dem Namen „Union for the Mediterranean“ (UfM) neu gegründet⁵ und bleibt bis jetzt das einzige multilaterale Forum, in dem Israel gemeinsam mit seinen arabischen Nachbarstaaten vertreten ist. Der arabisch-israelische Konflikt zeichnet für die meisten Beobachter allerdings dafür verantwortlich, dass der multilaterale Dialog im Rahmen der EMP quasi zum Erliegen gekommen ist (vgl. Echagüe, Michou, Mikail 2011;332). Die ENP und die EMP bzw. die UfM bilden gemeinsam die vornehmlichen Kanäle der Kooperation der EU mit den MENA Staaten. Im Rahmen dieser Analyse wird sich die Untersuchung der Beziehung zwischen dem Libanon und der EU aber hauptsächlich auf die Referenzdokumente der ENP beziehen, v.a. deshalb, weil die ENP aus Gründen, die in weiterer Folge noch dargelegt werden, nun den wichtigsten Kanal der Zusammenarbeit darstellt und anderen

⁴ Der ENP Aktionsplan wird zwar spezifisch mit jedem Partnerland ausverhandelt, seine Struktur ist jedoch vorgegeben. Alle Aktionspläne enthalten Kapitel zu: „Political Dialogue and Reform“, „Economic and Social Cooperation and Development“, „Trade-related Issues, Market and Regulatory Reform“, „Cooperation in Justice, Freedom and Security Issues“, „Sectoral issues“, und „Human Dimension“ (vgl. EC 2010a)

⁵ Im 1995 gegründeten Barcelona Prozess bzw. in der UfM sind die 27 EU Staaten und 15 MENA Staaten (Albanien, Algerien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Mauretanien, Montenegro, Marokko, das besetzte palästinensische Gebiet, Syrien, Tunesien und die Türkei) und Monaco vertreten. (vgl. EU 2011;o.A.) Die Neugründung als UfM in Paris 2008 sollte die Politik revitalisieren (vgl. Cardwell 2011;220) und hat ihr v.a. einen pragmatischeren Charakter verliehen. (vgl. Seeberg 2010;289) Die EMP ist in drei Dimensionen organisiert: Im „Political and Security Dialogue“ soll durch die Förderung von nachhaltiger Entwicklung, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie eine Zone des Friedens und der Prosperität geschaffen werden. Das Ziel der „Economic and Financial Partnership“ ist die graduelle Etablierung einer Freihandelszone. Die „Social, Cultural and Human Partnership“ schließlich soll interkulturellen Dialog und die Vernetzung der Zivilgesellschaft fördern. Es handelt sich um ein multilaterales Forum, und wird v.a. entlang politischer Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs organisiert (vgl. EU;o.A.)

Programmen, wie z.B. der multilateralen UfM vorgezogen wird (vgl. Powel 2009;195). Es ist jedoch wichtig zu betonen, dass die ENP, v.a. aufgrund der Blockierung des multilateralen Forums, nicht unabhängig vom gesamten Euro-Mediterranen Governance System betrachtet werden kann.

“However it is also important to note that the vague character and more discretionary language of several sections of the EU–Lebanon Action Plan entails, that the difference between the bilateralist approach of the ENP and the regionalist approach of the Barcelona process gradually disappears. There is no operational language on democratic conditionality; no benchmarking or schedule for progress in the Action Plan. (Seeberg 2009;94)“

Diese beiden überlappenden Systeme, so Cardwell, sollen durch ihre verschiedenen Techniken und Zugänge v.a. sicherstellen, dass die EU ihre Prioritäten in den Partnerländern und in der Region durchsetzen kann (vgl. Cardwell 2011;220). Die programmatische Doppelführung ist also gewollt.

„Within this system of governance, the overlapping policy frames come together to form a system that is more likely to help the EU fulfill its goals and project its own ideas and values externally according to its own changing preferences.“(Cardwell 2011;220)

Dieses System bindet die EU Institutionen EU Rat, EU Kommission (EC) und EU Parlament (EP) in den bilateralen bzw. multilateralen Prozess ein und schafft eine vielschichtige Struktur. Beide, in der MENA Region aktiven, Programme sind darauf ausgerichtet, eine Zone des Friedens und der Stabilität aufzubauen und beinhalten einen ähnlichen Katalog an Anreizen, also v.a. politischer Dialog, technische Zusammenarbeit und privilegierte Handelsbeziehungen. Während die multilaterale EMP einen Fokus auf dem Regionalismus hat, benutzt die ENP einen differenzierten, bilateralen Ansatz. Das bedeutet durch die bilaterale Organisation betont die ENP v.a. die individuelle Komponente der Beziehung zwischen EU und Partnerstaat und kann so differenzierte und individualisierte Techniken anwenden (vgl. Moschella 2007;162).

Der Regionalismus in der EMP, bzw. seit 2008 der UfM, gab den MENA Staaten mehr Entscheidungsspielraum und Definitionsmacht in der Entwicklung der Zusammenarbeit,

als dies im Rahmen der ENP der Fall war. Die ENP wurde relativ unilateral von der EU beschlossen und in weiterer Folge zum wichtigsten Kanal der EU-MENA Politik (vgl. Powel 2009;195).

Ein weiterer Unterschied zwischen EMP und ENP ist der hohe Grad an Pragmatismus, der die ENP auszeichnet. Die fast 10 Jahre nach der EMP entwickelte ENP wurde vieler hochsensibler Politikbereiche entledigt (vgl. Seeberg 2010;289). Auch die 2008 gegründete UfM zeichnet sich durch ihren Pragmatismus und entpolitisierten Zugang aus. Seeberg führt an, dass v.a. der arabisch-israelische Konflikt und auch die Weltwirtschaftskrise dafür verantwortlich sind, dass der multilaterale Prozess praktisch zum Erliegen gekommen ist. Der pragmatischere Zugang der ENP und der UfM könnte eine Folge daraus sein, führt aber auch dazu, dass die Kooperationsprogramme ihre transformative und demokratiefördernde Wirkung eingebüßt haben. Seeberg argumentiert weiter, dass die Programme v.a. dazu dienen, den sicherheitspolitischen status quo in den Partnerländern zu fixieren (vgl. ebd. 2010;294).⁶

Seeberg argumentiert, dass sich die regionale und der bilaterale Zugang der UfM und der ENP einander annähern und der regionale Zugang der UfM allmählich verschwindet (vgl. Seeberg 2009;94). Die Blockierung des regionalen Forums durch den arabisch-israelischen Konflikt könnte ein Grund dafür sein, dass die regionalen Themen der UfM zunehmend in den Rahmen der ENP übergehen.⁷

Der bilaterale Zugang wird in der Literatur gerne als Argument angeführt, um die Übermacht der EU zu verdeutlichen (vgl. Cardwell 2011;233/Powel 2009;196). Die EU sieht in ihm eine effektivere Lösung, um auf die spezifischen Interessen der Partnerländer einzugehen. Erstens ist es so möglich, dass jedes Land die Reformen in seiner eigenen Geschwindigkeit implementiert. Zweitens können die Partnerländer auf diese Weise das Wertesystem der EU in einer differenzierteren Art und Weise umsetzen (vgl. Kelley 2006;49). So ist ein Widerspruch zu beobachten zwischen der EU Rhetorik und den Analysen der Politikwissenschaft.

„The EU doesn't believe in imposing reform, but we do want to do all we can to support the region's own reforms quite simply because we believe that

⁶ Die Dynamik, die nach dem Ausbruch der Protestbewegung in der arabischen Welt Anfang 2011 im Euro-Mediterranen Governance System entstand, wird im letzten Kapitel dieser Analyse beleuchtet. Durch den arabischen Frühling hat sich der Zugang der EU im Rahmen des Euro-Mediterranen Governance System zumindest konzeptuell gewandelt. Der Pragmatismus und die Sicherheitspolitik des status quo werden überdacht. (vgl. EC 2011a;5)

⁷ Am Beispiel des Libanon wird diese Problematik näher erläutert werden. Vgl. Kapitel IV

democracy, good governance, rule of law, and gender equality are essential for stability and prosperity. This has always been an objective of the Barcelona process and it is the cornerstone of the Neighbourhood Policy.” (Benita Ferrero-Waldner 2007;4)

In der ENP gibt es eben durch den Bilateralismus auch wenig Anreiz einer Süd-Süd Kooperation. Dadurch werden, so Cardwell, Hierarchien geschaffen. Die EU selbst kann entscheiden, welche Staaten weiter in das Euro-Mediterrane Governance System integriert werden sollen und welche nicht (vgl. Cardwell 2011;232). Dem Umstand, dass die MENA Staaten selbst, v.a. durch das Verhalten vieler arabischer Staaten und Israels das multilaterale Forum blockieren und somit de facto die Möglichkeit eines gemeinsamen Auftretens gegenüber der EU selbst aufgeben, wird in der Literatur jedoch wenig Beachtung geschenkt.

KAPITEL II: DIE “GEMEINSAMEN WERTE”: INKOHÄRENZEN ZWISCHEN MITTEL UND ZWECK DER ENP

Die „gemeinsamen Werte“ der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) sind die normative Grundlage der Beziehungen der EU mit den MENA Staaten und darüber hinaus sind sie Messlatte dafür wie weit die Integration der Partnerstaaten in das EU System gehen kann. In der relevanten Literatur werden diese Werte oft auf ihren rhetorischen Gehalt reduziert, bzw. wird davon ausgegangen, dass die Relevanz der Werte und deren Einforderung generell hinter strategischen und sicherheitspolitischen Überlegungen in der EU Außenpolitik zurückbleibt.

Wie dieses Kapitel zeigen soll, ist die Relevanz der Werte- und Konditionenpolitik in der ENP jedoch – wie jüngste Ereignisse verdeutlichen – sehr volatil und abhängig vom Feedback anderer Akteure. Der Paradigmenwechsel in der ENP im Zuge des arabischen Frühlings verdeutlicht diese These.⁸ Hier soll ein relativ junger theoretischer Zugang zur EU Außenpolitik vorgestellt werden, der die politische Dynamik der Partnerländer und deren Feedback in die ENP ins Zentrum rückt.⁹ So soll die traditionelle Dichotomie zwischen strategischer und normativer Politik, die die Debatte dominiert, aufgebrochen werden.

Der Referenzrahmen, in dem die gemeinsamen Werte und ihr Nutzen bzw. ihre Relevanz für die ENP analysiert wird, liegt im Spannungsverhältnis zwischen der Universalität dieser Normen und den Grenzen, die Normen gegenüber anderen Systemen und Akteuren konstruieren. Definiert werden die „gemeinsamen Werte“ von der EU Kommission folgendermaßen:

„The ENP is based on the concept of shared values and common interests. The shared values are those which ensure our prosperity, stability and security i.e. democratic reforms (fundamental rights, rule of law), market economy and sustainable development (including reforms in sectors such as trade, competition, energy and transport, environment, people-to-people contacts etc). These reforms will enable us to develop joint responses to the common

⁸ Konsequenz der Proteste in der arabischen Welt für die ENP war v.a. eine konzeptuelle Aufwertung der gemeinsamen Werte (vgl. EC 2011a;2).

⁹ Siehe z.B. Democratization Vol.16, Nr. 1. 2009. Diese Ausgabe beschäftigt sich ausschließlich mit einem partnerstaatzentrierten „inside-out“ Zugang zur ENP.

challenges we face in the twenty-first century e.g. prosperity gaps, migration, crime, environmental issues, public health, extremism and terrorism.“ (EC 2010a;o.A.)

Im Zitat wird deutlich, dass die Förderung dieser Werte keinen altruistischen Selbstzweck darstellt. Durch die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und marktwirtschaftlichen Prinzipien – so der Gedanke – erhöht sich die Sicherheit und wird die Prosperität eines Staates gesteigert. Das wiederum würde helfen, die globalen Probleme des 21. Jahrhunderts, also Migration, Terrorismus, Extremismus, Umweltverschmutzung, große Entwicklungsunterschiede etc. zu bekämpfen, was der EU sicherere Außengrenzen beschern würde. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft, sind also nicht nur normative Grundlage der EU-Außenpolitik, quasi aus humanitären und ideologischen Gründen, sondern auch Mittel und Wege, die Ziele der EU-Außenpolitik zu erreichen. Die gemeinsamen Werte sind folgerichtig hierarchisch geordnet (vgl. Pace 2009;42f.). Den primären Werten Sicherheit, Stabilität und Frieden unterstehen instrumentelle Werte, die den Zweck haben, die absoluten Werte zu erreichen. Solche instrumentellen Werte sind Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, marktwirtschaftliche Prinzipien, etc. Dadurch wird auch deutlich, dass die ENP kein Entwicklungsprogramm ist. Es handelt sich vielmehr um eine Politik, die es sich zum Ziel gemacht hat, die Sicherheit und Stabilität an den Außengrenzen der EU zu fördern, sie hat also einen primär sicherheitspolitischen Fokus.

„The ENP offers a means for an enhanced and more focused policy approach of the EU towards its neighbourhood, bringing together the principal instruments at the disposal of the Union and its Member States. It will contribute to further advancing and supporting the EU’s foreign policy objectives.“ (EC 2004;8)

Der mit der ENP einhergehende normative soft-power Zugang unterscheidet sich von traditionell-strategischer Außenpolitik v.a. dadurch, dass militärischer Druck durch die Betonung partnerschaftlicher Kooperation und gemeinsamer Prinzipien ersetzt wird (vgl. Manners 2002;239).

Der normative Zugang der ENP operiert unter der Prämisse, dass die instrumentellen und primären Werte nicht nur miteinander kompatibel sind, sondern auch logisch aufeinander folgen (EC 2010a;o.A.). Dies und der Umstand, dass die gemeinsamen

Werte westlich-liberale Konzepte beinhalten, die nicht zwangsläufig von allen Partnern geteilt werden (vgl. Pace 2007;1045), führt zu großen Implementationsproblemen der normativen Politik. Empirisch hat sich gezeigt, dass die primären Ziele Stabilität und Sicherheit in den MENA Staaten Vorrang haben gegenüber instrumentellen Werten wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.¹⁰ Obwohl Stabilität, nicht Demokratie, das erklärte Ziel der ENP ist (vgl. Pace 2009;43f.), schafft dies Widersprüche und Dilemmata in der Politik. In weiterer Folge soll das „Demokratie- vs. Sicherheit-Dilemma“ in der ENP und die daraus folgenden politiktheoretischen Debatten über den außenpolitischen Charakter der EU erläutert werden.

Die partielle Inkompatibilität der Ziele und Wege der ENP bedingt also das Spannungsverhältnis zwischen dem theoretischen Ausgangspunkt der ENP und deren Verlauf. Bosse argumentiert, dass beispielsweise Country Reports, die am Beginn jeder Partnerschaft stehen, in ihren Ausführungen über die gemeinsamen Werte viel detaillierter sind als die Aktionspläne der ENP und schließt daraus, dass die Relevanz der Werte in der tatsächlichen ENP und die Vorgaben der Strategiepapiere bzw. Country Reports nicht miteinander kohärent sind (vgl. Bosse 2007;52).

“Thus the discourse on values, their contents and significance is not coherent. And neither does it reflect an EU-level wide agreement on ‘shared values’.”
(Bosse 2007;52)

Auch in den Aktionsplänen selbst wird deutlich, dass die Problematik der Werthierarchie im theoretischen Konzept der ENP keinen Platz findet bzw. im Rahmen der normativen Politik nicht gelöst werden kann. In den Aktionsplänen der ENP für die einzelnen Partnerstaaten ist zwar eine Vielzahl an normativen Zielen aufgelistet, es gibt jedoch keinerlei Priorität bzw. hierarchische Ordnung unter ihnen. Das bedeutet, obwohl die „gemeinsamen Werte“ einen fundamentalen Bestandteil der Nachbarschaftspolitik darstellen und als Maßstab für die weitere Integration bzw. die Ausschüttung weiterer Finanzmittel herangezogen werden, gibt es keine präzisen Benchmarks, die das weitere Fortschreiten der Integration regeln. (vgl. Seeberg 2010;292/Kelley 2006;35f.). Ebenso wenig gibt es genau definierte Vorgehensweisen

¹⁰ Vgl. Çelenk 2009;187 bzw. Seeberg 2009;95

was die Implementierung der Konditionalitäten der ENP betrifft, also keine Matrix, die auflistet welche Art der Reformen welche Vergünstigungen mit sich bringen.

„The new policy is that the overall level of shared values will affect the degree to which ambitions are shared. The countries that push more shared values will get priority in financial support, greater and speedier access to the internal market.“ (Kelley 2006;36)

Dies lässt Interpretationsraum dafür offen, wie hoch die Relevanz der instrumentellen Werte gegenüber den primären Werten ist.

Die unklare Hierarchie und Relevanz der Werte lässt also ein hohes Maß an Differenziertheit zu. Gleichzeitig wirken die gemeinsamen Werte dadurch sinnentleert und multifunktional (vgl. Leino, Petrov 2009;659). Die vage Form der normativen Grundlage der ENP hilft der EU auch ihre Werte als universal gültig darzustellen. Sie werden damit zur Legitimierungsgrundlage für den Eingriff in die internen Angelegenheiten eines Partnerstaates. Durch die Universalität der Werte entsteht der EU sozusagen die selbstaufgelegte Pflicht, ihre Nachbarstaaten im Bestreben diese demokratiepolitischen und marktwirtschaftlichen Werte zu erreichen, zu unterstützen (vgl. ebd.;654f.). Die Universalität der Werte dient demnach als Instrument, den exklusiven Club jener Staaten, die die Definitionsmacht darüber haben, wer diese Werte vertritt und wer nicht, durch die Partnerländer der EU zu erweitern. So wird die EU auch politisch zu einer transformativen Kraft, wobei die gemeinsamen Werte den Grundstein legen für die normative Annäherung bzw. Integration in das Wertesystem der EU (vgl. Tonra 2009;2).

Auf der anderen Seite definiert sich die EU als Wertegemeinschaft und grenzt sich dadurch mit genau jenen Werten, die sie in ihrer Außenpolitik als universal gültig bezeichnet, von anderen ab. Werte werden also genutzt, um einerseits eine integrative und transformative Außenpolitik zu legitimieren, aber gleichzeitig auch um einen exklusiven Raum zu konstruieren (vgl. Leino, Petrov 2009;655). Das Wertekonzept ist also auch ein Mechanismus der Selektion. Die Ambiguität zwischen der Universalität und der Exklusivität der Werte spiegelt sich in den Anreizen der ENP wieder, v.a. in der Verwehrung der Beitrittsoption für die Partnerländer. In einer Rede aus dem Jahr 2002 erklärt Romano Prodi, damaliger Kommissionspräsident, dieses Konzept folgendermaßen:

„The idea of "sharing everything but institutions" [...] does not exclude the possibility of developing a new structures with our neighbours [...] In this wider Europe we cannot confine our action to ad hoc, bilateral initiatives. We cannot simply ignore what is happening beyond our borders. Neither can we solve problems with our new neighbours simply by letting them join the Union.“
(Prodi 2002;o.A.)

Ein Vergleich mit der Erweiterungspolitik – jene Politik von der die Konditionenpolitik für die ENP übernommen wurde – zeigt, dass diese Werte erst mit der tatsächlichen Politik ihre Auslegung und konkrete Definition finden und somit ein weitgefächertes Spektrum an Politiken abdecken können.

“The way in which values have laid down borders during the Cold War and the last enlargement of the EU [...] reminds us of the very emptiness of such values: the same values both closed and opened up Europe. This suggests that values, as such, have given little guidance in drawing the boundaries of ‘Europe’. Instead, they receive their meaning in political balancing, which keeps the definition of ‘Europe’ open to change over time.” (Leino, Petrov 2009;659)

Das „Balancing Argument“, d.h. der Umstand, dass die gemeinsamen Werte, aufgrund ihrer unklaren Definition de facto beliebig interpretiert und angepasst werden können, heizt auch die wissenschaftliche Debatte über die Relevanz der gemeinsamen Werte in der ENP an. Dieser Diskurs über den normativen Gehalt der ENP ist eingebettet in die traditionellen ideologischen Konfliktlinien in der Theorie der Internationalen Beziehungen - Realismus und Liberalismus.

Vor allem seit Ende des Kalten Krieges wurde die EU als politisches System v.a. im Lichte liberal-idealistischer Theorien untersucht (vgl. Hyde-Price 2006;217f.).

„Such liberal-idealist views regard the EU as a novel and uniquely benign entity in international politics which serves as the harbinger of a Kantian foedus pacificum. Central to such liberal-idealist arguments is the claim that the apparent weakness of the Union as an international actor – its lack of coercive

instruments and its consequent reliance on declaratory politics and ‘soft power’ – in fact constitute the very sources of its strength.” (Hyde-Price 2006;217)

Soft-power ist demnach ein Zugang, der sich definiert durch Diplomatie, Verhandlungen und Kompromisse und steht hard-power Optionen gegenüber, die sich v.a. durch militärischen Druck und Übermacht auszeichnen (vgl. Hyde-Price 2006;217f.). Das bedeutet, hier geht es v.a. um die Wahl der Instrumente zur Interessensdurchsetzung internationaler Akteure. Ian Manners prägte die Definition der EU als „Normative power“, die die wissenschaftliche Debatte und das Selbstbild der EU stark beeinflussen sollte.

„Normative Power“ nach Manners beschreibt nicht das institutionelle Gefüge eines internationalen Akteurs und unterscheidet sich dadurch vom nationalstaatlich zentrierten Blick des Realismus. Vielmehr dreht sich dieses Konzept um die Identität der EU als internationaler Akteur und ihre „power over opinion“ (Manners 2002;239). Es geht, im Unterschied zu den Charakterisierungen „civilian-“ und „military power“, auch nicht um die potentielle Fähigkeit der EU, ihre Interessen durch hard-power Politik durchzusetzen, sondern darum, die traditionell-westphälische Grundlage der Internationalen Beziehungen zu verlassen und gemeinsame Prinzipien der internationalen Akteure in deren Beziehungen in den Vordergrund zu stellen (vgl. Manners 2002;239). Die hybride supranationale Identität der EU hat die Grenzen zwischen innen und außen stark verzerrt (vgl. Manners 2002;240). Die historischen Konstruktion der EU auf normativen Grundlagen bedingt auch ihr Verhalten in der Internationalen Politik als normativer Akteur (vgl. Manners 2002;252).

Aus der Perspektive des Realismus ignoriert dieser liberal-idealistische Zugang v.a., dass auch normative Macht der EU, auf der potentiell-militärischen Macht ihrer Mitgliedsstaaten fußt (vgl. Hyde-Price 2006;218). Darüber hinaus wird der normative Zugang in der liberal-idealistischen Denkschule unkritisch als von sich aus positiv gesehen (vgl. Pace 2007;1046), und lässt somit ein Mindestmaß an wissenschaftlicher Objektivität zum Thema vermissen (vgl. Hyde-Price 2006;218).

In der Literatur wird deutlich, dass viele Beobachter und Wissenschaftler am normativen Konzept und dem soft-power Zugang der ENP zweifeln (vgl. Holdon 2009, Pace 2009, Seeberg 2009). Vielmehr erkennen sie in der Implementierung des Programms einen tatsächlich strategischen, interessenbezogenen Zugang, der wenig

mit Verhandlung und viel mit potentiell militärischem, politischem und wirtschaftlichem Druck zu tun hat. Holden beispielsweise argumentiert:

“[one (*Anm.*)] does not have to be a hardcore realist to accept that efforts at the external projection of EU law are a clear exertion of power, regardless of the niceties of timing and sequence” (Holden 2009;131)

Im Rahmen der ENP, bzw. des Euro-Mediterranen Governance Systems im Speziellen, wird die Debatte um die „normative power Europe“ v.a. entlang des Wertedilemmas zwischen demokratischer Transformation und Stabilität geführt. So scheint die Meinung vorherrschend, dass kurzfristige Sicherheit an den Außengrenzen für die EU Vorrang habe vor der Umsetzung politischer Reformen in den Partnerländern, und dass kurzfristige strategische Interessen der EU dafür verantwortlich seien (vgl. Bosse 2007;54).¹¹ Die starke Betonung der gemeinsamen Werte wird, so Seeberg, durch das spezifisch realistische Verhalten der EU quasi ad absurdum geführt. Der Wertediskurs wird somit zu einem lediglich rhetorischen Vorwand strategisch-interessensgeleiteter Außenpolitik (vgl. Seeberg 2009;95).

Der EU wird in ihren Beziehungen zu den MENA Staaten die kategorische Definitionsmacht zugesprochen, sowohl über die Grenzziehung des „Wider Europe“¹², also auch über den Weg dorthin bzw. über die durchzuführenden Reformen (vgl. Pace 2007;1057). Somit ist in der ENP bzw. der UfM und der EMP auch eine Art „Social Learning Projekt“ integriert, das von der Erweiterungspolitik übernommen wurde (vgl. Tocci 2007;24). Die gemeinsamen Werte würden implizieren, dass die EU die Richtung, in die sich die Partnerstaaten entwickeln sollen, vorgeben kann, eben auf Basis dieser universal geltenden Werte. Die Partnerschaft dieser Beziehungen wird somit zu reiner Rhetorik reduziert.

Es zeigen sich also Widersprüche, sowohl zwischen der theoretischen Konzeption der ENP, als auch in ihrer Implementierung und ihrer wissenschaftlichen Auswertung. Handelt es sich bei den gemeinsamen Werten in der ENP also „nur“ um einen strategischen Akteur in normativem Gewand?¹³

¹¹ Diese Meinung vertritt u.a. auch Peter Seeberg in seiner Analyse der UfM (vgl. Seeberg 2010;294).

¹² Als „Wider Europe“ wird die regionale Zone bezeichnet, die durch die engere Kooperation der EU mit ihren ENP-Partnerstaaten entsteht (vgl. EC 2003;6).

¹³ Anspielung auf Peter Seebergs Artikel: The EU as a realist actor in normative clothes: EU democracy promotion in Lebanon and the European Neighbourhood Policy. (vgl. Seeberg 2009)

Auch unabhängig von der theoretischen Einordnung der Politik treten Probleme bei der Implementierung auf.

Im Rahmen des „everything but institutions“ Ansatzes fällt auf, dass v.a. die Anreize für die ENP Staaten fehlen, die Konditionen der EU tatsächlich umzusetzen. Leino und Petrov sehen in der ENP zumindest den Effekt, dass Eliten in Drittstaaten Reformen unter Berufung auf EU Konditionen leichter durchsetzen können (vgl. Leino, Petrov 2009;662). Trotzdem beobachten Barbé Johansson-Nogués und Michal seit 2007 eine ENP-fatigues, einhergehend mit der Attraktivitätslosigkeit des Programmes, und gehen davon aus, dass eine Konditionenpolitik, die zwar „carrots“, aber keine „sticks“ beinhaltet, nicht über die notwendigen Mechanismen verfügt, die Politik tatsächlich durchzusetzen. In der Praxis beinhaltet die ENP bis vor kurzem keine negative Konditionenpolitik, d.h. Sanktionen etc. bei nicht-Einhaltung der EU Konditionen waren praktisch inexistent (vgl. Barbé,Johansson-Nogués,Michal 2008;81). Auch die „carrots“ der ENP sind verglichen etwa mit der Erweiterungspolitik wenig attraktiv, v.a. da trotz Ausschluss der Beitrittsoption große Teile des Acquis communautaire der EU übernommen werden sollen (vgl. Tocci 2007;27).

Die ENP befindet sich somit in einer Grauzone. Einerseits handelt es sich um ein normativ geprägtes Programm, dessen Konditionen aufgrund der relativen Attraktivitätslosigkeit der Anreize wenig Umsetzung finden. Andererseits zeigt die Implementierung der Politik bzw. der Primat der Sicherheitspolitik eindeutig den Vorrang strategischer politischer Instrumente vor normativer Politik. Bicchi argumentiert, dass der versuchte Systemexport der EU, also quasi das Überstülpen der Politik der regionalen Integration, die die EU und ihre Außenpolitik definiert, weder ausschließlich auf die zu erwartenden Vorteile der EU und ihrer Wirtschafts- und Sicherheitspolitik zurückzuführen sind, noch auf die liberal-westlichen Werte, die durch diesen Regionalismus quasi universalisiert werden, sondern auf die internen Erfahrungen der EU, die sie auch auf ihre Außenbeziehungen überträgt (vgl. Bicchi 2006;293).

„In the Mediterranean case, an ‘our size fits all’ argument explains norm promotion [...] by the EU’s specific and internal experience as a regional

organization, parlayed as a required form of behaviour for external actors.“
(Bicchi 2006;293)

Weder strategische Überlegungen, noch universalisierte Wertvorstellungen bedingen nach dieser Lesart die normativ versetzte Politik des Systemexports, sondern die spezifische Art der Konstruktion der EU selbst und ihre historische Erfahrung. Auch weil die EU Außenpolitik nicht unabhängig von der Außenpolitik ihrer einzelnen Mitgliedsstaaten analysiert werden kann, bzw. unter starkem Einfluss mitgliedschaftlicher Außenpolitik und Strategie steht (vgl. Boie 2010;89f.), bietet dieses Modell einen interessanten Erklärungsansatz, der die ENP nicht auf die Dichotomie zwischen Strategie und Norm reduziert. Folgt man dieser Logik, so ist auch die ENP durch einen internen und u.a. akademischen Diskurs über den außenpolitischen Charakter der EU konstruiert. Feedback Effekte zwischen EU Akteuren und Außenstehenden führen dazu, dass die EU von innen und außen als Bezugspunkt für Drittstaaten, bzw. als nachahmungswürdiges Modell konstruiert wird (Pace 2007;1051). Dies zeigt, wie Wertepolitik aufgrund ihres immanent großen Interpretationsspielraums von internen sowie auch von externen Akteuren mitgeformt werden kann bzw. in welcher Weise die Relevanz der Werte durch Feedbackeffekte externer Akteure (auf politischer sowie akademischer Ebene) definiert werden können. Die ENP kann, dieser Hypothese folgend, nicht in der reinen Dichotomie zwischen normativer und strategischer Politik betrachtet werden.

Pace löst das Dilemma zwischen normativem und strategischem Akteur EU, in dem sie die EU als konstruktivistisches Modell bezeichnet. Die EU ist somit in soziale Regeln, Verträge und Konventionen eingebettet, die ihren Identifikationsprozess konstituieren und die Handlungen ihrer Akteure und Institutionen anleiten (Pace 2009;46). Mehr noch ist dieser Konstruktivismus nicht nur auf die EU, ihre Institutionen und Mitgliedsstaaten limitiert, sondern integriert auch die Partnerländer der EU. So können auch Feedback-Effekte entstehen, die die Objekte der ENP, also Partnerstaaten und -akteure, generieren und in weiterer Folge können diese Effekte auch v.a. die instrumentellen Werte der EU in den Partnerländern beeinflussen (vgl. Pace, Seeberg, Cavatorta 2009;5). Wie Pace, Seeberg und Cavatorta argumentieren, kann die ENP im Lichte eines diskursiven Konstruktivismus interpretiert werden, d.h., nicht nur die EU selbst und ihre Mitgliedsstaaten und Institutionen formen die normative Grundlage der ENP und die Art deren Implementierung (vgl. Pace/Seeberg/Cavatorta 2009;5). Auch die

Partnerstaaten können die normative Grundlage und die geopolitischen Visionen der EU beeinflussen, was schon alleine der Umstand, dass die EU verschiedene geopolitische Strategien und Politiken für die verschiedenen Regionen der ENP benutzt, deutlich macht (vgl. Browning 2008;535). Aus dieser Sicht ist die dominierende Meinung in der Literatur, wonach die ENP aufgrund kurzfristiger, strategischer Interessen der Europäischen Union in ihrer Implementierung der normativen Politik entledigt wurde, zu kurz gegriffen, da die Feedback Effekte aus den Drittstaaten und von anderen Akteuren nicht berücksichtigt werden.

“The implication is always that the EU’s asymmetric power allows it to dominate relations with outsiders, an implication that is not readily found in empirical observation.” (Barbé et al. 2009;382)

Hier werden vier analytische Kategorien der Beeinflussung der normativen Politik (-Mittel) der ENP unterschieden. Es handelt sich um strukturgebende Kategorien, die aber eng miteinander verflochten sind, und nicht etwa um vier klar voneinander trennbare Ebenen. Mit Hilfe dieser Kategorien soll in weiterer Folge in der MENA Region allgemein und im Libanon im Speziellen aufgedeckt werden, welche Einflüsse die spezifische Ausformung der ENP (-Libanon) mitkonstruieren und wie sehr dies die instrumentellen Werte bzw. deren Relevanz gegenüber den primären Werten beeinflusst. Die vier Kategorien sind; die Kategorie der Mitgliedsstaaten, die Kategorie der internationalen Politik, die Kategorie der regionalen Gegebenheiten und die Kategorie der lokalen Dynamik in den Partnerstaaten.

Die vielzitierte Unfähigkeit der EU-27, eine gemeinsame außenpolitische Linie zu vertreten, spiegelt sich auch im Euro-Mediterranen Governance System wider. Die Vielzahl an Politiken der Mitgliedsstaaten und der EU Institutionen gegenüber der MENA Region beeinflusst auch die Relevanz der normativen Werte im Governance System.

Zum einen haben einige Mitgliedsstaaten stärkere und möglicherweise mit der ENP konkurrierende Interessen in den Partnerländern als andere EU Staaten. Zum anderen ist auch eine differenzierte Perzeption der instrumentellen Werte im EU Kontext ersichtlich. Der Umgang beispielsweise mit radikal-religiösen Gruppen, Frauenrechtsthemen, Sicherheit, dem Kampf gegen den Terrorismus, islamischen Organisationen etc., ist EU-weit höchst unterschiedlich (vgl. Balfour, Cugusi

2010;170). So gibt es auch in der EU selbst einen Nord-Süd Gap, der sich im „Demokratie- vs. Sicherheit-Dilemma“ der ENP widerspiegelt. Im Diskurs um die Demokratieförderung in Algerien beispielsweise zeigt sich, dass die Mittelmeeranrainerstaaten Frankreich und Spanien die Demokratisierungsinitiative im Partnerland als einen destabilisierenden Faktor in der Region wahrnehmen. Sie haben ein sicherheitspolitisches Interesse daran, den politischen status quo beizubehalten und anstatt politischer Konditionalität die Entwicklung des Landes durch stärkere ökonomische Kooperation etc. voranzutreiben (vgl. Çelenk 2009;183). Nördliche EU Mitgliedsstaaten wie z.B. Schweden auf der anderen Seite machen politischen Druck, die Demokratisierung voranzutreiben, um das längerfristige, primäre Ziel der Stabilität zu erreichen.

Der Umgang mit autoritären Regimen ebenso wie das Verhalten gegenüber demokratisch legitimierten Parteien, die nicht den westlich-liberalen Grundwerten der EU entsprechen, sind Paradebeispiele dafür, wie sehr die Relevanz der Werte in der ENP vom Interesse der Mitgliedstaaten abhängt und wie viel Spielraum im Wertekonzept der ENP vorhanden ist. Die EU-Unstimmigkeiten im MENA Kontext über die Frage welche Akteure offizielle Gesprächspartner der EU sein können und welche nicht, führte v.a. dazu, dass politisch sensible Themen wieder zur Sache der Mitgliedstaaten wurden und somit die ENP entpolitisierten (vgl. Balfour, Cugusi 2010;180).

Es zeigt sich darüber hinaus, dass einzelne Mitgliedstaaten, v.a. über historisch geformte politische und ökonomische Kooperation mit einem Partnerstaat, die Politik der EU-27 im Rahmen der ENP stärker beeinflussen als umgekehrt. Am Beispiel Algerien erklärt Çelenk:

„The fear of the consequences of an Islamist government, the possibility of a consequential large-scale refugee movement, the stability of energy exports to Europe, and the fear of spillover of terrorism and political violence from Algeria, are some of the main reasons why France opts for stability instead of democracy promotion. This choice, in turn, affects the direction of EU pressures for democratization in the country.“ (Çelenk 2009;184)

Die EU ist auch bei weitem nicht der einzige internationale Akteur in der MENA Region bzw. im Nahen Osten, und v.a. ist sie politisch nicht der dominierende Akteur.

Sie ist, wie am Beispiel der EU-Libanon Politik und während des arabischen Frühlings später noch deutlich ersichtlich werden wird, nicht Herrin über die politischen und gesellschaftlichen Reformen der Region. So haben etwa UN-Sicherheitsrats- (UNSC-) Resolutionen, internationale Konventionen aber auch bilaterale Abkommen der Partnerstaaten mit anderen internationalen Akteuren, wie z.B. den USA, einen großen Einfluss auf die Art der Implementierung der ENP (vgl. Barbe et al. 2009;383). Neben Regimen wie z.B. UNSC- Resolutionen, die im Libanon eine große Rolle spielen¹⁴, sind also die USA ein sehr wichtiger Einflussfaktor. Im libanesischen Kontext ist zu sehen, dass die USA mit Israel, ihrem strategischen Verbündeten im Nahen Osten, v.a. auf die Art des Dialoges mit radikalen, radikal-religiösen oder auch schlicht religiösen Organisationen im Nahen Osten Einfluss zu nehmen versuchen.¹⁵ Konsequenz dieser und anderer Einflüsse auf den politischen Dialog der EU im Rahmen der ENP mit islamistischen Organisationen ist v.a., dass keine kohärente, kontinuierliche und generell gültige Linie gefunden wurde und somit Entscheidungen dieser Natur auf ad hoc Basis gefällt werden (vgl. Balfour, Cugusi 2010;181).

Auf regionaler Ebene wird besonders in den MENA Staaten die Rolle der autoritären Regime in der Konstruktion der ENP deutlich. Die Dynamik zwischen autoritärer Regierung und islamischer Opposition in vielen MENA Staaten – vor dem arabischen Frühling - zeigt in einer einzigartigen Deutlichkeit, wie die EU Politik in ihren normativen Grundfesten von der inneren Dynamik der Partnerländer abhängig ist. Autoritäre MENA Regime werden bzw. wurden bis zum arabischen Frühling im Rahmen des normativ geprägten Euro-Mediterranen Governance Systems unterstützt. Dies liegt v.a. an der relativen Stabilität, die diese Regime - im Gegensatz zur Instabilität einer demokratischen Transformation - versprechen können. Die Nachfolger solcher Regime wären zu einem großen Teil islamistische Parteien und Gruppierungen, die die liberal-westlichen Werte der EU nicht teilen. Ägypten und die Unterstützung der EU für Langzeitherrscher Mubarak ist ein Beispiel hierfür (vgl. Balfour, Cugusi 2010;173). Hier kollidieren also die Werte Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mit dem

¹⁴ UN-Sicherheitsrats-Resolutionen sind Ausdruck eines dominanten Diskurses in der internationalen Gemeinschaft, der die Beziehungen der verschiedenen Akteure zueinander beeinflussen kann. (vgl. Makdisi 2011;5)

¹⁵ Die USA übte beispielsweise Druck auf die EU aus die Hizbullah auf ihre Liste terroristischer Organisationen zu setzen, was die EU aus Mangel an Beweisen zurückwies. (vgl. Beunderman 2006;o.A.)

Wert, Extremismus zu bekämpfen und in weiterer Folge auch die Stabilität in der Region zu gewährleisten.

Der Abbruch diplomatischer Kontakte der EU mit der demokratisch gewählten Hamas Regierung in Gaza zeigt den Umkehrschluss dieses Dilemmas auf. Der Entschluss islamistischer Parteien am demokratischen Prozess teilzunehmen, wird von der EU generell als problematisch empfunden, da trotz demokratischer Legitimierung die liberalen Werte, die die EU vertritt, keinen Eingang in deren Ideologien finden. (vgl. Pace, Seeberg, Cavatorta 2009 4f.) Zugrunde liegt dieser Perzeption, dass es für die Konstruktion eines tatsächlich demokratischen Staates, der Stabilität und Prosperität etc. sicherstellen kann, unabdingbar ist, dass sich die islamistischen Bewegungen mäßigen und moderater werden, unabhängig davon ob es für den eigentlichen demokratischen Prozess von Bedeutung ist oder nicht (vgl. Wegner 2009;158). Somit kollidiert in diesem Fall der Wert der Demokratie und Demokratieförderung mit dem Konzept einer liberalen Demokratie, die der EU vorschwebt. Durch diese ablehnende Politik ergibt sich auch, dass die EU kaum bzw. gar keinen Einfluss auf diese Organisationen im Rahmen des politischen Dialogs hat. Am Beispiel Marokko macht Wegner fest, dass die EU durch ihre Ablehnung eines Dialogs mit islamistischen Parteien die Chance verpasst, zum einen Einfluss zu nehmen auf deren Ideologien, und zum anderen zur langfristigen Stabilität im Land beizutragen, indem sie diese Gruppen komplett ignoriert und damit auch isoliert (vgl. Wegner 2009;170f.).

Auch Çelenk folgt dieser Argumentation und zeigt nicht nur wie die EU durch die Wahl ihrer Kooperationspartner ihren Einfluss limitiert, sondern wie sie der Politik im Partnerland dadurch auch großen Einfluss auf die normative Grundlage der ENP gewährt.

„The last factor, which limits the conditionality of the EU in promoting democracy in Algeria and in the Mediterranean, is the way in which the EU constructs and conceptualizes the region. From the beginning of its relations with the Mediterranean, the EU perceived the Mediterranean as ‘the other’ through which it defined its own identity as being more politically and economically advanced. [...] The EU, which was perceived as an outsider, chose to cooperate with the state elite in the Algerian case and did not target the grassroots level, thus missing the opportunity to initiate a process of democratic transformation in the country.“ (Çelenk 2009;186)

Interessant ist die Argumentation, dass viele MENA Regime – wiewohl offensichtlich autoritär und undemokratisch – es schaffen, die EU davon zu überzeugen, sie als Ausnahmefälle zu betrachten. Diese Regime haben es geschafft, ihr Bestehen gegenüber der EU und gegenüber der normativen Konditionenpolitik der ENP zu rechtfertigen, wohl mit dem Hinweis auf die sicherheitspolitischen und rechtsstaatlichen Gefahren, die drohen, sollten islamistische Organisationen an die Macht kommen (vgl. Pace, Seeborg, Cavatorta 2009;3f.). Somit haben sie den Handlungsspielraum der EU massiv eingeengt, während sie sich selbst der Konditionalität der ENP bedient haben.

Die lokale Dynamik in den Partnerländern bzw. die Positionierung der EU im innenpolitischen Machtkampf der Partnerländer zeichnet ein ähnliches Bild. Stabilität, der Primat der gemeinsamen Werte und absolutes Ziel der ENP, hat Vorrang gegenüber eventuell destabilisierenden demokratischen Prozessen, die auch islamistische Parteien inkludieren könnten. Am Fallbeispiel Tunesien macht Powel deutlich:

“[...] whilst the EU may claim that promoting democracy is a desirable policy goal in Tunisia and the Mediterranean, evidence suggests that security and stability are of greater importance to EU policy-makers.” (Powel 2009;207)

Auch in der Analyse der EU-Libanon Politik wird deutlich, dass die EU durch ihre Politik versucht jene Akteure an der Macht zu halten, bzw. an die Macht zu bringen, die das westlich-liberale Demokratieverständnis der EU teilen. Hier zeigt sich, dass der Wertekomplex der EU nicht ohne Probleme auf andere Staaten und politische Kulturen übertragen werden kann, ohne Widersprüche zu erzeugen.

Diese Ausführungen haben gezeigt, dass die Definitionsmacht über die Relevanz der instrumentellen Werte der ENP nicht bei der EU Kommission alleine liegt und aus diesem Grund die Dichotomie zwischen Realismus und Liberalismus, zwischen strategischer und normativer außenpolitischer Ausrichtung der EU, zu kurz greift, um die ENP und die gemeinsamen Werte erfassen zu können. Die EU Mitgliedstaaten, die Internationale Gemeinschaft und andere Akteure im internationalen System, ebenso wie die regionalen Gegebenheiten und lokale Dynamiken konstruieren die Relevanz der gemeinsamen Werte mit und entscheiden über das Verhältnis zwischen instrumentellen und primären Werten. Diese Feedback Effekte grenzen den Handlungsspielraum der EU

(Kommission) maßgeblich ein und erlauben es anderen Akteuren die Konditionenpolitik der EU - d.h. die Verknüpfung der gemeinsamen Werte mit der weiteren Integration ins EU System - für sich bzw. gegen politische Mitakteure einsetzen zu können. Am Beispiel Libanon wird dies sehr deutlich werden. Es ist also nicht nur das Spannungsverhältnis zwischen Strategie und Werten, das die ENP beeinflusst, sondern auch welche potentielle Macht die EU gegenüber ihrer Partnerländer hat. Diese potentielle Macht kann sich politisch, wirtschaftlich, finanzpolitisch und gesellschaftlich ausdrücken und ist Spiegel der komplexen Feedback Kanäle zwischen der EU und ihren Mitgliedsstaaten auf der einen und der EU und der regionalen und nationalen Dynamik des Partnerlandes auf der anderen Seite.

KAPITEL III: DER LIBANON: POLITISCHE MUSTER UND TRADITIONEN EINER MULTI-KONFESSIONELLEN PROPORZDEMOKRATIE

Das Rückgrat des politischen Systems im Libanon ist eine Reihe an informellen Abkommen über die proportionale Machtaufteilung zwischen den mächtigen Eliten der konfessionell geprägten Gruppen und Parteien im Land. (vgl. Farha 2008;o.A.)

Der Libanon ist ein multikonfessioneller Staat. Seit 1932 wurde aus politischen Gründen¹⁶ keine Volkszählung mehr durchgeführt, deshalb kann die Aufteilung der Bevölkerung auf die verschiedenen Konfessionen nur geschätzt werden. Die Bevölkerung hat sich jedoch v.a. seit den 1970er Jahren stark gewandelt. Der Zuzug von nach Schätzungen bis zu 375 000 (größtenteils muslimischen) palästinensischen Flüchtlingen in das kleine Land, das heute ca. 3,6 Millionen Einwohner zählt (vgl. Nohlen 2003;513), ist dafür ebenso verantwortlich wie die demographische Entwicklung der libanesischen Bevölkerung selbst. Die muslimische Bevölkerung ist u.a. aufgrund höherer Geburtenraten seit Mitte des 20. Jahrhunderts in der Mehrzahl (vgl. Picard 1996;79).

Nach heutigen Schätzungen sind 60% der Libanesen Muslime, davon 32% Schiiten, 21% Sunniten und 7% Drusen. 40% der Bevölkerung sind christlichen Glaubens, darunter 25% Maroniten und 7% griechisch Orthodoxe. Die restlichen Prozentpunkte setzen sich aus kleineren muslimischen und christlichen Gemeinden zusammen (Nohlen 2003;514). Die Schiiten stellen somit die größte Bevölkerungsgruppe dar, obwohl die informellen Abkommen, die die Konkordanz im Libanon organisieren, allesamt de facto eine maronitisch-sunnitische Herrschaft vorsehen und somit einen Ausschluss der Schiiten aus dem politischen System manifestieren (Harris 1997;174). Klar ist also, dass der konfessionelle Proporz in der Politik die libanesischen Bevölkerung in seiner Machtaufteilung nicht adäquat abbildet, sondern selbst Mittel des Machterhalts der alten Eliten darstellt.

Diese Machtaufteilung wird dementsprechend laufend von internen sowie von externen Akteuren herausgefordert, z.T. bewusst um Anstoß zu geben, den fragilen Frieden zwischen den Gemeinden zu brechen. Spannungen entladen sich, sobald die Balance

¹⁶ Bereits bei der Volkszählung von 1932 wurde die disproportionale Übermacht der Maroniten gegenüber anderen Bevölkerungsteilen deutlich. Trotzdem wurde ihre Hegemonie in der Verfassung verankert. Weitere Volkszählungen hätten diese hegemoniale Stellung der Christen im Libanon gefährdet (vgl. Picard 1996;66).

aus dem Gleichgewicht gerät, oft in blutigen, meist inter-konfessionellen Konflikten. Diese wiederum werden meist mit Hilfe externer Akteure gelöst, indem die konfessionelle Konkordanz in einem neuen Abkommen erneuert wird. Eventuell sieht dieses neue Abkommen eine, den neuen Machtverhältnissen angepasste, leicht veränderte Form des politischen Proporz vor, der sich wieder als Leitmotiv der politischen Kultur manifestiert.

„The raison d'etre of Lebanon's power-sharing system is to provide each group with a political safeguard against domination by the others [...] but it has several well-known flaws. The most serious is that it turns the state into an arena for sectarian conflicts to develop and play out, rather than a platform for national integration and reconciliation. A second consequence of institutionalizing sectarian divisions within the political system is that it strengthens the power of confessional leaders.“ (Berti 2009;o.A.)

So ist das konfessionelle Proporzsystem zusammen mit ständiger externer Intervention prägend für die Politik im Libanon und auch für die Zusammenarbeit mit der EU im Rahmen des Euro-Mediterranean Governance Systems.

3.1. HISTORISCHER ABRISS: DIE ENTWICKLUNG DER POLITISCHEN KULTUR DES NACHKRIEGSLIBANON

Schon vor der französischen Mandats Herrschaft über das Libanon Gebirge,¹⁷ war das Land von jenen Problemen bestimmt, die auch heute das politische Leben im Staat definieren; der Konfessionalismus, das Patronage System, die ständige, z.T. willkommene Intervention ausländischer Akteure in die internen Angelegenheiten des Libanon bzw. die Vulnerabilität des Libanon nach außen und die Konkordanz-Demokratie.

Picard argumentiert, dass es zum osmanischen Herrschaftsstil gehörte die ethnischen und konfessionellen Trennlinien in der Gesellschaft zu fördern (vgl. Picard 1996;10). So war der Libanon schon damals gekennzeichnet vom konfliktreichen Zusammenleben mehrerer konfessioneller Gemeinden. Auch heute noch ist die Spaltung der

¹⁷ Das Libanon Gebirge, das Kerngebiet des heutigen Libanons, wurde hauptsächlich von christlichen Maroniten und Drusen bewohnt und war eine Provinz des osmanischen Reiches (vgl. Schriwer 199;2002).

libanesischen Gesellschaft in ihre konfessionellen Gemeinschaften einer der Hauptfaktoren interner Konflikte und Grund dafür, dass die Konstruktion einer ganzheitlich libanesischen Identität bis in die Gegenwart nicht möglich war (vgl. Knio 2005;226).

Die Eliten der beiden großen konfessionellen Gemeinschaften in der Provinz, die Drusen und die Maroniten, teilten sich gemäß ihrer sozialen Stellung die Macht in der Provinz untereinander auf und entwickelten ein Klan-System, das zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch über den konfessionellen Grenzen operierte (vgl. Tarazi Fawaz 1994;17). Dies sind die Ursprünge des Patronage Systems, das auch Eingang in die moderne libanesische Demokratie gefunden hat (vgl. Hamzeh 2001;176). Durch interkonfessionelle Konflikte, die aus der Erosion der wirtschaftlichen und sozialen Balance im Libanon Gebirge entstanden, wurde das Patronage System zunehmend an die konfessionellen Grenzen angepasst. (vgl. Hamzeh 2001;177) Die Öffnung der arabischen Provinzen für den Welthandel verdeutlichte den wirtschaftlichen Vorteil der Maroniten, die schon seit dem 12. Jahrhundert gute Handelskontakte nach Frankreich hatten. (vgl. Tarazi Fawaz 1994;18) Schon im 19. Jahrhundert war der Druck Frankreichs, die Geschehnisse des Libanons mitzubestimmen, groß. (vgl. Fish 1944;235)

„Foreign interests in Lebanon transformed these basically sociopolitical struggles into bitter religious conflicts, culminating in [...] 1860 [...] These events offered France the opportunity to intervene; in an attempt to forestall French intervention, the Ottoman government stepped in to restore order.“
(Library of Congress 1987;o.A.)

Fünf europäische Großmächte und das osmanische Reich entwickelten ein System der Machtbalance, das den Frieden gewährleisten sollte. Dieses Abkommen, das „règlement organique“ ist die Grundlage der heutigen libanesischen Verfassung und des politischen Proporz. Nun sollte das Libanon Gebirge als administrative Einheit verwaltet werden, von einem christlichen Gouverneur, der jedoch nicht vom Libanon Gebirge stammen durfte. Diesem Gouverneur stand ein Rat zur Seite, der aus 12 Mitgliedern bestand, jeweils zwei aus jeder der sechs anerkannten religiösen Gemeinschaften. Der Einfluss Europas auf die osmanische Provinz war enorm (vgl. Picard 1996;22). Frankreich positionierte sich selbst an der Schwelle zur Moderne und im Zentrum nationalistischer und anti-osmanischer Strömungen im Libanon. Dies führte zu einer paradoxen

Situation, die sich in der Geschichte des Landes noch mehrere Male wiederholen sollte, wonach der Weg zur größeren Unabhängigkeit von einem externen Akteur über die engere Anbindung an einen anderen externen Akteur führt (vgl. Picard 1996;24ff.).

1920 wurde der Staat Großlibanon¹⁸ ausgerufen und unter französisches Mandat gestellt. Dieser neue Staat umfasste nicht nur das Libanon Gebirge, sondern auch Beirut, Tripoli, die Gegenden um Sidon und Tyrus und das Bika'a Tal (vgl. Wild 2004;155). Diese neuen Gebiete wurden größtenteils von Muslimen bewohnt und veränderten das konfessionelle Gleichgewicht, das bis jetzt auf das Zusammenleben von Christen und Drusen ausgelegt war. (vgl. Hourani 1966;260). Die Grenzziehung ist Ausdruck einer französisch-britischen Aufteilung. Beide Mächte hatten Interessen in der Region (vgl. Wild 2004;154).

„It seems [...] that this border is a good example of the complicated interrelation between growing nationalism, on the one hand, and decolonization, on the other.“ (Wild 2004;155)

Die libanesische Verfassung sollte helfen die nationale Identität zu stärken. Sie orientierte sich stark am *règlement organique*. Die Abgeordneten des Parlaments sollten vom Volk gewählt werden, und zwar nach einem konfessionellen Proporzsystem. Der Staatspräsident, der von den Abgeordneten gewählt wurde, muss ein maronitischer Christ sein, der Premierminister muss ein Sunnit sein und der Parlamentspräsident ein Schiit (vgl. Collelo 2003;45). Das politische System des Libanon integriert also westliche Konzepte und lokale Traditionen. Während es Parlamentarismus und demokratischen Wettbewerb beinhaltet, ist das politische Verhalten der Akteure nicht von westlich-liberaler Parteiendemokratie bestimmt, sondern von feudalen und konfessionellen Loyalitäten (vgl. Harris 1997;61).

Die Eliten des Libanon nutzten die Schwäche Frankreichs während des zweiten Weltkriegs aus, um für die Unabhängigkeit des Libanon zu kämpfen (vgl. Picard 1996;68).

Da die nationale Identität unter den Sunniten immer noch sehr schwach ausgeprägt war, einigten sich die politischen Führer des seit 1941 unabhängigen Libanon auf einen mündlichen Pakt - den Nationalen Pakt -, um den Staat zu festigen (vgl. Köhler 1980;15). In diesem Pakt wird die Identität des Libanon festgeschrieben, in einer Weise,

¹⁸ 1926 wurde der Großlibanon in „Libanesische Republik“ unbenannt. (vgl. Wild 2004;155)

die sowohl für Christen, als auch Muslime annehmbar ist. Es handelt sich hierbei um eine doppelte Identität. Die Muslime sollten, dem Pakt folgend, der Souveränität und Eigenständigkeit des Libanon zustimmen und sein kommunitaristisches System ebenso anerkennen wie seine starke Bindung zu Europa und zum Westen. Im Gegenzug dazu sollten die Christen nicht mehr auf die Schutzmachtfunktion europäischer Mächte für ihre eigene Gemeinschaft bauen und den arabischen Charakter des Libanon und dessen Mitgliedschaft in der arabischen Welt akzeptieren (vgl. Picard 1996;69).

Es schien, als ob die doppelte Identität des Libanon keine unmittelbaren Widersprüche in der Region erzeugte. Allerdings betont Picard in ihrer Analyse, dass es sich, wie auch beim *règlement organique*, um ein Abkommen unter Eliten handelt. Der Nationale Pakt sollte dazu führen, dass das Patronage System in seiner prominenten Rolle bestätigt wird (vgl. Picard 1996;70f.). Die schwere Krise von 1958, die erst durch den Einmarsch der USA beendet werden konnte sowie der 15 jährige Bürgerkrieg seit 1975, zeigt, dass die fragile Balance zwischen den verschiedenen Gesellschaftsteilen, die im Nationalen Pakt und der Verfassung festgeschrieben ist, sofort zerbricht, wenn die politische Situation in der Region das Land dazu zwingt, klar Stellung zu beziehen (vgl. Picard 1996;74f.).

Bis 1975 wurde der Libanon nicht in den arabisch-israelischen Konflikt hineingezogen, die vielen palästinensischen Flüchtlinge im Land –Anfang der 1970er waren es 340 000 (vgl. Picard 1996;81f.) – brachte jedoch nicht nur die konfessionelle Balance aus dem Gleichgewicht (vgl. Picard 1996;79), die Flüchtlingslager waren auch Zufluchtsort einer großen Anzahl palästinensischer Widerstandsbewegungen und Milizen, deren Präsenz im Libanon die Beziehung zu Israel dramatisch verschlechterte (vgl. Harris 2007;151f.). Der palästinensische, israelische und - nach dem Putsch Assads in Damaskus - syrische Druck auf den Libanon bzw. sein fragiles kommunitaristisches System stieg stetig an und die Konsequenz daraus war die Erosion der libanesischen Regierung und des Friedens zwischen den verschiedenen Eliten im Land (vgl. ebd.;155). Der Bürgerkrieg im Libanon war vom nationalen Standpunkt gesehen ein paramilitärischer Krieg (vgl. Picard 1996;87), mit ständig wechselnden Allianzen.¹⁹ Von einem regionalen Blickwinkel allerdings wird deutlich, dass der Libanon nun der Austragungsort des arabisch-israelischen Konfliktes geworden ist. Sein schwacher Staat und die verfeindeten konfessionellen Gruppierungen, ebenso wie der Umstand, dass der

¹⁹ Zusammenfassend wurde der Bürgerkrieg zwischen einem maronitisch, konservativ-rechten Block, der Lebanese Front, und einem muslimisch, progressiv-linken Block, dem Lebanese National Movement ausgefochten. (vgl. Picard 1996;100ff.)

Libanon den letzten Zufluchtsort der palästinensischen Befreiungsorganisationen darstellte, machten ihn zum idealen Ort für diesen Konflikt (vgl. Köhler 1980;36). Auch in der Gegenwart zeigt sich die Relevanz des Libanon als Austragungsort regionaler Konflikte, was die ENP-Libanon enorm beeinflusst.²⁰ 1976 marschierte Syrien im Libanon ein (vgl. Harris 1997;164f.), 1982 drang Israel bis nach Beirut vor und zerschlug die palästinensische Befreiungsbewegung im Libanon. Zu dieser Zeit erstarkte auch die schiitische Widerstandsbewegung im Südlibanon, die v.a. in der Nachkriegszeit eine enorme Rolle spielen wird (vgl. ebd.;174) Die Hizbullah, die größte der schiitischen Widerstandsbewegungen ist heute eine der politisch wie auch militärisch mächtigsten Parteien im Land (vgl. Flanigan, Abdel-Samad 2009;123).

Die beiden Besatzungsmächte Syrien und Israel, spielten die verfeindeten libanesischen Akteure geschickt gegeneinander aus, was den Staat weiter schwächte und den Krieg verlängerte (vgl. Picard 1996;134). Das Ende des Bürgerkrieges schließlich war das Resultat der sich ändernden politischen Situation in der Region und der Welt (vgl. Krayem;o.A.). Mit 1989 brachen auch intra-konfessionelle Kämpfe auf, die verdeutlichten, dass es sich letzten Endes um einen Machtkampf der Eliten des Landes handelte. Zusammen mit dem Unmut der Bevölkerung führte die Erosion der Eliten schließlich dazu, dass moderatere Kräfte in die Politik zurückkehren konnten (vgl. Barak 2002;637). Israel war durch die Intifada im eigenen Land weniger an den Geschehnissen im Libanon interessiert, und die Palästinenser waren dermaßen geschwächt, dass sie keinen politischen Faktor mehr darstellten (vgl. Krayem; o.A.). Nur der Einfluss Syriens wuchs stetig an, aber auch der internationale Druck auf Syrien, seine Truppen abzuziehen. Unter der Vermittlung Saudi Arabiens wurde schließlich das Friedensabkommen von Ta'if ausgearbeitet (vgl. Deeb, Deeb 1991;88). Auch Ta'if war in seinen unmittelbaren Beschlüssen wenig mehr als ein weiteres Abkommen zwischen den libanesischen Eliten, den konfessionellen Proporz zu manifestieren. Die konfessionelle Balance wurde im Ta'if Abkommen neu definiert. Statt einem Verhältnis von 6:5 für die Christen im Parlament, wurde nun ein Verhältnis von 5:5 beschlossen (vgl. ebd.;89). Das Ta'if Abkommen beinhaltet aber auch eine Einigung zur Abschaffung des konfessionellen Systems.

„Abolishing political sectarianism is a fundamental national objective. To achieve it, it is required that efforts be made in accordance with a phased plan.

²⁰ Vgl. Kapitel IV

The Chamber of Deputies elected on the basis of equal sharing by Christians and Muslims shall adopt the proper measures to achieve this objective [...]“ (al-bab 2009;o.A.)

Syrien sollte den Libanon, quasi als Schutzmacht, bei diesen Reformen unterstützen und seine Truppen nach zwei Jahren abziehen (vgl. Deeb, Deeb 1991;89) Wie sich noch zeigen wird, hat Syrien aufgrund eigener wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Interessen, das Ta'if Abkommen uminterpretiert und es als Legitimation für die weitere Truppenpräsenz im Land benutzt. Politische Reformen wurden unter der syrischen Hegemonie im Keim erstickt (vgl. Salloukh 2005;19).

Der post-Ta'if Libanon wurde v.a. von zwei Mythen geprägt, die schon lange in der Gesellschaft verhaftet waren. Von der Suche nach einer gemeinsamen libanesischen Identität, um die Gräben überwinden zu können - die der jahrelange Bürgerkrieg geschaffen hat (vgl. Makdisi 1996;23) - und von der Überzeugung, dass der Krieg von außen in das Land getragen wurde und der Libanon zum Opfer der Gewalt anderer wurde (vgl. Perthes 1997;19).

Der Versuch der Regierung Rafiq al-Hariris in der ersten Hälfte der 2000er Jahre, die Vergangenheit in eine Geschichte der nationalen Einheit umzuwandeln und somit die Ambiguität zwischen Gruppenloyalitäten und der neuen patriotischen Ausrichtung der politischen Rhetorik zu überbrücken, bleibt allerdings oberflächlich. Vor dem Krieg wurde „das Nationale“ von den zahlreichen konfessionellen Gruppen besetzt. Diese religiös-kulturellen Grenzen, wurden in der Nachkriegszeit von den alten Eliten reaktiviert (vgl. Makdisi 1996;23ff.). Der konfessionelle Klientelismus wurde also weiter in das politische System integriert. Politische Parteien orientieren sich auch nach dem Krieg entlang religiöser Grenzen und die Basis der politischen Organisation und Repräsentation ist noch immer die persönliche Patronage.

“Like confessionalism, this vulgar clientalism has been institutionalized into Lebanon's political system, thus making the Lebanese state an association of a variety of patrons” (Hamzeh 2001;176)

Der Klientelismus ist also – mitunter durch die nationale Administration – immer noch der Hauptverteilungsmechanismus der Ressourcen des Staates, obwohl das

konfessionelle Proporzsystem, das dies ermöglicht, laut dem Ta'if Abkommen abgeschafft werden sollte (vgl. Hamzeh 2001;176f.).

Die Konflikte zwischen den beiden großen politischen Blöcken im Libanon²¹, die die Gegenwartspolitik bestimmen, sind daher auf die Frage zurückzuführen, wie der libanesischer Staat definiert werden soll und was die nationale Identität ausmacht.

Der zweite Mythos, der die Nachkriegszeit im Libanon geprägt hat bzw. prägt, ist die Überzeugung, dass Krieg und Gewalt im Libanon von außen induziert wurde und das kleine Land am Mittelmeer de facto nur den Boden für Auseinandersetzungen ausländischer Akteure bietet. Der arabisch-israelische Konflikt, die vielen palästinensischen Flüchtlinge und deren politische Aktivitäten im Land, die Besetzungen durch Syrien und Israel und die Interventionen der USA, Frankreichs, des Irans und Saudi-Arabiens stärken diese Sichtweise. Schuldzuweisungen nach außen sollten v.a. den Effekt haben, die zersplitterte Gesellschaft des Libanons auszusöhnen. De facto führte es aber v.a. dazu, dass die palästinensischen Flüchtlinge im Libanon für die Gewalt verantwortlich gemacht wurden (vgl. Perthes 1997;19).

Tatsächlich sind die Interventionen des Auslands eng verwoben mit den kurzfristigen politischen und ökonomischen Interessen der sehr heterogenen libanesischen Elite. Schon im 19. Jahrhundert, als das Libanon Gebirge auf Druck europäischer Mächte zu einer semi-autonomen Provinz im osmanischen Reich wurde (vgl. Fish 1944;235), wurde klar, dass das Schicksal des Landes stark von Interessen ausländischer Mächte im Libanon und der Region abhängt und mehr noch, dass ausländische Intervention immer wieder auch von Teilen der libanesischen Eliten ausdrücklich gewünscht wurde, bzw. wird, um interne Probleme zu ihren Gunsten zu lösen (vgl. Picard 1996;119f.). Die Politik, seine Interessen durch Allianzen mit ausländischen Mächten durchzusetzen, hat sich bis in die Gegenwart zu einer libanesischen Tradition entwickelt (vgl. Picard 1996;16). Auch die ENP-Libanon steht im Zeichen dieser Tradition.

„This today, although of all Arab countries of the Near East, Lebanon is the most receptive to Western values and the model of the modern state, it is paradoxically the one country that has clung most tightly to the Ottoman tradition of social and political division into communities.“ (Picard 1996;10)

²¹ Seit 2005 ist die libanesischer Politik in einen pro-westlichen Block unter Führung des sunnitischen geprägten Future Movement des Hariri Klans, und einen pro-syrischer Block unter Führung der schiitischen Hizbullah gespalten (vgl. Shields 2008;477).

Auf die Gegenwartspolitik im Libanon hat v.a. Syrien einen enormen Einfluss. Das Nachbarland hat durch seine Schutzmacht- bzw. Besetzungsfunktion, die ihr im Friedensvertrag von Ta'if gebilligt wurde, die erste Phase der Nachkriegszeit quasi kontrolliert und steht auch nach seinem Abzug im Zentrum libanesischer Politik. (vgl. Salloukh 2005;21) So war die Nachkriegszeit bis 2005 geprägt durch von Syrien kontrollierte Stabilität und Kontrolle über v.a. Außen- und Sicherheitspolitik und einer starken Betonung des ökonomischen Wiederaufbaus unter Premierminister Rafiq al-Hariri.

Gerechtfertigt wurde die vollständige Kontrolle libanesischer Politik – v.a. der Außen- und Sicherheitspolitik - nach dem Ende des Krieges durch die Bedrohung des Libanon durch Israel. De facto gab es aber auch wirtschaftliche Gründe. Der liberale libanesische Markt war für die syrische Wirtschaft essentiell (vgl. Deeb 1991;94). Zwischen 1991 und dem 26. April 2006 hatte Syrien also die volle Kontrolle über den Libanon.

"Indeed, during this period, Syria became at one and the same time the dominant domestic actor in Lebanon and the main external party overseeing the transition from war to peace." (Salloukh 2005;18)

Die Pax Syriana verdeutlicht, dass das Auspielen der verfeindeten Gemeinden im Libanon und die Schaffung konfessionell geprägter Kanäle nicht nur das fragile Proporzsystem im Libanon zementiert, sondern es auch erlaubt, die libanesischen Konflikte zur Durchsetzung eigener Interessen zu nutzen. Auch die EU wird sich dieses System zunutze machen und in weiterer Folge feststellen, dass die Integration in die Kanäle der libanesischen Politik auch das Druckpotential und die Entscheidungsfähigkeit der EU selbst stark beschränken.

Vor allem unter dem von Syrien eingesetzten libanesischen Präsidenten Émile Lahoud – ab 1998 – wurde der Einfluss Syriens in sämtlichen Belangen der Gesellschaft massiv. Die Wirtschaft, die Gerichte, die Universitäten, etc. waren unter syrischer Kontrolle und das Rechtssystem wurde in einer Weise infiltriert, die unabhängige Rechtsprechung nicht mehr möglich machte, was den syrischen Geheimdiensten de facto freie Hand ließ (vgl. Salloukh 2005;20).

Außenpolitisch war der Libanon Garant für die syrische Sicherheit. Der Stellvertreterkrieg, den Syrien mit Israel ausfocht, fand bzw. findet ausschließlich auf

libanesischem Boden statt (vgl. Perthes 1997;18). Die Besetzung der Shebaa Farms²² durch Israel hat Syrien auch nach dem israelischen Abzug aus dem Libanon im Jahr 2000 einen Grund gegeben, seine Truppen auch weiterhin im Libanon zu belassen (vgl. Salloukh 2005;19). Folgerichtig übernahm Syrien auch in den arabisch-israelischen Friedensverhandlungen die Vertretung der libanesischen Interessen. Frieden zwischen Israel und Libanon würde die Machtposition Damaskus‘ erheblich schwächen (vgl. Salloukh 2005;19). Die Besetzung des Libanon durch Syrien hatte also keine großsyrischen Ideologien als Grundlage, sondern rein sicherheitspolitisches Kalkül (vgl. Perthes 1997;18).

Die politische Kontrolle des Libanons von außen wurde begleitet vom autokratischen Regierungsstil des damaligen Premierministers Rafiq al-Hariri, der zwar ein extrem liberales Wirtschaftskonzept vertrat, aber einer weniger Oligarchen war, der die Wirtschaft im Land kontrollierte und auch massiv am Wiederaufbau verdiente (vgl. Larkin 2011;419f.). Abgesehen von wirtschaftlichen Reformen versuchte al-Hariri, zu Beginn auch ein Günstling Syriens, nicht das politische System an sich zu reformieren. Das bedeutete, die alten Klan-Führer, warlords und konfessionellen Führer behielten ihre Macht und auch das Patronage-System blieb der wichtigste Verteilungsmechanismus im Staat (vgl. Denoeux, Springborg 1998;1669). Durch die Stabilität und Sicherheit, die sein Regierungsstil und die syrische Kontrolle mit sich brachten, konnte er jedoch trotz Repressionen und der Niederschlagung sämtlicher sozio-ökonomischer Proteste die Gunst der Bevölkerung für sich gewinnen (vgl. Perthes 1997;20).

3.2. DIE ZEDERNREVOLUTION: DIE ENTSTEHUNG NEUER POLITISCHER KONFLIKTLINIEN UND AUSGANGSLAGE DER EUROPÄISCHEN NACHBARSCHAFTSPOLITIK MIT DEM LIBANON

Politik im Libanon fand also auf drei verschiedenen Ebenen statt. Zum einen auf der Ebene der Wirtschaftspolitik al-Hariris, die negative soziale Konsequenzen und den enormen Anstieg der Staatsschulden als notwendige Opfer für den wirtschaftlichen Wiederaufbau erachtete, den Staat als Unternehmen und nicht als System demokratischer Ressourcenverteilung betrachtete und somit langfristig schwächte (vgl.

²² Shebaa Farms: sind von Israel besetztes Gebiet. Libanon und Syrien reklamieren es für den Libanon, die UNO hält es für syrisches Gebiet. (UNSC 2000;o.A.)

Denoeux, Springborg 1998;166). Die zweite Ebene ist jene der alten Eliten, die das demokratische System unterwanderten und Staatsressourcen am demokratischen Prozess vorbei auf klientelistischer und konfessioneller Basis verteilten und so das Vertrauen in den Staat und das demokratische System untergruben (vgl. Denoeux, Springborg 1998;168). Die dritte Ebene schließlich ist die Politik Syriens, das aufgrund v.a. sicherheitspolitischer Interessen und wirtschaftlicher Notwendigkeiten politische Reformen im Libanon, die im Ta'if Abkommen festgeschrieben waren, im Keim erstickte um seine Legitimationsgrundlage für die Besetzung des Libanons nicht zu verlieren (vgl. Perthes 1997;18f.).

Dieses System verlangte natürlich neben syrischer Repression auch einen Minimalkonsens zwischen den verschiedenen Ebenen bzw. Allianzen der sicherstellt, dass die Machtbasis aller Akteure nicht gefährdet ist. Diese Politik der checks and balance ist einer der Kernpunkte des libanesischen Systems und gepaart mit dem konfessionellen Proporzsystem auch verantwortlich dafür, dass sich die Reform dieses Systems als so schwierig erweist (vgl. Shields 2008;484).

Wie immer in der libanesischen Politik finden tiefgreifende Veränderungen nicht ohne externe Unterstützung statt. Rafiq al-Hairi löste sich, unterstützt von internationalen und regionalen politischen Veränderungen, jedoch immer weiter von Syrien und das Verhältnis wurde konfliktreicher (Badran 2006;o.A.). Vor allem Frankreich, die USA und Saudi-Arabien, der größte Unterstützer al-Hariris in der arabischen Welt und regionalpolitischer Rivale Syriens (vgl. Abdul-Hussain 2009;408), standen hinter der UN Sicherheitsratsresolution 1559 (vgl. Baroudi, Salamey 2011;399), die freie Wahlen und einen Abzug aller ausländischen Truppen aus dem Libanon sowie die Entwaffnung aller Milizen verlangte²³ (vgl. UNSC 2004;o.A.). Diese Resolution wurde neben anderen Faktoren einer der Brennpunkte der weiteren Konflikte der zweiten Phase der Nachkriegszeit, die am 14. Februar 2005 eingeleitet wurde, als Rafiq al-Hariri durch eine gewaltige Autobombe im Stadtzentrum von Beirut ermordet wurde. Außenpolitisch trat der Druck auf Syrien seine Truppen abziehen, nun offen zu Tage (vgl. Salloukh 2005;2). Innenpolitisch entstanden zwei große Massenbewegungen, die in der Literatur als pro- und anti-syrischer Block definiert werden, de facto aber beide für den Abzug der syrischen Truppen eintraten (Knio 2005;225).

²³ UN Resolution 1559 verlangt : Respekt für die volle Souveränität des Libanon über sein eigenes Staatsgebiet, den Abzug sämtlicher ausländischer Truppen, die Entwaffnung sämtlicher Milizen und die Ausweitung der Autorität der libanesischen Armee über das gesamte Staatsterritorium (vgl. UNSC 2004;o.A.).

Die sogenannte Zedernrevolution, eine Massenbewegung, deren politischer Arm einen der beiden neuen politischen Blöcke im Libanon ausmacht, verlangte den sofortigen Abzug Syriens. Die Kräfte des 14.März, so wurde dieser Block nach dem Datum des Massenprotestes getauft, versammelt unter der Zedernrevolution aber nicht die Gesamtheit der Gesellschaft. Vielmehr stand dieser Revolte der zweite politische Block, die Kräfte des 8.März, gegenüber. Dieser Block, unter der Führung der Hizbullah, organisierte pro-syrische Gegenproteste (vgl. ebd.;225f.).

Die alten konfessionellen Gräben in der Gesellschaft sind durch die neuen Allianzen, die das Land in zwei Teile spalten, nicht verschwunden (vgl. Knio 2005;226). Obwohl die Blöcke überkonfessionell funktionieren, lässt sich doch eine Bruchlinie zwischen der sunnitisch, drusischen und der schiitischen Bevölkerungsteile erkennen. So sind die schiitischen Organisationen Hizbullah und Amal die Federführer der Kräfte des 8.März und somit auf der Seite Syriens, während drusische und sunnitische Parteien, allen voran al-Hariris Future Movement und Walid Jumblats Progressive Socialist Party (PSP), vereint auf Seiten der Kräfte des 14.März zu finden sind bzw. waren. Die darunterliegende konfessionelle Struktur der Gesellschaft änderte sich jedoch nicht.²⁴

Die beiden Blöcke unterscheiden sich politisch v.a. in der Frage nach der künftigen Beziehung des Libanons zu Syrien und damit auch der künftigen politischen Definition des Staates. Die Definition der libanesischen Nationalität und die außenpolitische Ausrichtung des Staates stehen also im Zentrum der Konflikte der beiden Blöcke. Unmittelbar nach der Zedernrevolution kumulierten dies v.a. im Streit um die Auslegung und Implementierung der UNSC Resolution 1559 und die Interpretation des Ta'if Abkommens (vgl. Knio 2005;226).

“Clearly, the dispute between those who argue for the (re)implementation of the Ta'if agreement and those who favour the UNSC 1559 resolution has its roots in the sectarian socio-political culture of Lebanese politics.” (Knio 2005;229)

Das Ta'if Abkommen hält, ebenso wie die UNSC Resolution 1559 die Souveränität des Libanon hoch und sieht die Entwaffnung sämtlicher Milizen vor. Allerdings wird

²⁴ Die beiden Blöcke repräsentieren v.a. einen schiitisch-sunnitischen Konflikt, wobei das christliche Drittel der libanesischen Bevölkerung auf die beiden Blöcke aufgeteilt ist. Michel Aouns Free Patriotic Movement (FPM) und der damalige Präsident Émile Lahoud stehen auf Seite der Kräfte des 8.März, während z.B. der maronitische Patriarch mit den Kräften des 14.März sympathisiert (vgl. Harris 2007;58).

deutlich, dass die Entwaffnung der Milizen im Gegensatz zur Resolution 1559 im Ta'if Abkommen extrem vage und ohne eindeutigen Zeitplan formuliert wurde.

“Disbanding of all Lebanese and non-Lebanese militias shall be announced. The militias' weapons shall be delivered to the State of Lebanon within a period of 6 months, beginning with the approval of the national accord charter.” (al-bab 2009;o.A.)

Darüber hinaus ist die „Brüderlichkeit“ zwischen dem Libanon und Syrien ein wichtiger Bestandteil des Ta'if Abkommens (vgl. al-bab 2009;o.A.) und bildet somit, v.a. in der Interpretation Syriens, eine Legitimationsgrundlage für den Verbleib syrischer Truppen und politischen Einflusses im Libanon. Die Pro-syrischen Kräften, allen voran die Hizbullah, als letzte bewaffnete Miliz im Land, favorisierten also das Ta'if Abkommen nach syrischer Auslegung, während sich v.a. die Sunniten und Maroniten des anti-syrischen Blocks für die vollständige Implementierung der Resolution 1559 aussprachen. Dies ist v.a. für die Einordnung der EU Politik im libanesischen Konflikt interessant, da die Unterstützung der Resolution 1559 durch die EU ihre Positionierung im Konflikt deutlich macht.

Die Resolution 1559 war nur einer der Brennpunkte des Konflikts. Die Definition und außenpolitische Ausrichtung des Staates wurde und wird auch noch immer im Diskurs um die UN International Independent Investigation Commission (UNIIC) bzw. das Special Tribunal for Lebanon (STL) ausgefochten, diese beiden Institutionen sollen den Mord an Rafiq al-Hariri und andere politische Morde im Libanon unabhängig untersuchen und aufklären.

Die UNIIC nahm im April 2005 ihre Arbeit auf. Im Dezember desselben Jahres forderte die libanesishe Regierung, die nach der Zedernrevolution im Juli 2005 gebildete und vom pro-westlichen Block unter Fuad as-Siniora geführt wurde, eine internationale Untersuchung des Mordes von al-Hariri. Die Regierung tat dies v.a. in Anbetracht einer Reihe politischer Morde im Winter 2005, die wohl der Destabilisierung des Libanons und seiner neuen Regierung gelten sollten (vgl. Knudsen 2010;15). Durch die UNSC Resolution 1644²⁵ folgte der UN-Sicherheitsrat dieser Bitte.

²⁵ UN-Sicherheitsratsresolution 1644 ist die legale Grundlage für die Etablierung des Special Tribunal for Lebanon. Darüber hinaus übt der UN-Sicherheitsrat in dieser Resolution Druck auf Syrien aus mit der Untersuchungskommission der UN (UNIIC) zusammenzuarbeiten. (vgl. UNSC 2006;o.A.)

Im Jänner 2006 unterzeichneten die libanesische Regierung und die UNO das Abkommen zur Etablierung des Special Tribunal for Lebanon, das einen von der UNHCR unabhängigen Rechtskörper darstellt (vgl. Special Tribunal for Lebanon 2011;o.A.). In weiterer Folge wurde das STL zum Brennpunkt innerlibanesischer Konflikte.

Die größte internationale Aufmerksamkeit kommt im Gerangel um die Definition des libanesischen Staates der Hizbullah zu, die auch das höchste Konfliktpotential birgt, sowohl durch ihr Verhalten als auch durch die internen und externen Reaktionen auf ihr Verhalten und ihre politische und paramilitärische Macht.

Die Hizbullah ist ein traditioneller Verbündeter Syriens. Schon ihre Relevanz zeigt, dass der Einfluss Syriens im Libanon nicht verschwunden ist. Ob nun Syrien oder die Hizbullah mehr von dieser Kooperation profitieren, bzw. wie viel Macht zur Eigenständigkeit die Hizbullah gegenüber Syrien wirklich hat, ist unklar (vgl. Salloukh 2005;14). Dies ist auch eine Frage, die v.a. mit dem Arabischen Frühling und den Unruhen in Syrien enorm an Brisanz gewonnen hat.²⁶ Auf jeden Fall ist das politische System und Establishment im Libanon noch immer abhängig von der Politik Damaskus‘ (vgl. Salloukh 2005;21).

Die Hizbullah hat sich seit ihrem Aufstieg in den 1980ern massiv gewandelt. Aus der anti-israelischen Widerstandsbewegung im Südlibanon wurde nicht nur eine der wichtigsten sozialen Organisationen im Land, sondern auch eine politische Partei. Vor allem der syrische Einfluss führte dazu, dass die Hizbullah ihre ursprünglich radikale, stark durch den Iran beeinflusste Strategie aufgab und anfang innerhalb des politischen Systems des Libanon zu operieren. Der neue Pragmatismus der Hizbullah inkludierte auch die Anerkennung des konfessionellen libanesischen Staates (vgl. Hamzeh 2000;473).

“[...] in fact they submitted to governmental decrees on public discipline” (vgl. Hamzeh 2000;743)

Der Widerspruch zwischen den beiden Flügeln der Hizbullah, der Miliz und der politischen Partei, definiert den politischen Diskurs im Libanon in der Gegenwart und v.a. die Art in der er geführt wird. Die Hizbullah ist Teil des politischen Establishments,

²⁶ Vgl. Kapitel VII

nichtsdestotrotz bleibt sie die größte bewaffnete Miliz im Libanon und weigert sich – mit Unterstützung Syriens und des Irans - ihre Waffen abzugeben. Ihr bewaffneter Flügel setzt die Hizbullah auch von anderen demokratischen Akteuren im Land ab und macht sie, so argumentieren Talbot und Harriman, zu einer Belastung für die Sicherheit und die Stabilität im Libanon (vgl. Talbot/Harriman 2008;29). Die breite Unterstützung der Miliz durch große Teile der Bevölkerung, v.a. der Schiiten, die die ärmste Bevölkerungsschicht darstellen (vgl. Flanigan, Abdel-Samad 2009;124), ist das Fundament der dualen, also politischen sowie militärischen, Macht der Hizbullah (vgl. Seeberg 2009;85). Die gesellschaftliche Unterstützung ist v.a. auf ihr soziales Netzwerk zurückzuführen, das qualitativ dem staatlichen Wohlfahrtssystem weit überlegen ist (vgl. Flanigan, Abdel-Samad 2009;123).

Im Libanon wird wohlfahrtsstaatlicher Service traditionell durch das Patronage-System verteilt, d.h. auch der Wohlfahrtsstaat ist nach konfessionellen Grenzen gegliedert. Service wird geboten als Gegenleistung zur Wählerstimme. De facto ist eine kleine Gruppe an Familien und Klans im Libanon dafür verantwortlich, ihre religiöse Gemeinschaft und deren wirtschaftlichen Interessen zu repräsentieren (vgl. Shields 2008;481). Diese Praxis der Verteilung der Staatsressourcen wird von vielen Libanesen kritisiert. Die Hizbullah, die de facto dieselbe Struktur nutzt, indem sie politische Loyalität durch sozialen Service “erkauft”, steht aber außerhalb des Systems, da sie bis 1992 außerhalb des staatlichen Verteilungsmechanismus operierte und ihre sozialen Investitionen nicht von libanesischem Steuergeld bezahlte (vgl. Flanigan/Abdel-Samad 2009;130).

“By providing social services, Hizbullah [...] [was *Anm.*] able to bypass the politics of patronage and to overcome this particular feature of Lebanese politics. As a result they boosted the size of their constituency and were able to perform well in local elections" (Hamzeh 2000;741)

Von vielen Regierungen wird die schiitische Organisation aus diesem Grund inzwischen differenzierter behandelt. Es wird unterschieden zwischen dem politischen, sozialen und militärischen Flügel der Hizbullah (vgl. Flanigan, Abdel-Samad 2009;123).

Diese Verwurzelung der Hizbullah in der Wohlfahrt für die ärmste Bevölkerungsgruppe des Libanon – die Schiiten – sicherte ihr auch die Loyalität einer großen Gruppe der

Bevölkerung, selbst nach dem Juli-Krieg²⁷, zu. Das, obwohl die Hizbullah von einem Großteil der Bevölkerung für diesen Krieg verantwortlich gemacht wird (vgl. Flanigan, Abdel-Samad 2009;122). Nichtsdestotrotz führte der Juli- Krieg u.a. die sicherheitspolitischen Risiken vor, die einhergehen mit einer Regierungspartei, die noch immer einen militärischen Flügel besitzt und diesen auch einsetzt, wenn ihre Forderungen auf politischem Weg nicht umsetzbar sind.

Die Tatsache, dass die Hizbullah der libanesischen Armee militärisch weit überlegen ist und die bei weiten mächtigste Miliz im Land darstellt, beeinflusst die Machtbalance im Staat gewaltig.

Die paramilitärische Macht der Hizbullah, bzw. der Druck, den sie erzeugt, destabilisiert den Libanon genauso wie die extreme Volatilität der politischen Allianzen. Politische Allianzen werden – wie sich später noch zeigen wird – im Libanon weniger entlang ideologischer, als entlang strategischer Linien eingegangen. Es geht v.a. um persönliche Machtallokation. Dies ist ein wiederkehrender Aspekt der libanesischen Geschichte, der auch die ENP-Libanon beeinflussen wird. Michel Aoun beispielsweise, der während des Krieges ein erbitterter Feind Syriens war, schloss seine FPM nach der Zedernrevolution dem pro-syrischen Block der Kräfte des 8.März an.

"Aoun's current alliance with Hezbollah and Amal is an example of the considerable shifting of alliances that takes place routinely among Lebanon's political elite. These changes create distrust and animosity at the highest levels of the political system, increase sectarian behaviour, and escalate tensions between and among Lebanon's confessional groups." (Shields 2008;477)

Ein weiterer Faktor, der die Gegenwartspolitik des Libanon definiert, ist die Reformunwilligkeit des Systems. Das libanesische System der checks and balance, das sicherstellen soll, dass keine der Gemeinden überproportional mehr Macht erhält als eine andere, verlangt nach Proporz. Das bedeutet, der Libanon wurde nie von einer einfachen Mehrheit regiert, sondern immer von großen Koalitionsregierungen. Entscheidungen mussten dementsprechend im Konsens zwischen den verschiedenen

²⁷ Nach der Entführung zweier israelischer Soldaten über die blaue Linie im Südlibanon und ständigen Beschuss Nordisraels durch die Hizbullah begann Israel im Juli 2006 mit Angriffen auf den Südlibanon und Beirut (vgl. Geukjian 2008;138). Die UNSC Resolution 1701 beendete die Kämpfe und etablierte einen Waffenstillstand (vgl. UNSC 2006;o.A.).

Parteien getroffen werden. Dies macht nicht nur institutionelle Reformen, wie jene, die im Ta'if Abkommen beschlossen wurden de facto unmöglich, da Uneinigkeit die unmittelbare Blockierung des politischen Systems zur Folge hat. Es verringert auch die Relevanz der Legislative relativ zur Exekutive.

„The legislature in Lebanon has little power and is rarely involved in policy formation. Indeed, due to the overwhelming power of the executive, the legislature has worked as an extension of the executive and in times of conflict the legislature can become paralysed by tensions between confessional groups.“
(Shields 2008;480)

Die Begriffe „Opposition“ und „Regierung“ repräsentieren nicht das Verhältnis zwischen der Gesamtheit der Regierung und ihrer parlamentarischen Opposition. Mit Regierung ist vielmehr die Regierungsmehrheit, also jene Minister der Partei bzw. Koalition, die die Parlamentswahlen gewonnen hat, gemeint. Opposition bezeichnet somit den kleinen Koalitionspartner. Opposition ist im Libanon also integraler Bestandteil der Regierung.

Diese checks and balance, die es de facto unmöglich machen, die eigenen Interessen auf rein demokratischem Weg durchzusetzen, führt zwangsläufig dazu, dass Konflikte in den außerparlamentarischen Raum getragen werden (vgl. Shields 2008;481). Dies wiederum stärkt die Macht der Eliten und Klan-Führer, die wieder zunehmend die Aufgaben des Staates übernehmen. Parallel zur Hizbullah entwickelten sich auch wieder andere paramilitärische Strukturen, die mit anderen Parteien assoziiert werden (vgl. Sorenson 2010;78).

Grund für die Blockierung jener Institutionen, die das konfessionelle System reformieren sollen, ist v.a. der Versuch der alten Eliten den status quo und damit ihre politische Macht zu schützen.

"Any move at prematurely 'de-confessionalising' Lebanon, for instance by pursuing a 'one man, one vote' system, would be highly beneficial to some parties, such as Hezbollah, but it could also be a disaster as some traditionally powerful political elites would lose their seats. Instead a more gradual approach is needed." (Shields 2008;484)

Zusammenfassend ist das demokratische System des Libanons zwar geprägt von Merkmalen moderner westlicher Demokratie, wie z.B. ein relativ freies Parteiensystem, freie Wahlen, etc. Andererseits wird deutlich, dass die darunterliegenden Strukturen, die das Wahlverhalten und die Verteilung von Staatsressourcen definieren, auf familiären und Klan-artigen Gefügen basieren, die in konfessionellen Kanälen organisiert sind. Der starke Personenkult um die führenden Eliten, bzw. Politiker und ehemalige warlords, z.B: Walid Jumblatt, der Hariri Klan, Hizbullah-Führer Hassan Nasrallah, und die Vererbung von politischen Posten, sind Beispiele für die tiefgehend undemokratischen Spezifika der libanesischen Spielart der Demokratie (vgl. Shields 2008;481).

Im Rahmen des „Nationalen Dialogs“ wurde von März bis Juli 2006 versucht, jene Problematiken zwischen den verschiedenen Gruppen auszuhandeln, die noch immer das politische Leben im Libanon bestimmen: die Normalisierung der Beziehung mit Syrien, die Entwaffnung der Milizen außerhalb der palästinensischen Flüchtlingscamps, die Position Émile Lahouds²⁸ als Präsident, die Entwaffnung der Hizbullah und die Reform des Wahlsystems. Der Dialog scheiterte aber schon vor dem 34-Tage Krieg (vgl. Shields 2008;478). Es wurde klar, dass die alten Konflikte, die während der syrischen Besatzung durch die Übermacht des Nachbarlandes quasi begraben wurden, wieder zum Vorschein traten. Dem post-Ta'if Staat fehlte es an Vertrauen zwischen den verschiedenen politischen Akteuren (vgl. Geukjian 2008;151).

Die Kräfte des 8. und des 14.März schufen im Herbst 2006 darüber hinaus tiefe Gräben in der Gesellschaft auf der Grundlage zweier Streitthemen. Zum einen die Wahl des künftigen Staatspräsidenten des Libanon, die das politische System 18 Monate lang blockieren sollte und zum anderen der Versuch der Ratifizierung des STL, des internationalen Tribunals zur Aufklärung des Mordes an al-Hariri. Im Oktober 2006 schickten die Vereinten Nationen einen Entwurf für das STL zur Ratifizierung an die Regierung in Beirut. Aus Protest gegen den Wunsch der Ratifizierung durch die Regierungsmehrheit, der Kräfte des 14. März, traten am 11. November 2006 fünf schiitische Minister zurück und begannen damit die Phase der Nicht-Partizipation an der Regierung. Die Rücktritte sollten die Regierung zu Fall bringen, da sie – so die Kräfte des 8. März - dadurch nicht mehr den konfessionellen Proporz sicherstellte und die Regierung somit verfassungswidrig sei. Premierminister Fouad as-Siniora weigerte sich

²⁸ Lahouds Amtszeit wurde verfassungswidrig verlängert, um Syriens Einfluss auf die libanesishe Politik weiterhin garantieren zu können (vgl. Knio 2005;229).

allerdings die Rücktritte zu akzeptieren, und am 13. November nahmen die verbliebenen Minister das UN Dokument mit 2/3 Mehrheit an (vgl. Harris 2007;55f.). Die politischen Spannungen führten zu Gewalt, und politische Morde standen wieder auf der Tagesordnung. Am 21. November 2006 wurde Industrieminister Pierre Amine Gemayel ermordet. Viele machten Syrien und seine Alliierten im Libanon dafür verantwortlich. Die Spannungen zwischen Regierung und Opposition stiegen weiter an (vgl. Harris 2007;56).

„The Gemayel murder reduced numbers in Sinyora’s cabinet to only one above the two-thirds quorum required for constitutional viability. Two more ministerial deaths would bring the government collapse desired by Syria and its Lebanese acolytes. Gemayel’s funeral became the occasion for vociferous condemnation of the Syrian regime by about half a million demonstrators.“ (Harris 2007;57)

Am 1. Dezember brachen daraufhin riesige von der Opposition, also den Kräften des 8.März, organisierte Proteste los. Aus Angst vor weiteren politisch motivierten Morden verbarrikadierte sich die Regierungsmehrheit um Premier as-Siniora im Grand Serail. Nicht nur auf der Straße versuchten die Kräfte des 8.März das Special Tribunal for Lebanon (STL) zu stoppen und das politische System dahingehend zu ändern, dass der Opposition eine Sperrminorität in einer Regierung der nationalen Einheit eingeräumt wird, auch innerhalb des demokratischen Mechanismus wurden sämtliche Knöpfe gedrückt, um das STL zu verhindern. So verhinderte der Parlamentspräsident Berri von der schiitischen Amal beispielsweise, dass die Ratifizierung des STL durch das libanesische Parlament auf die Tagesordnung des Parlamentes gesetzt wird. Somit konnte das STL nicht ratifiziert werden (vgl. Harris 2007;57). Das STL wurde schließlich per UNSC-Resolution unter Kapitel XII der UN Charter unter Umgehung des libanesischen Parlaments beschlossen (Sader 2007;1084). Dies war der Ausgangspunkt der schwersten internen Unruhen im Libanon seit dem Bürgerkrieg, die sich bis Mai 2008 zu blutigen Zusammenstößen und riesigen Protestbewegungen zuspitzen sollten.

„The post-2005 period left a political void that seems to have prompted a return to warlordism and targeted assassinations in a battle over control of the state and its institutions in lieu of Syrian military presence.“ (Knudsen 2010;19)

Im Mai 2008 wurde schließlich ein Konsens gefunden, der die unmittelbare Arbeitsfähigkeit des demokratischen Systems wiederherstellen sollte.

KAPITEL IV: DIE EUROPÄISCHE NACHBARSCHAFTSPOLITIK IM LIBANON: DER POLITISCHE DIALOG

Die rechtliche Grundlage der EU-Libanon Beziehung ist zum einen im EU-Libanon Assoziierungsabkommen (AA) von 2006 und zum anderen im EU-Libanon Aktionsplan von 2007 festgeschrieben (vgl. EU 2011a;o.A.).

“Based on respect of democratic principles and fundamental human rights, both documents, provide a framework for political dialogue, co-operation in economic policy as well as close co-operation in the social field and a better understanding amongst cultures.” (EU 2011a;o.A.)

Das Assoziierungsabkommen ist Herzstück der 1995 ins Leben gerufenen EMP, der Libanon ist Teil dieser Partnerschaft und hat im Rahmen der Finanzierungsprogramme MEDA I und MEDA II zwischen 1995 und 2006 insgesamt €137 Millionen an bilateralen Finanzmitteln aus dem Budget der EMP erhalten (vgl. EU 2007;1). Seit 2006 wird die Finanzierung der Kooperation mit den südlichen Mittelmeeranrainern durch das ENPI organisiert. Für den Zeitraum 2007-2011 wurden insgesamt €187 Millionen veranschlagt (vgl. EC 2006;21).

Seit 2007 ist der ENP-Libanon Aktionsplan Kern der EU-Libanon Beziehungen. Im ENP EU-Libanon Aktionsplan sind die Reformziele für den Bereich „Politischer Dialog und Reformen“ aufgelistet, die sich die EU und der Libanon in ihrer Partnerschaft gesetzt haben. Darunter sind etwa Aspekte wie Transparenz und Good Governance im öffentlichen Sektor (vgl. EC 2007a;4), eine Reform des konfessionellen politischen Systems (EC 2007a;5), die Umsetzung von UN Konventionen (vgl. EC 2007a;4f.), die Stärkung multilateraler Strukturen in der Region (vgl. EC 2007a;7), und der Kampf gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Terrorismus (vgl. EC 2007a;8f.).

Operative Informationen, in welcher Weise das demokratische System des Libanon gestärkt werden soll, damit diese Ziele erreicht werden können, werden im Hauptreferenzdokument zur ENP im Libanon jedoch nicht erörtert. Dies lässt zum einen darauf schließen, dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten sich ihrem limitierten Transformationspotential in der Region bewusst sind und deshalb eine eher

pragmatische, weniger wertbelastete Zugangsform zur Partnerschaft mit dem Libanon gewählt haben (vgl. Seeberg 2009;88).

“The remarks are symptomatic in the sense that, in a diplomatic fashion, they point to deficiencies in the Lebanese political system. By using these ambiguous and non-binding passages, the obvious injustices which need to be reformed in the Lebanese parliamentary system are hidden” (Seeberg 2009;91)

Zum anderen wird im Aktionsplan das sicherheitspolitische Interesse der EU am Libanon und v.a. seiner regionalpolitischen Stellung deutlich. So wird die Position des Libanon im Nahostkonflikt ebenso betont (vgl. EC 2007a;7), wie das multilaterale Kooperationsnetzwerk der EU und dessen Relevanz für Stabilität und Sicherheit in der Region (vgl. EC 2007a;7). Die EU fokussiert also auf jene Aspekte der Partnerschaft, die für ihre unmittelbare Sicherheit und Stabilität von Belang sind (vgl. Seeberg 2010;95). Tatsächlich sind v.a. die internationalen und regionalen Problematiken, die den Libanon betreffen, prominent. Der Nahostkonflikt, Terrorismus, Massenvernichtungswaffen und die regionale Kooperation in der MENA Region sind zumindest im Aktionsplan weitaus höher bewertet bzw. präziser ausformuliert, als die internen politischen Problematiken im Libanon, wie z.B. das konfessionelle Proporzsystem und die Fragmentierung der Gesellschaft entlang religiöser Trennlinien.²⁹ Dies ist nicht weiter verwunderlich, wenn bedacht wird, dass die ENP per se ein sicherheitspolitisches Projekt ist, dass durch die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den Nachbarländern die EU Außengrenzen zu schützen versucht. Darüber hinaus sind, wie auch Seeberg feststellt, die Möglichkeiten der EU, ihre transformative und demokratiefördernde Wirkung zu entfalten, durch diverse interne und externe Faktoren limitiert (vgl. Seeberg 2010;88).

In den Fortschrittsberichten, die jährlich für die Partnerländer in der ENP verfasst werden und das Vorankommen der ENP dokumentieren sollen, werden die Mechanismen der Partnerschaft deutlicher als im Aktionsplan.³⁰ Bezogen auf die

²⁹ Tatsächlich wird die Problematik des konfessionellen Proporz und die damit einhergehende Problematik nur angedeutet (vgl. u.a. EC 2007a;5), während der regionale Aspekt der Nachbarschaft auch normativ betont wird (vgl. EC 2007a;7).

³⁰ Eine große Problematik im Rahmen dieser Analyse ist die spärliche Information seitens der EU zum tatsächlichen Ablauf der Kooperation zwischen der EU und dem Libanon. Aus diesem Grund ist es schwierig, die Relevanz des politischen Dialogs an sich bzw. dessen tatsächliche Ausmaße adäquat wiederzugeben. Deshalb bezieht sich diese Analyse in weiterer Folge v.a. auf die öffentliche Kommunikation zwischen den EU Institutionen und Pressemitteilungen ebendieser. Darüber

Gesamtheit der ENP macht die Kommission im Fortschrittsbericht für 2007 klar, dass die Reformen im politischen Bereich auch relativ zu jenen im Handels- und Finanzsektor sehr schleppend voran gehen.

„Despite the difficult political circumstances, the Lebanese government has undertaken efforts to get the process of ENP Action Plan implementation started. This varies significantly depending on the sector. The government has so far focused on areas with a direct link to the Paris III process (e.g. economic and financial reforms, certain trade issues); progress in other fields (human rights, judicial reform, social sector reform) is much slower.” (EC 2008;2)

Anhand der Fortschrittsberichte können im Bereich „politischer Dialog und Reformen“ drei verschiedene operative Zugänge ausgemacht werden.

Der erste Zugang betrifft jene Bereiche der politischen und institutionellen Reformen im Libanon, die bereits durch internationale Konventionen und Regime in ihren normativen Ausmaßen festgelegt worden sind. Dies sind v.a. UN Konventionen, ILO Standards, etc. Diese Themen bedürfen keiner Verhandlungen auf hoher politischer Ebene über die Werte, die diese Konzepte in sich tragen. Sie bedürfen jedoch politischen Drucks, die Konventionen auch ins nationale Recht zu integrieren. In den Fortschrittsberichten der ENP für 2007 und 2008 werden diese Themenbereiche in erster Linie aufgelistet und mit dem Zusatz versehen, dass in diesem Bereich noch kein bzw. kaum Fortschritt erzielt worden sei (vgl. EC 2008;4/EC 2009a;5).

Der zweite Zugang ist ein technischer, projektzentrierter, relativ pragmatischer Zugang. Ein Projekt im Rahmen der Justizreform, das die Effizienz des Systems steigern sollte, wird im Fortschrittsbericht 2007 ebenso angeführt wie Trainings im Bereich Capacity Building für Medienvertreter, um die Pressefreiheit zu fördern (vgl. EC 2008;3f.). Auch ein Projekt zur Entfernung von Landminen wird von der EU unterstützt (vgl. EC 2009a;6). Die Durchführung von Projekten dieser Art, so die Annahme, die hier vertreten wird, setzt ein gewisses Mindestmaß an Verständigung zwischen den libanesischen Akteuren und der EU voraus und wird aus diesem Grund nicht für jene Politikbereiche gewählt, in denen sich der Entscheidungskampf um die Relevanz der

hinaus wird der Eindruck, der aus diesen Primärquellen gewonnen wird, durch Sekundärliteratur abgesichert.

instrumentellen gemeinsamen Werte, wie Rechtsstaatlichkeit, Souveränität, etc. manifestiert.³¹

Der dritte Zugang schließlich betrifft jene Reformprozesse bzw. politische Problematiken, die auf hoher diplomatischer Ebene verhandelt werden bzw. die Definition des Staates betreffen.

“In substance, the political dialogue has so far addressed initiatives to solve the ongoing political crisis in Lebanon, the implementation of UNSC Resolutions 1559 and 1701 in all their aspects, the establishment of the Special Tribunal on Lebanon under UNSCR 1757, reform of electoral legislation, the response to the Nahr el Bared crisis, relations with Syria and Iran as well as the Middle East Peace Process.” (EC 2008;2)

Die Themen des Dialogs decken sich zu einem Großteil mit den Problematiken, die auch den innerlibanesischen „National Dialogue“ im Frühling 2006 zu Fall gebracht haben.³² Der politische Dialog bzw. jener Teil des Dialogs, der die brisanten und konflikträchtigen Themen im Libanon abdeckt, hebt sich v.a. deshalb von den anderen Themen des Bereichs „politischer Dialog und Reformen“ ab, weil hier auch die externen Akteure, die im Libanon eine so große Rolle spielen, angesprochen werden. Vor allem Syrien und der Iran sind hier vertreten (vgl. EC 2007a;2). Dies untermauert Seebergs These, wonach v.a. sicherheitspolitische Faktoren Beachtung finden und interne Aspekte der politischen Organisation nicht bzw. kaum durch die ENP Reformen berührt werden. Darüber hinaus macht es deutlich, dass Die EU durch den ENP-Libanon Aktionsplan v.a. ihre Konflikte und Interessen mit anderen regionalen Akteuren vorantreibt (vgl. Seeberg 2009;95).

³¹ An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass die Analyse der Projekt-basierten Komponente der ENP nur rudimentär durchgeführt werden konnte. Grund dafür sind die nur sehr spärlichen öffentlichen Informationen zu den im Rahmen der ENP durchgeführten Projekten. Die EU Delegation in Beirut antwortete auf eine diesbezügliche Anfrage folgendermaßen:

„With reference to your email dated 21/6/2011 concerning your inquiry on ENP Projects in Lebanon, kindly note that the Delegation cannot provide you with a detailed list of all projects carried out and funded within the framework of the ENP in Lebanon between 2007 and 2011 including all the partner organisations involved in the projects. Indeed, given the length of the period requested, the number of operations contracted appears to be extremely long.” (Delegation of the European Union to the Republic of Lebanon 2011)

³² Im National Dialog sollten folgende Themen behandelt werden: die Normalisierung der Beziehung mit Syrien (Syrien verweigert eine Botschaft in Beirut), die Entwaffnung der Milizen außerhalb der palästinensischen Flüchtlingscamps, die Position Émile Lahouds als Präsident, die Entwaffnung der Hizbullah (in UNSC-Resolution 1559 vorgesehen) und die Reform des Wahlsystems (vgl. Shields 2008;478).

Für die Analyse der externen Einflüsse auf die normativen Grundwerte der ENP-Libanon ist dies von enormer Bedeutung. Im regionalen Rahmen tobt ein politischer und teilweise militärischer Machtkampf zwischen dem Iran und Syrien auf der einen und Saudi Arabien und seinen Verbündeten auf der andern Seite (vgl. Badran 2006;o.A.). Der Libanon steht identitätspolitisch zwischen den beiden Blöcken. Der EU geht es also um die normative Definitionsmacht im regionalen Konflikt mit dem Iran und Syrien. Die ENP im Libanon ist stark darauf ausgerichtet. Während sich also die EU mit sämtlichen Eliten des Libanon im Wunsch trifft, den status quo in der Macht- und Ressourcenaufteilung des Landes beizubehalten, schaltet sie sich aktiv in den regionalen Machtkampf zwischen Syrien und dem Iran einerseits und Saudi Arabien und Israel bzw. dem Westen andererseits ein. Der Libanon wird also auch im Rahmen der ENP zum Schauplatz eines regionalen Konfliktes.

4.1. DIE EU UND DIE KANÄLE DER LIBANESISCHEN POLITIK WÄHREND DES KONFLIKTES 2006-2008

“So although Lebanon was not fully in the camp of pro-Western Arab countries when March 14 was leading the cabinet, extensive efforts were exerted by Washington as well as other European and Arab countries to strengthen Lebanese state institutions and the military establishment in the hope of weakening Hizbullah and reducing the influence of Tehran and Damascus.”
(Kahwaji 2011;o.A.)

Die Krise von 2006 veranschaulicht nicht nur, wie die Politik sämtlicher Akteure im Libanon das demokratische System umgeht, was v.a. dem Umstand gezollt ist, dass sich das konfessionelle Proporzsystem bei Konfliktthemen sofort selbst blockiert, sie macht auch die Positionierung der EU im konfessionell geschichteten libanesischen System deutlich. Hier wird die These vertreten, dass sich die EU ins politisch fragmentierte System des Libanon integrieren lässt und zwar entlang der großen Konfliktlinie zwischen den Kräften des 14. März und den Kräften des 8.März, wobei sich die EU auf die Seite der Kräfte des 14.März, also ins anti-syrische Lager, schlägt. Somit wird die EU einer von vielen Akteuren, die ihre Politik entlang der Wechselwirkungen der gegenseitigen Beeinflussung interner und externer Akteure im Libanon organisieren. Dies verdeutlicht auch die regionale Komponente der ENP im Libanon. In weiterer

Folge wird gezeigt, dass der inner-libanesische Konflikt, der v.a. durch die Vernetzung interner und externer Akteure gekennzeichnet ist, gleichzeitig Spiegelbild und Schauplatz eines regionalen Machtkampfes ist und die EU durch ihre Positionierung im Libanon Teil wird des regionalen Konflikts wird.

Die Erläuterungen zur Positionierung der EU im innenpolitischen Konflikt in anderen Ländern des Nahen Ostens bzw. der arabischen Welt³³ haben gezeigt, dass es von enormer Bedeutung ist, ob die EU die Führung des status quo unterstützt, oder aber versucht, oppositionelle Kräfte im Land zu fördern.

Die unterschiedlichen Ergebnisse ihrer Politik, beispielsweise in Ägypten, wo Mubaraks autoritärer Regierungsstil aufgrund sicherheitspolitischer Überlegungen toleriert wurde, oder aber dem Gazastreifen, wo die demokratisch gewählte Hamas Regierung lange Zeit boykottiert wurde, zeigt, dass Leino und Petrov Recht behalten mit ihrer These, dass Werte ihre Bedeutung erst mit dem „political balancing“ erhielten (vgl. Leino, Petrov 2009;659). Das bedeutet, in der normativen Politik der ENP werden Werte und ihre Relevanz erst durch den spezifischen Kontext geschaffen. Ein Aspekt, der dies verdeutlicht, ist die Hierarchisierung der unterschiedlichen Komponenten dieses Konzepts der ENP in der Partnerschaft mit dem Libanon.

„The privileged relationship with neighbours will build on mutual commitment to common values principally within the fields of the rule of law, good governance, the respect for human rights, including minority rights, the promotion of good neighbourly relations, and the principles of market economy and sustainable development. Commitments will also be sought to certain essential aspects of the EU’s external action, including, in particular, the fight against terrorism and the proliferation of weapons of mass destruction, as well as abidance by international law and efforts to achieve conflict resolution.“ (EC 2004;3)

Terrorismus und Rechtsstaatlichkeit, die Förderung von Demokratie und Good Governance liegen im Libanon extrem nahe beieinander und sind – v.a. aufgrund der Regierungsbeteiligung der Hizbullah – in kaum einem anderen Land so schwer zu trennen wie in der Zedernrepublik. Die Kompatibilität dieser Werte miteinander steht aus Sicht der EU außer Frage (vgl. EC 2010a;o.A.), mehr noch sind sie eine logische

³³ Vgl. Kapitel II

Folge aufeinander. Im Falle des EU-Libanon Aktionsplans ist jedoch bereits verdeutlicht worden, dass „certain aspects of the EU’s external action“ eine eindeutig privilegierte Stellung gegenüber beispielsweise der Förderung von Good Governance und Rechtsstaatlichkeit in der ENP Libanon einnehmen (vgl. auch Seeberg 2009;95).

Zu Beginn der ENP-Libanon kann also festgehalten werden, dass der Schwerpunkt des normativen politischen Dialogs auf den externen und sicherheitspolitischen Aspekten im Libanon liegt, und dass die EU zum anderen den status quo der innenpolitischen Machtaufteilung im Land unterstützt (vgl. Seeberg 2009;95). Interne demokratiegefährdende Komponenten des libanesischen Systems werden im politischen Dialog, zumindest im Aktionsplan, kaum angetastet.³⁴

Die innenpolitische Krise von 2006 bis 2008 sollte die interne und externe Machtbalance des Libanon jedoch verändern. Dieser politische Paradigmenwechsel wird vorführen, welche Faktoren die normative Ausrichtung der ENP definieren.

Das Leitmotiv der libanesischen Geschichte und zeitgenössischen Politik ist, so scheint es, dass große Zäsuren im politischen und gesellschaftlichen Leben im Libanon immer Ausdruck des Zusammenspiels interner und externer Akteure sind (vgl. Kneissl 2010). Daraus ergeben sich höchst komplexe Wechselwirkungen, die auch die EU Politik stark beeinflussen. Im Herbst 2006, nach dem Juli-Krieg zwischen Israel und Hizbullah werden die Allianzen im Libanon und der Region sehr deutlich. Der Westen und Saudi Arabien unterstützten die Regierung as-Siniora und die Kräfte des 14.März (vgl. Kahwaji 2011;o.A.), während der Iran und Syrien die libanesischen Regierung nach dem Rücktritt der Oppositionsminister als illegitim bezeichneten. Sie berufen sich dabei auf Artikel 95(3) der libanesischen Verfassung, wonach die Resignation eines Drittels des Kabinetts die Regierung automatisch zu Fall bringe. Auch der damalige Präsident Lahoud schloss sich dieser Lesart an und erklärte die Regierung as-Siniora für unrechtmäßig im Amt (vgl. Shields 2008;486). Die EU auf der anderen Seite stellte sich hinter die Regierung as-Siniora und betonte in Aussendungen, Kommunikationen und Veröffentlichungen deren Legitimität (vgl. EP 2007;o.A./EU Rat 2007;o.A.).

Der Konflikt im Libanon geht jedoch tiefer und ist de facto ein Kampf um die Definition des Nationalen und der außenpolitischen Ausrichtung des Staates (vgl. Knio 2010;226). Das Special Tribunal for Lebanon (STL), ebenso wie die umkämpfte Wahl eines neuen Staatspräsidenten sind Symbole dafür. Eine Festlegung des Landes zu diesen Themenkomplexen würde de facto dazu führen, dass sich der Libanon im

³⁴ Vgl. Kapitel IV, 4.1.

überregionalen Konflikt klar auf einer Seite einordnen müsste. Die EU, stets darauf bedacht die Macht der Hizbullah und damit Syriens zu beschränken (vgl. Rettmann 2011;o.A.), macht es aus diesem Grund zu ihrer Priorität, die westlich orientierten Kräfte des 14.März zu unterstützen. Die „duale Macht“ der Hizbullah, also ihre paramilitärische, von Syrien unterstützte Macht als religiöse Widerstandspartei, gepaart mit ihrer demokratisch legitimierten parlamentarischen Macht, stellt die EU vor große Herausforderungen (vgl. Seeberg 2009;86) und führt die Konflikte im normativen Konzept der ENP deutlich vor Augen. Die Hizbullah an sich stellt quasi einen Widerspruch dar, zwischen EU Demokratieförderung und regionaler EU Sicherheitspolitik. Die EU versucht das Dilemma zu lösen, indem der politische Dialog faktisch an den Kräften des 8.März und der Hizbullah vorbeigeführt wird (vgl. Seeberg 2009;95).

„The ‘foreign policy relations’ of the Hezbollah with Iran and Syria add [...] difficulties, and are another reason why the EU has half-heartedly supported the political establishment behind the Siniora government, in a Lebanon with all its unsolved sectarian, social, and political conflicts. The EU policy on Lebanon is launched in the Action Plan as a normative enterprise. However, the EU is also in Lebanon managing its conflicts of interest with other regional players in the region, acting as a realist actor in normative clothes.“(Seeberg 2009;95)

Wie Seeberg bereits andeutete, ist der politische Dialog vollständig im Sinne der as-Siniora Regierung und v.a. gegen die Hizbullah ausgerichtet.³⁵

Die unbedingte Unterstützung des Special Tribunal for Lebanon (STL) durch die EU, die Javier Solana bei seinen Treffen mit Vertretern der Kräfte des 14.März betonte (vgl. Rat der EU 2007;o.A.), ist Ausdruck dieser Politik. Die Regierung as-Siniora hat das STL v.a. angesichts einer Mordserie an Politikern der Kräfte des 14.März gefordert, da sie das libanesische Rechtssystem als zu schwach erachteten um mit einem Tribunal dieser Größenordnung umgehen zu können (vgl. Khashan 2011:66). Die Hizbullah sieht im internationalen Tribunal eine illegitime und voreingenommene Einmischung in die internen Angelegenheiten des Libanon. Hizbullah Führer Hassan Nasrallah spielt damit v.a. auf seine Vermutung an, Israel könnte hinter dem Attentat stecken (vgl.

³⁵ Die Betonung der Legitimität der Regierung Siniora (vgl. EP 2007;o.A.) und die Unterstützung der UNSC-Resolutionen 1559 und 1701 sind Beispiele dafür (vgl. EC 2008;2).

Saouli 2011;939). Es handle sich somit um ein Instrument des (westlichen) Auslandes, um eine fremde politische Ordnung im Libanon zu installieren und nicht um eine essentielle Maßnahme um Sicherheit und Stabilität im Libanon wiederherzustellen, wie die Kräfte des 14.März argumentieren (vgl. Wierda, Nassar, Maalouf 2007;1066). Vor allem die Art der Ratifizierung des STL³⁶ verstärkt diese Perzeption und ist auch Gegenstand rechtswissenschaftlicher bzw. politikwissenschaftlicher Debatten (vgl. Kneissl 2010). Die Etablierung des Tribunals im Rahmen einer UN Sicherheitsratsresolution unter Umgehung des libanesischen Parlaments ist zwar der Blockade des Parlaments durch die Kräfte des 8.März gezollt, verstärkt aber den Standpunkt, es handle sich beim STL um einen Versuch, eine externe Ordnung im Libanon zu implementieren. Die Kräfte des 14.März begrüßten diesen Schritt der Vereinten Nationen, da sie hinter der Blockade der Kräfte des 8.März einen Vertuschungsversuch der Hizbullah und Syriens ihrer Verbindungen zum Mord an Hariri vermuteten. (vgl. Wierda, Nassar, Maalouf 2007;1075)

Die Wahl der Themen und der Gesprächspartner Javier Solanas im Libanon zeichnen ebenfalls ein gutes Bild des politischen Dialogs zwischen der EU und dem Libanon. V.a. in den Jahren 2006 und 2007 waren Solanas Gesprächspartner zu einem sehr großen Anteil Mitglieder der Kräfte des 14.März bzw. Mitglieder der umstrittenen Regierungsmehrheit, die die EU als legitim anerkannt hat (vgl. Rat der EU 2006;o.A./Rat der EU 2007;o.A.).

Die Entwaffnung der Hizbullah im Rahmen der UN-Sicherheitsrat Resolutionen 1559 und 1701 ist v.a. in der Kommunikation des EU Parlaments (EP) mit der Kommission (EC) und dem Rat ein vorherrschendes Thema im politischen Dialog zum Libanon in den Jahren 2007 und 2008. Wobei hier deutlich wird, dass das EP eine viel stärkere normative Haltung einnimmt als Kommission und Rat. So fordert das Parlament laufend höheren politischen Druck der EU auf die Hizbullah und auch auf Syrien, das Gewaltmonopol der libanesischen Armee auf dem gesamten Staatsgebiet anzuerkennen. Auch die Forderung nach Aufnahme der Hizbullah in die EU Liste der Terrororganisationen wird von vielen Parlamentariern unterstützt³⁷ (vgl. EP 2006;o.A.). Die EU zieht im Rahmen der ENP im Libanon eine deutliche Grenze zwischen jenen Akteuren im politischen System, die sie als Gesprächspartner anerkennt und jenen

³⁶ Das STL wurde unter Umgehung des libanesischen Parlaments durch den UNSC (Res.1757) errichtet (vgl.Costi; 2007;169).

³⁷ Auch die USA üben Druck auf die EU aus, die Hizbullah auf ihre Terrorliste zu setzen (vgl. EUobserver 2006;o.A.)

Akteuren, die die Objekte dieser Gespräche sind, selbst aber nicht daran partizipieren, zumindest nicht auf hoher diplomatischer Ebene. Diese Grenze deckt sich mit der Konfliktlinie im Libanon. Konsequenz dieses Verhaltens ist nicht nur, dass die Demokratieförderung in der ENP-Libanon nur sehr selektiv als politisches Leitmotiv eingesetzt wird, sondern auch, dass es der EU unmöglich wird, sich über die Wirkungsketten zwischen interner und externer Dynamik im Libanon hinwegzusetzen. Die EU wird somit Teil eines Systems, das schon seit dem 19. Jahrhundert³⁸ demokratische Reformen verhindert und die Macht der Eliten im Land schützt. Durch die enge Bindung an die Kräfte des 14. März wird die EU quasi von einem der beiden libanesischen Blöcke besetzt, was es für die Union schwierig macht ihre Forderungen gegenüber dem politischen Libanon als Gesamtheit zu legitimieren. Darüber hinaus hat dieser exklusive Zugang Rückkoppelungseffekte mit der Regionalpolitik der EU im Nahen Osten. Wie in weiterer Folge noch dargelegt wird, setzt Frieden im Libanon Frieden zwischen den wichtigsten externen Akteuren voraus.³⁹ Der Exklusive Zugang der EU beschränkt sich nicht nur auf die Hizbullah, sondern ist, wie im folgenden Kapitel erläutert wird, v.a. gegen Syrien und dessen pro-iranische Politik gerichtet. Die ENP-Libanon ist in diesem Sinne eine Politik der Exklusion Syriens. Der Ausschluss Syriens aus den regionalpolitischen Bemühungen der EU – v.a. ausgelöst durch die Weigerung Damaskus‘, das Association Agreement mit der EU zu unterzeichnen und die wachsende Hegemonie Syriens im Libanon (vgl. Calabrese 2005;57) - hat schlussendlich auch zur Folge, dass die EU mit dieser Haltung die Möglichkeit vergibt den Frieden zwischen den Akteuren zu beeinflussen. Dementsprechend hinken die diplomatischen Bemühungen der EU anderen Akteuren in der Region, v.a. Syrien und Saudi Arabien⁴⁰ aber auch den USA und Frankreich, generell hinterher.

Die Kommunikation zwischen dem EP und der Kommission im Jahr 2006 gibt Aufschluss darüber:

„Would the Commission make a statement on the fact that whilst it claims to be a powerful political union representing 25 nation states, it had no impact on the events in the Lebanon in July and, indeed all the running in the diplomatic

³⁸ Bereits im 19. Jhd. wurde die Macht externer Akteure und die Vernetzung von Innen- und Außenpolitik im Libanon deutlich (vgl. Picard 1996;119f.).

³⁹ Vgl. Kapitel V, 5.1.

⁴⁰ Vgl. ebd.

endeavours to effect a ceasefire as made by the US and the UK and, belatedly, France?“ (EP 2006b;o.A.)

Die EU Kommission argumentiert in ihrer Antwort, dass die Durchsetzung der UN-Sicherheitsrat Resolution 1701, und damit der Waffenstillstand zwischen Hizbullah und Israel, auf ihr Handeln zurückgeführt werden kann (vgl. EP 2006a;o.A.). Diese Argumentation hinkt aber, da die Resolution nicht aufgrund eines gemeinsamen Handelns der EU-27 bzw. auf Druck der Kommission zustande gekommen ist, sondern v.a. US-französischer Bemühungen im UN-Sicherheitsrat geschuldet war (vgl. Baroudi, Salamey 2011;413). Dieser Umstand soll hier erwähnt sein, hauptsächlich, da er Aufschluss darüber gibt, wie limitiert die Entscheidungs- und Definitionsmacht die EU im Nahen Osten und im Libanonkonflikt ist.

Das Muster der selektiven Implementierung der „gemeinsamen Werte“ im politischen Dialog setzt sich fort. Während alle drei involvierten Institutionen der Europäischen Union, der Rat, die Kommission und das Parlament über die 2 Jahre des Konflikts stetig – ohne Erfolg - dasselbe fordern: also die Entwaffnung der Hizbullah, die Einhaltung der UNSC Resolutionen 1559 und 1701, die Beendigung der parlamentarischen Blockade, die Beendigung der Gewaltausbrüche und die Beilegung des Konfliktes im demokratischen Rahmen, sowie die Beendigung der Einmischung Syriens in innerlibanesischen Angelegenheiten,⁴¹ scheint es, dass sich die politische Lage in der Region allmählich dreht.

Bewegung kam in den inner-libanesischen Konflikt im November 2007, als Émile Lahoud am Ende seiner Mandatszeit widerstandslos sein Präsidenschaftsamt niederlegte. Seine Macht ging somit auf die Regierung über. Vor allem die saudische Vermittlung bzw. saudischer Druck auf die Kräfte des 14.März, ihre Position zu lockern und der Opposition mehr Mitspracherecht bei der Wahl des neuen Präsidenten einzuräumen, hat diesen Schritt möglich gemacht (vgl. Gambill 2008;o.A.). Der Libanon sollte aber trotz dieser Annäherung bis Mai 2008 ohne Präsident bleiben.

Anfang Mai entflammten die teilweise blutigen Proteste erneut und die Hizbullah demonstrierte, dass die Regierung as-Siniora nicht nur politisch unfähig war, die Hizbullah und ihre Kräfte des 8.März zu kontrollieren, sondern ihr auch militärisch weit unterlegen war (vgl. Talbot/Harriman 2008;33).

⁴¹ Vgl. u.a. EC 2007a;7ff./EC 2008;2/Rat der EU 2006;o.A./EP 2006;o.A.

Auslöser für die neuerliche Gewalt war das Vorhaben der Regierung, das illegale Kommunikationsnetzwerk der Hizbullah zu schließen. Die Hizbullah fasste dies als Angriff auf ihren Widerstand gegenüber Israel auf und drohte mit Waffengewalt im eigenen Land, wovon sie bis jetzt immer Abstand hielt (vgl. Leukefeld 2008;o.A.). Durch die folgende Machtdemonstration zwang sie schlussendlich die Regierung, ihren Entschluss fallen zu lassen (vgl. Khashan 2011;68). Dies war ein Wendepunkt im Kräftemessen zwischen den beiden Blöcken, v.a. da die Hizbullah nun ihre Bereitschaft zeigte, auch inner-libanesishe Konflikte gewaltsam auszutragen und somit bewies, dass die Entscheidung und die Macht über Krieg und Frieden in ihrer Hand liegt (vgl. Eiland 2008;14).

Zwei Wochen darauf einigten sich die Konfliktparteien in Doha auf General Michel Suleiman als Präsidenten, darüber hinaus wurde die Macht der Opposition in der neu zu bildenden Regierung der nationalen Einheit gestärkt und eine Wahlrechtsreform beschlossen (vgl. El-Masri 2008;84). Nach 19 gescheiterten Versuchen wurde Suleiman schließlich am 25.März 2008 vom Parlament zum Präsidenten gewählt. Die Regierung as-Siniora ist, entsprechend der Doha-Vereinbarung, zurückgetreten, blieb aber bis zu den Wahlen 2009 im Amt (vgl. Leukefeld 2008a;o.A.). Der dominante Streit um das STL jedoch wurde weder beigelegt, noch war er Gegenstand des Abkommens von Doha.

In der libanesischen Politik, in der die Balance zwischen den verschiedenen Kräften der Garant für Frieden und Stabilität ist, bedeuten politische Veränderungen und Reformen immer, dass sich die Gewichtung der verschiedenen Kräfte verändert hat.

„The fact that Doha succeeded where others did not is a clear indicator that there were indeed winners and losers. Therein lies the potential for future conflict.“
(Harris 2008;1)

Die Kräfte des 8.März gingen als Sieger aus diesem Konflikt hervor (vgl. Harris 2008;1), dies ist auch Spiegel einer regionalen Entwicklung, die v.a. das auf dem internationalen Parkett relativ isolierte Syrien wieder zu einem mächtigen Faktor in der gesamten Region macht.⁴² Mit der Vereinbarung von Doha tritt der Einfluss des Auslands im Libanon nach dem Ende der syrischen Besetzung 2005 wieder offen zu Tage. Wie weiter unten noch detailliert dargelegt wird, waren es v.a. Saudi Arabien und

⁴² Vgl. Kapitel V,5.1.

Syrien, die ihre Protegés zu einer Einigung bringen konnten und den Friedensprozess und die Stabilität im Libanon überwachten. Neben der Wahl Michel Suleimans zum Präsidenten wurde auch eine Regierung der nationalen Einheit beschlossen. 16 der 30 Minister werden von der Parlamentsmehrheit gestellt, elf von der Opposition und drei Minister bestimmt der Staatspräsident. Alle Parteien verpflichteten sich, die Arbeitsfähigkeit des Parlaments zu gewährleisten. Eine Wahlrechtsreform wurde beschlossen und die Akteure einigten sich auf den Verzicht von Waffengewalt, um ihre politischen Ziele zu erreichen. Ein nationaler Dialog soll eingerichtet werden um das Vertrauen zwischen den Akteuren wieder aufzubauen. Darüber hinaus einigte man sich darauf, die politische Rhetorik zu mäßigen, um den inter-konfessionellen Frieden nicht zu gefährden (vgl. Blogging Beirut 2008;o.A).

Die Entwaffnung der Hizbullah wird nicht ausdrücklich gefordert, ebenso wenig wird der Konflikt um das STL erwähnt. Das bedeutet, mit Ausnahme des Zugeständnisses einer Sperrminorität für die Opposition und einer Reform des Wahlsystems, werden die fundamentalen Probleme der libanesischen Gesellschaft im Doha Abkommen nicht angetastet. Mehr noch, durch diese rein kosmetischen Reformen wird vielmehr der status quo, d.h. die konfessionelle Segmentierung der Gesellschaft, zementiert. Zugunsten einer oberflächlichen Stabilität entfernt sich der Libanon noch weiter von den Reformbeschlüssen des Friedensabkommens von Ta'if. Doha stellt also de facto nur die unmittelbare Arbeitsfähigkeit des Parlaments und der Regierung wieder her (vgl. Knio 2008;446). Darüber hinaus ist Doha ein eindeutiges Signal dafür, dass über das Schicksal des Libanon und v.a. über den Frieden zwischen den Akteuren nicht mehr in Beirut entschieden wird, sondern in Damaskus und Riad. Indiz dafür ist die graduelle Annäherung der Kräfte des 14.März an Syrien in der Zeit nach dem Doha Abkommen. Diese ist, so sind sich politische Beobachter einig, dem saudischen Druck auf die Kräfte des 14.März gedankt (vgl. Khashan 2011;68f.).

Das Abkommen von Doha berührte also nicht jene Themen, die im politischen Dialog der EU mit dem Libanon oberste Priorität haben. Das STL birgt weiterhin dasselbe Konfliktpotential, bzw. bedeutet die größere Macht der Hizbullah und damit der wiedererstarkte Einfluss Syriens⁴³ (vgl. Hussein 2010;811), dass das Tribunal nun noch weniger Rückhalt in der libanesischen Politik hat. Die UN Resolutionen 1559 und 1701,

⁴³ Für Syrien ist eine erstarkte Hizbullah ein Werkzeug ihren politischen Einfluss im Libanon zu vergrößern, während die Hizbullah auf Syriens Willigkeit angewiesen ist, die Waffentransporte aus dem Iran in den Libanon zuzulassen (vgl. Hussein 2010;811).

die u.a. die Souveränität des Libanon von ausländischen Mächten und die Entwaffnung der Hizbullah verlangen (vgl. UNSC 2004;o.A./UNSC 2006;o.A.), sind ebenfalls so aktuell wie zuvor. Das bedeutet, der Politische Dialog im Rahmen des Euro-Mediterranen Governance Systems sollte sich nicht wesentlich verändern. Wie allerdings bereits gezeigt wurde, weist die ENP-Libanon eine starke regionale Komponente auf. Diese ist es, die in weiterer Folge die Relevanz des politischen Dialogs enorm beeinflussen wird.

4.2. DIE EU UND SYRIEN: DER PARADIGMENWECHSEL IN DER REGION NACH DOHA

Dass das Friedensabkommen von Doha die logische Folge eines regionalen Paradigmenwechsels darstellt, zeigt sich schon anhand der zeitgleichen Entspannung der seit 2004 de facto eingefrorenen Beziehungen zwischen der EU und Syrien.

Das Assoziierungsabkommen (AA) der EU mit Syrien, das nie unterzeichnet wurde, wies, verglichen mit den AAs mit anderen MENA Staaten einen viel stärker ausgeprägten Fokus auf die gemeinsamen Werte auf. Dies war v.a. dem politischen und ökonomischen Druck geschuldet, den die EU gegenüber dem international isolierten Syrien ausüben konnte. Mit dem US Einmarsch im Irak stieg auch der US Druck gegenüber dem syrischen Regime an. Die folgende Annäherung Syriens an die EU war also v.a. Resultat der drohenden wirtschaftlichen und politischen Isolierung Damaskus⁴⁴. Aus diesem Grund war das syrische Verhandlungsteam nicht nur bereit sehr weitreichende ökonomische Reformen im AA zu akzeptieren, sondern auch den politischen Forderungen der EU zuzustimmen (Zorob 2008;15).

Mitte 2008 eroberte Syrien seinen Status als Regionalmacht zurück. Vor allem, da westliche Staaten und Saudi Arabien und seine Verbündeten verhindern wollten, dass Syrien vollkommen ins iranische Lager überläuft⁴⁴ (Phillips 2009;o.A.). Damaskus war somit nicht mehr auf das Wohlwollen der EU angewiesen, diese musste nach dem Gaza-Krieg 2008/09 vielmehr akzeptieren, dass eine Integration Syriens in die internationale Gemeinschaft unabdingbar ist für die Stabilität im Nahen Osten. Folgerichtig war Damaskus nicht mehr gezwungen, ein Abkommen mit der EU zu unterzeichnen, das den internen ökonomischen Druck auf das Regime verstärken würde, da der EU ihr wichtigstes Druckmittel – die potentielle Isolation Syriens – abhandengekommen ist (vgl. Mohns, Cavatorta 2010;294).

⁴⁴ Vgl. Kapitel V, 5.1. und 5.2.

„Syria has now unilaterally and indefinitely postponed the signature of the AA. What is interesting in the relations between the EU and Syria is that it demonstrates the validity of the ‘balancing argument’. When Syria needed the EU as a potential mediator with the United States and an external ‘legitimizer’ it was willing to bear significant internal costs to have a privileged partnership with the EU, but as soon as the need to forcefully balance receded, it refused to undermine its domestic stability by accepting what amounts to undue interference in its internal affairs.” (Mohns, Cavatorta 2010;294f.)

Das Doha Abkommen ist Spiegel dieser regionalen Entwicklung, sind die Reformen doch v.a. ein Zugeständnis an die von Syrien unterstützten Kräfte des 8.März. Der politische Dialog der ENP-Libanon, der wie bereits ausgeführt wurde, stark an regional- und sicherheitspolitischen Faktoren gebunden ist, reflektiert folgerichtig das neue Machtverhältnis im Nahen Osten.

Im Februar 2009 bezeichnet Benita Ferrero Waldner, ehemals EU Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik, die Wiederaufnahme diplomatischer Kontakte zwischen Syrien und dem Libanon als positive Entwicklung auf dem Weg zu besseren Beziehungen mit der EU (vgl. EU 2009;o.A.). Generell ist eine neue Qualität des politischen Dialogs zu erkennen. Nach Beendigung der innenpolitischen Krise scheinen die Forderungen der EU nach der Souveränität des Libanon gegenüber seinen Nachbarstaaten und des Gewaltmonopols der libanesischen Armee im Staat an Relevanz verloren zu haben. Sowohl die Fortschrittberichte für 2008 und 2009, als auch die sinkende Zahl der Presseaussendungen des Rates zur Situation im Libanon⁴⁵ zeichnen dieses Bild. Der politische Dialog wird technischer, konkreter und pragmatischer.⁴⁶

Im folgenden Kapitel werden nun die Gründe, die zum politischen Paradigmenwechsel nach Doha geführt haben, näher analysiert und anschließend der Wandel im politischen Dialog der ENP Libanon genauer erörtert. Ziel ist es, den Einfluss der spezifischen libanesischen Dynamik auf die ENP herauszufiltern und mit den sicherheitspolitischen Interessen der EU in der Region abzugleichen. Kurz, es wird untersucht in welcher

⁴⁵ Zwischen Mitte 2008 und Mitte 2010 gab es lediglich 4 Presseaussendungen des EU Rates, trotz Parlamentswahl und extrem konfliktreichen Regierungsbildungsprozesses (vgl. <http://www.consilium.europa.eu/moresearchresultsregistry.aspx?search=Lebanon&lang=en>).

⁴⁶ Vgl. Kapitel V

Weise das Wechselspiel zwischen internen und externen Akteuren im Libanon das Handeln der EU bestimmen kann und somit auch ihren (normativen) Zugang und die Relevanz der instrumentellen Werte gegenüber der Sicherheitspolitik. Dies soll helfen, die Dichotomie zwischen sicherheitspolitischer Strategie und normativen „soft power“-Zugang aufzulösen und Feedbackschleifen, Handlungszwänge und politics bzw. polity Dimensionen, die aus dem(n) Partnerstaat(en) übernommen werden, als definierende Komponenten der ENP vorzustellen.

Auf eine Analyse der regionalen Gegebenheiten, v.a. die volatile Beziehung zwischen Saudi Arabien und Syrien und deren Einfluss auf die ENP und deren Implikationen für die libanesische Politik, folgt eine genauere Erörterung der Rolle der EU Mitgliedsstaaten und andere internationaler Akteure.

KAPITEL V: EXTERNE FAKTOREN DER EUROPÄISCHEN NACHBARSCHAFTSPOLITIK.

Im Zentrum des Paradigmenwechsels nach dem Abkommen von Doha, also der Machtumverteilung in Richtung der Kräfte des 8.März, steht Syrien. Sowohl die syrisch-libanesischen Beziehungen, als auch das Verhältnis zwischen der EU, ihren Mitgliedsstaaten und Saudi Arabien zu Syrien hat sich deutlich verbessert. Im Licht dieser Entwicklungen hat sich im Rahmen der ENP auch die Interpretation der Beziehung zwischen Syrien und dem Libanon merklich verändert.

Seebergs Analyse des ENP-Libanon Aktionsplans hat bereits deutlich gemacht, dass Politik im und mit dem Libanon auch für die EU einen Weg darstellt, die Beziehung zu Syrien zu formen (vgl. Seeberg 2009;95). Die Veränderung der Relevanz der Werte in der ENP, so die Hypothese, die hier getestet wird, hängt mit der Veränderung der Relevanz Syriens in der Region zusammen. Das Feedback der Libanon-Syrien Beziehung gemeinsam mit sicherheits- und regionalpolitischen Interessen der EU (-Mitgliedsstaaten) formen also die normative Ausrichtung der ENP. Das bedeutet im Fall des Libanon bzw. Syriens, dass die potentielle Macht, die die EU im Partnerstaat bzw. in der Region hat, auch definiert wie viel Relevanz die EU den gemeinsamen Werten geben kann.

5.1. SYRIEN, SAUDI ARABIEN UND DER KAMPF UM DIE LIBANESISCHE IDENTITÄT

Syrien, das durch vielschichtige Verstrebnungen mit dem Libanon, seiner Politik, Wirtschaft und Gesellschaft verbunden ist, liegt also im Fokus dieser Analyse der Regionalpolitik.

Die Position des syrischen Regimes gegenüber anderen Mächten im Nahen Osten, wie etwa Saudi Arabien und dem Iran, formt die libanesische Innenpolitik genauso wie Syriens Verhältnis zu internationalen politischen Akteuren, wie den USA und der EU. Dies ist v.a. der Fragmentierung der libanesischen politischen Szene gezollt, die durch ihre historisch geprägte Suche nach externen Verbündeten (vgl. Nedzi 2006;4) zum Schlachtfeld regionaler Konflikte wurde. Der Kampf um die Definition des libanesischen Staates, der die Politik dominiert (vgl. Makhzoumi 2010; 10), wird durch diese Beziehung maßgeblich beeinflusst und bekommt dadurch seine

sicherheitspolitische Komponente, die weit über den arabisch-israelischen Konflikt hinausgeht. Die Lokalisierung des syrischen Regimes auf der politischen Landkarte des Nahen Ostens ist also unabdingbar, um die regionalpolitische Komponente der libanesischen Dynamik zu verstehen.

Der Julikrieg zwischen der Hizbullah und der israelischen Armee im Sommer 2006 gilt quasi als Mikrokosmos der politischen Rivalitäten im Nahen Osten. Die Positionierungen der verschiedenen Mächte und Allianzen zeigen, dass dieser Krieg Konsequenz der politischen Machtkämpfe in der Region war (vgl. Kneissl 2010). Vor allem seit dem Erstarken des Iran verläuft die Konfliktlinie in der arabischen Welt zumindest rhetorisch entlang religiös-ideologischer Gräben. Das mächtige Saudi Arabien steht, gemeinsam mit Mubaraks Ägypten und Jordanien unter König Abdullah, in der Front sunnitisch regierter Staaten gegen den „Shia crescent“⁴⁷, ausgehend vom einflussreichen Iran und seinem Verbündeten Syrien (vgl. Simon 2009;22f.) sowie seinem Protegé, der Hizbullah (vgl. ebd.;42). Im multikonfessionellen Libanon verläuft diese Bruchlinie innerhalb des Staates. Zwischen den sunnitisch dominierten Kräften des 14.März (vgl. Cammett, Issar 2010;382) - auf der Seite Saudi Arabiens - und den schiitisch dominierten Kräften des 8.März (vgl. ebd.) - auf Seiten Syriens.

Im supraregionalen Rahmen treffen sich das außenpolitisch moderate Saudi Arabien, Ägypten und Jordanien und die USA in ihrem Streben nach Stabilität und Sicherheit in der Region und in ihrer oppositionellen Haltung gegenüber dem Iran (vgl. Abdul-Hussain 2009;408). Die USA pflegen auch sehr gute Beziehungen zu Israel. Somit befinden sich Saudi Arabien und seine Alliierten - Ägypten und Jordanien -, die USA und auch Israel quasi in einem Block gegenüber dem Iran, Syrien und der Hizbullah (vgl. Kneissl 2010/ Abdul-Hussain 2009;408).

Der dominierende Konflikt ist also jener zwischen dem Iran, der seine Machtposition in der Region stärken konnte, und Saudi Arabien, dem, in seinem Prestige seit den Anschlägen vom 11. September geschwächt, mit dem Iran ein Rivale präsentiert wurde, an dem es außenpolitisch „wachsen“ konnte (vgl. Yamani 2008; 153). Der Julikrieg zwischen der vom Iran finanzierten und ideologisch infiltrierte Hizbullah (Hamzeh

⁴⁷ Der Terminus „Shia Crescent“ – geprägt vom jordanischen König Abdullah - wurde v.a. durch den Sturz Saddam Husseins und die nun schiitische Führung des Irak wieder aktuell. „Shia Crescent“ ist ein Terminus der ein schiitisches Aufbegehren gegen die sunnitischen Machthaber nach iranischem Vorbild in der arabischen Welt bezeichnet. Der Iran, die Schiiten Bahreins, die irakischen Schiiten und die Hizbullah werden unter diesem Begriff zusammengefasst. Die sunnitischen Führer der arabischen Welt fassen dieses Aufbegehren als Bedrohung auf (vgl. Fiedlings Smith 2006;o.A.). Syrien wird durch seine strategische Partnerschaft mit dem Iran und der Hizbullah in diesem Bedrohungsszenario zu den Akteuren des „Shia Crescent“ gezählt (vgl. Simon 2009;23).

2000;750) und dem iranischen Feindbild Israel, gilt unter Beobachtern als Druckventil einer eigentlich saudisch-iranischen Konfrontation (vgl. Kneissl 2010). Dass Saudi Arabien als erster arabischer Staat das Verhalten der Hizbullah und ihrem Führer Nasrallah verurteilte, gibt Zeugnis davon ab (Yamani 2008;153). Saudi Arabien ist aber nicht nur durch seine Rivalität zum Iran und damit zur Hizbullah ein maßgeblicher Akteur, der die libanesischen Politik beeinflusst, sondern hat selbst – sowie auch Syrien – direkte ökonomische und politische Interessen im Libanon, sowie enge persönliche Beziehungen zum Hariri-Klan (vgl. Hamieh, Mac Ginty 2010;104).

Syrien und Saudi Arabien instrumentalisieren die libanesischen Akteure also einerseits um ihre eigenen regionalen Konflikte auszutragen, andererseits sind beide von einem stabilen, ökonomisch prosperierenden Libanon abhängig. Hier zeigt sich die typische Dynamik libanesischer Politik. Auf der einen Seite können die libanesischen Eliten zum Zweck regionaler Machtausstrahlung gegeneinander ausgespielt werden, auf der anderen Seite ist eine Eskalation der inner-libanesischen Konflikte für die externen Verbündeten fatal, und zwar sowohl in sicherheitspolitischer als auch ökonomischer Hinsicht.

Die saudisch-syrischen Beziehungen sind historisch, wie auch gegenwärtig extrem volatil. Während unter Bashar al-Assad das Verhältnis Syriens zum Iran und zur Hizbullah, im Vergleich zur Herrschaft seines Vaters, enger wurde und teilweise über rein strategische Kooperation hinausging (El-Hokayem 2007;38f.), verschlechterte sich die Beziehung zu Saudi Arabien zunehmend. Riad war einst der engste Verbündete Damaskus'. Durch die Ermordung des ehemaligen libanesischen Premierministers Rafiq al-Hariri wurden die Spannungen zwischen Assad und König Abdullah spürbar stärker. Al-Hariri, war ein Protegé Saudi Arabiens und hatte persönliche Kontakte zur saudischen Königsfamilie. Dementsprechend schloss sich Saudi Arabien der Vermutung der Kräfte des 14.März an, wonach Syrien für seine Ermordung verantwortlich ist. Syrien wiederum verurteilte Saudi Arabiens Unterstützung des Special Tribunal for Lebanon und der UN-Sicherheitsratsresolution 1559 und beschuldigte es, sich in die internen Angelegenheiten des Libanons einzumischen (vgl. Simon 2009;22).

Das Bombenattentat auf Rafiq al-Hariri ist, genauso wie das Abkommen von Doha, also als ein Wendepunkt im Nahen Osten zu begreifen. Durch das Attentat im Jahr 2005 entstand nicht nur ein neuer gesellschaftlicher Graben im Libanon selbst, sondern auch ein regionaler Bruch zwischen Syrien und Saudi Arabien. Der erzwungene Abzug aus dem Libanon im Jahr 2005 und das schwierige Verhältnis zu den USA hat das Prestige Damaskus' extrem geschwächt (vgl. Sands 2010;o.A.). Saudi Arabien konnte seinen

Einfluss im Levante im Anschluss ausbauen, doch der Julikrieg und die dadurch gestärkte politische Position der Hizbullah nach dem Krieg ermöglichte es Syrien, wieder Fuß zu fassen.

In den folgenden Jahren wurde der Machtkampf Saudi Arabiens und Syriens im Libanon deutlich. Der bewaffnete Konflikt um das Flüchtlingslager Nahr el-Bared im September 2007, die Blockierung der demokratischen Entscheidungsprozesse und die Paramilitarisierung des Libanon drohten die Situation auf libanesischen Boden eskalieren zu lassen (vgl. Knudsen 2010;16). Die Kämpfe in Nahr el-Bared werden von vielen Beobachtern als offener Ausbruch des Stellvertreterkonflikts zwischen Saudi Arabien und Syrien gesehen.⁴⁸ Im März 2008 zog Saudi Arabien sogar seinen Botschafter aus Damaskus ab (vgl. Sands 2010;o.A.).

Der Konflikt zwischen den Kräften des 14.März und den Kräften des 8.März verläuft also parallel zur regionalen Dynamik. Die Allianzen sind klar. Die Kräfte des 14.März werden nicht nur von den USA und der EU unterstützt, sondern auch von Saudi Arabien, während die Kräfte des 8.März auf die Unterstützung Syriens und des Iran zählen können. So ist es nicht verwunderlich, dass auch die Entspannung des libanesischen Konflikts einherging mit einer Annäherung Saudi Arabiens an Syrien.

Die Vereinbarung von Doha vom Mai 2008 wird allgemein als Sieg der Kräfte des 8. März interpretiert (vgl. A. Harris 2008;1). Dass tatsächlich ein Kompromiss gefunden wurde, lag in der Notwendigkeit der beiden Regionalmächte Saudi Arabien und Syrien, ihren Konflikt zu lösen.

Die Hizbullah zu beeinflussen und zu stärken ist von ungemeiner sicherheitspolitischer Relevanz für Syrien, v.a. um seine Legitimation an der Spitze des Widerstandskampfes gegen Israel und den Libanon als Austragungsort dieses Kampfes nicht zu verlieren. Der mögliche Entzug dieses Einflusses durch Saudi Arabien und den Westen war somit ein starkes Druckmittel gegen Syrien (vgl. Hinnebusch 2009;20f.). Saudi Arabiens sicherheitspolitische Interessen bezüglich des Verhältnisses zu Syrien betrifft dagegen v.a. den immer stärker werdenden Iran und al-Assads gute Kontakte nach Teheran. Vor allem auch in Hinblick auf das iranische Atomprogramm kam Saudi Arabien zum Schluss, dass offene Konfrontation mit Syrien die Gräben zwischen dem saudischen

⁴⁸ Kämpfer der militanten sunnitischen Gruppe Fatah al-Islam infiltrierten das palästinensische Flüchtlingslager Nahr el Bared und lieferten sich monatelange Kämpfe mit der libanesischen Armee. Das Lager wurde vollständig zerstört, fast 500 Menschen starben in den Kämpfen (vgl. Knudsen 2010;16). Während der anti-syrische Block im Libanon Damaskus beschuldigte, Fatah al-Islam und deren Angriff unterstützt zu haben, warf Syrien Saudi Arabien vor, die Gruppe ins Leben gerufen zu haben (vgl. Sands 2009;o.A.).

Königshaus und dem Regime in Teheran weiter vertiefen könnte (vgl. Sands 2010;o.A.). So waren beide Akteure aus sicherheitspolitischen Gründen bereit, den Konflikt zu deeskalieren. Das Abkommen von Doha ist Ausdruck dieses Wunsches und Beginn einer Reihe von Gesten, die das Verhältnis der beiden Länder zueinander verbessern sollte. Saudi Arabien übte Druck auf die Kräfte des 14.März aus, der Hizbullah geführten Opposition und damit Syrien mehr Entscheidungsmacht und Einfluss im Staat zu geben. Dies war v.a. dem saudischen Interesse an Stabilität in der Region gezollt, da offensichtlich wurde, dass die Hizbullah den Kräften des 14.März bzw. der libanesischen Armee militärisch weit überlegen war. Eine weitere Isolierung Syriens - und der Hizbullah - hätte demnach unkontrollierbare Folgen für die Region (vgl. Hinnebusch 2009;21,24). Syrien zeigte seinen Willen, konstruktiv an der Stabilität der Region zu arbeiten. Dass sich Damaskus nicht in die libanesischen Parlamentswahlen 2009 eingemischt hat, die die Kräfte des 14.März gewonnen haben, wurde mit dem Ende der Isolationspolitik des Westens und Saudi Arabiens belohnt (vgl. Sands 2010;o.A.).

Die Vereinbarung von Doha wurde den beiden libanesischen Blöcken im Lichte regionalpolitischer Stabilität also aufoktroziert, was zeigt, wie immens der externe Einfluss auf den Libanon ist. Externe Interventionen bzw. die Suche nach einer Schutzmacht um die eigenen politischen Interessen gegen die Konkurrenz im Inland durchzusetzen, sind fester Bestandteil der libanesischen Politik. Wie Kneissl argumentiert, hat sich der Libanon „nolens volens“, doch aber eher „volens“ zu einem saudisch-syrisches Protektorat entwickelt (Kneissl 2010).

2009, nach den libanesischen Parlamentswahlen, wird der Einfluss Syriens und Saudi Arabiens noch deutlicher. Nun wird im Rahmen der Bildung der neuen Regierung klar, dass sich Syrien im Libanon eindeutig gegen Saudi Arabien durchgesetzt hat. Der Coup de Grâce, wie Makhzoumi, den vom saudischen Königshaus inszenierten de facto Kniefall des designierten neuen Premierministers Saad al-Hariris vor Bashar al-Assad (vgl. Makhzoumi 2010;8) im Dezember 2009 nennt, verdeutlicht den Machtverlust der Kräfte des 14 März. Die Regierungsbildung war ohne syrischen Segen nicht möglich und Saudi Arabien akzeptiert den hegemonialen Anspruch Syriens im Libanon im Kontext seines Strebens nach (finanzieller) Sicherheit und Stabilität (vgl. ebd.;8).

Diese Analyse verdeutlicht, dass Politik im Libanon keine eindeutigen „Geber“ und „Nehmer“ kennt, dass ausländische Intervention nicht ohne Zustimmung der libanesischen Elite stattfindet. Die Situation im Libanon hat die Krise zwischen Syrien

und Saudi Arabien ausgelöst, hat zu ihrer Eskalation geführt und die De-Eskalation im Libanon wurde dazu benutzt, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Regionalmächten wieder zu festigen. Das bedeutet, selbst wenn sich der Libanon in Richtung eines syrisch-saudischen Protektorats enzwickelte (vgl. Kneissl 2010), ist Stabilität im Land doch unverzichtbar für die regionale Sicherheit. Das heißt, der Libanon und die libanesischen Akteure, so abhängig sie von ihren ausländischen Alliierten auch sein möchten, haben eine gewisse Lenkungsmacht. Vor allem die Hizbullah ist durchaus in der Lage, eigenständig, d.h. über Syrien hinweg, über Sicherheit und Stabilität der gesamten Region zu entscheiden (Wiegand 2009;671).

Die EU Politik im Rahmen der ENP im Libanon muss in diesem Licht betrachtet werden. Deshalb ist es notwendig, die politischen Paradigmenwechsel der EU gegenüber dem Libanon nicht nur mit der libanesischen Innenpolitik abzugleichen, sondern auch mit der Regionalpolitik und den geostrategischen Zielen internationaler Akteure. So kann herausgefunden werden, ob die EU selbst „Opfer“ der typisch libanesischen Politik geworden ist. Das heißt ob die EU „nolens volens“ Teil der libanesischen Dynamik geworden ist, in der externe Akteure durch die komplexen Abläufe auf den verschiedenen Ebenen der Politik instrumentalisiert werden und damit ihre Politikprozesse den nationalen Gegebenheiten anpassen, um höhere, regionalpolitische Ziele zu erreichen.

5.2. EU-MITGLIEDSTAATEN UND WECHSELNDE STRATEGIEN UND KOOPERATIONEN IM NAHEN OSTEN

Frankreich, als ehemalige Mandatsmacht, hat traditionell starken Einfluss im Libanon (vgl. Charillot 2007;145). Dies ist relevant für die ENP, denn EU Politik wird, wie bereits dargelegt, nicht nur von außen beeinflusst, sondern auch von innen, also von den Mitgliedsstaaten selbst, durch die spezifischen Interessen und normativen Ziele spezifischer Mitgliedsstaaten konstruiert und rekonstruiert (vgl. Çelenk 2009;184).

Das Bombenattentat auf Rafiq al-Hariri im Februar 2005 gilt auch in den französisch-libanesisch-syrischen Beziehungen als Wendepunkt, da mit diesem Attentat zum einen die französische Duldung der syrischen Besetzung des Libanon zu Ende ging und zum anderen eine enge Zusammenarbeit mit den USA in der Nahostpolitik begann (vgl. Baroudi, Salamey 2011;401f.). Die Beziehung dieser beiden Akteure wurde zuvor, mit Beginn des Irakkrieges 2003, massiv gestört (vgl. Peterson 2004;18). Während Chirac,

v.a. auf Wunsch seines engen Freundes Rafiq al-Hariri bis ca. 2004 die Hegemonie Syriens im Libanon akzeptierte, war die Syrien-Politik der USA auf Konfrontation ausgerichtet. Doch durch den wachsenden Widerstand al-Hariris gegenüber Syrien und seine Ermordung kurz darauf näherten sich die beiden Mächte in ihrer Nahostpolitik wieder an (vgl. Baroudi, Salamey 2011;402).

„By 2004, both France and the United States had come to the conclusion that Syria was wittingly, or otherwise, destabilizing Lebanon through: 1) protecting Hizbullah and providing it with political and military support; 2) facilitating the flow of weapons and radical elements to the Palestinian refugee camps in Lebanon, thus helping turn the latter into “security islands” that were off limits to the Lebanese authorities; 3) undermining the authority of Prime Minister Hariri who was perceived in the West as Lebanon’s most pragmatic and far-sighted leader; and 4) interfering with the constitutional process in Lebanon to ensure the renewal of the term of pro-Syrian President Emile Lahoud.“ (Baroudi/Salamey 2011;403)

Dieser US-französischen Koalition entsprang die UNSC Resolution 1559⁴⁹, die einen der großen Konfliktherde im Definitionskampf um den libanesischen Staat darstellt(e) (Baroudi, Salamey 2011;404). Die Resolution war eine klare Positionierung der von Frankreich und den USA angeführten internationalen Gemeinschaft auf der Seite al-Hariris und seinen Partnern und v.a. gegen Syrien (vgl. Salloukh 2005;21). Das wachsende Widerstandspotential im Libanon, unterstützt durch die USA, Frankreich und die Protestbewegung nach dem Tod Hariris, erzwangen schließlich den Abzug Syriens aus dem Libanon (vgl. Harris 2007;38).

Frankreich und die USA haben mit ihrer Libanon Politik, genau wie die Europäische Union, von Beginn an die Kräfte des 14.März unterstützt. Baroudi und Salamey argumentieren, dass Frankreich und die USA während der Libanonkrise 2006 bis 2008 ihren Druck auf Syrien in dem Maße steigerten, wie der interne Druck der Hizbullah und Syriens auf die Kräfte des 14.März anwuchs. Genauso haben die beiden Mächte

⁴⁹ UN Resolution 1559 verlangt : Respekt für die volle Souveränität des Libanon über sein eigenes Staatsgebiet, den Abzug sämtlicher ausländischer Truppen, die Entwaffnung sämtlicher Milizen und die Ausweitung der Autorität der libanesischen Armee über das gesamte Staatsterritorium (vgl. UNSC 2004;o.A.).

ihre Verbündeten Saudi Arabien, die Arabische Liga und Ägypten dazu gedrängt, ihre Unterstützung der Kräfte des 14.März zu verstärken (vgl. Baroudi/Salamey 2011;411). Die direkte Zuordnung zwischen den westlichen Akteuren, die in den Libanon einwirken, und den Kräften des 14.März ist klar erkennbar, was von großer Bedeutung für die EU Politik ist. Es verdeutlicht die Vernetzung der Diskurse und Einflüsse auf nationalstaatlicher-, EU-europäischer- und UN-Ebene.

Die direkten diplomatischen Kontakte auf hoher Ebene zwischen Frankreich und Syrien kamen nach dem Hariri Attentat im Februar 2005 zum Erliegen, die USA zogen sogar ihren Botschafter aus Damaskus ab. Doch schon im Sommer 2007, also kurz nach der Wahl Sarkozys zum französischen Präsidenten, zeichnete sich eine Entspannung zwischen Frankreich und Syrien ab. Gleichzeitig nahm Frankreich auch Gespräche mit libanesischen Oppositionspolitikern auf (vgl. Baroudi, Salamey 2011;416f.). Der graduelle Machtverlust der Kräfte des 14.März, der im Doha Abkommen seinen Höhepunkt fand, schwächte auch Frankreich und die USA im Libanon gegenüber Syrien und der Hizbullah.

„By May 2008, there were manifest signs of the decline of both US-French influence and US-French collaboration on Lebanon. This decline in the US-French role did not emanate from any basic divergences between the two powers, but was the natural outcome of the decline in the power and unity of their local allies, the March 14 Coalition.“ (Baroudi/Salamey 2011;418)

So wie Teile der Kräfte des 14.März ihre Syrien-Politik, angesichts der im Wiederentstehen begriffenen syrischen Hegemonie, überdachten –Walid Jumblatt lief 2009 zu den Kräften des 8.März über (vgl. Rowayheb 2011;62) –, begannen auch internationale Akteure, die Rolle Syriens in der Region aus strategischen Gründen zu akzeptieren und bemühten sich um bessere Kontakte zu Damaskus.

„While continuing to share the same goals with the United States, the Sarkozy Administration adapted itself to the changing local power balance by mending fences with the Lebanese opposition and Syria. In its waning months in office, the Bush Administration stuck to its intransigent attitude at the cost of becoming increasingly marginal in Lebanon. As the Obama Administration came to power, it followed in the footsteps of the French by resuming dialogue with Syria and

indicating ist willingness to return a US ambassador to Damascus.“
(Baroudi/Salamey 2011;418)

Dies erklärt auch den Paradigmenwechsel in der ENP-Libanon. Eine Politik der Öffnung gegenüber Syrien - aufgrund der steigenden regionalen Relevanz Syriens⁵⁰ - bedingt zwangsläufig eine gemäßigte Haltung gegenüber den Kräften des 8.Märzes, da der Konflikt im Libanon de facto einen Mikrokosmos der regionalen Verhältnisse darstellt. Frankreich hat als EU Mitgliedsstaat, durch seine privilegierten Beziehungen zum Libanon, nicht nur die Möglichkeit den ENP Dialog maßgeblich zu lenken, sondern ist auch im Rahmen der internationalen Gemeinschaft und im Sicherheitsrat in der Lage, den Diskurs über den Libanon, libanesischen Akteure und die Beziehung zu Syrien zu formen.

UN Resolutionen, sowie andere im Zuge internationaler Verhandlungen entstandene Texte, implizieren Konzepte und Perspektiven, die Politik und politische Akteure in einer spezifischen Weise anleiten (vgl. Makdisi 2011;5).

„Of course, resolutions like 1701⁵¹ are not, in and of themselves, meaningful without other, related texts ‘upon which they draw in constructing identities and policies, in which they appropriate as well as revise the past, and in which they establish authority by reading and citing others’. In this case, the series of resolutions, statements and diplomatic activities during the 2004–06 period collectively sought to frame Hizbullah and Lebanon/Syria in a way that would make an attack on them legitimate or normal.“ (Makdisi 2011;5)

Dadurch wird ein Diskurs geschaffen, der Konzepte und Ideen inkludiert und exkludiert. Dieser Diskurs wandelt sich im Laufe der Zeit durch seinen dominanten Charakter zum allgemeingültigen Standpunkt. In diesem Kontext kann, so Makdisi, auch die Definition der Hizbullah vor allen in westlichen Staaten gesehen werden, die im Sinne des „powerful discourse“ v.a. um die Frage konstruiert wurde, inwiefern es sich um eine Terrororganisation handelt (vgl. Makdisi 2011;5f.).

⁵⁰ Vgl. Kapitel V, 5.1.

⁵¹ UNSC Resolution 1701 fordert das Ende der Kampfhandlungen im Julikrieg zwischen der Hizbullah und der israelischen Armee 2006, den Abzug der israelischen Truppen, die Entwaffnung aller Milizen und die Aufstockung der UNIFIL Truppe im Südlibanon (vgl. UNSC 2006;o.A.).

Der Diskurs um die Hizbullah und ihren Verbündeten Syrien wandelte sich ab Mitte 2008 mit der Einsicht, dass die völlige Isolation Syriens eine weitere Annäherung Damaskus‘ an Teheran nach sich ziehen würde. Dies hätte Auswirkungen auf den Friedensprozess im Nahen Osten und würde Teheran noch mehr regionalpolitische Macht verleihen (vgl. Sands 2010;o.A.). Um sich die Unterstützung Syriens zu sichern, musste auch Frankreich schließlich die sicherheitspolitischen Interessen Syriens im Libanon akzeptieren und beendete seinen Widerstand gegen den syrischen Einfluss im Nachbarland, mehr noch, bemühte sich Sarkozy offen um die Gunst Bashar al-Assads (Zisser 2009;108).

5.3. DER PARADIGMENWECHSEL IN DER ENP-LIBANON NACH DOHA

Das neuerlich amikale Verhältnis zwischen Syrien und Saudi Arabien und die Annäherung Frankreichs und auch der EU an Syrien bilden die Rahmenbedingungen für einen Paradigmenwechsel in der ENP Libanon. Das Abkommen von Doha hat zwar die Arbeitsfähigkeit des libanesischen Parlaments wiederhergestellt, jedoch die Grundlage des politischen Dialogs mit der ENP nicht verändert, da die tieferliegenden Problematiken nicht gelöst wurden. Dennoch hat sich die regionale und nationale Machtbalance verändert. Die Hizbullah siegte vorläufig im Definitionskampf um die außenpolitische Ausrichtung des Staates. Durch das Ende der Isolation Syriens verringerte sich die regionale Relevanz des Libanonkonflikts als Stellvertreterkonflikt zwischen dem syrisch-iranischen und dem saudisch-westlichen Lager. Die libanesische Politik kehrte sich wieder ins Innere, und der Konflikt zwischen den Kräften des 14.März und den Kräften des 8.März wurde zunehmend als interner Konflikt aufgefasst (vgl. Makdisi 2011;16f.).

„The Doha agreement [...] and the rapprochement of Syria with Saudi Arabia and Europe, represented the end, for now, of Lebanon’s meaning in global terms and its return, in discursive terms, to its local framing. Hizbullah had decisively won the battle for ‘hegemonic articulation’ of 1701 in Doha, but the threat of renewed war continued to loom as tension over Iran’s WMD programme grew, and with it the possibility of Lebanon once more becoming ‘meaningful’ in global terms.“ (vgl. Makdisi 2011;17)

In den Jahren 2006 bis 2008 spiegelten die politischen Forderungen der ENP im Aktionsplan bzw. den ENP Fortschrittsberichten den politischen Dialog auf hohe diplomatischer Ebene wider. Die Implementierung der UN-Sicherheitsratsresolutionen 1559 und 1701, die Zusammenarbeit mit dem STL bzw. dem UNIIIC, das Ende externer Interventionen in die libanesischen Politik und die Beendigung des politischen Stillstands wurden gefordert (vgl. EC 2008;2/Rat der EU 2006;1/Rat der EU 2008;1).

Auch in den offiziellen Referenzdokumenten der EU Kommission zur ENP-Libanon werden diese Punkte angeführt (vgl. EC 2009a;6/EC 2010b;6). Allerdings spiegelt dies, so scheint es, nicht mehr die Realität des politischen Dialogs mit dem Libanon wider. Die Presseaussendungen des EU Rates geben Auskunft darüber, in welcher Weise sich der Rat, bzw. Vertreter des Rates offiziell mit dem Libanon befasst. Deutlich verändert hat sich die Quantität der Aussendungen den Libanon betreffend. Zwischen 11.Juli 2008 und 8.Juni 2009 veröffentlichte der Rat keine Mitteilung zum Libanon. Das bedeutet, zwischen der Angelobung der (Übergangs-)Regierung der nationalen Einheit nach dem Abkommen von Doha (Rat der EU 2008;o.A.) und den Parlamentswahlen 2009 (Rat der EU 2009;o.A.) gab es weder Ratsbeschlüsse noch Mitteilungen des Außenbeauftragten zum Thema Libanon.

Dies steht allerdings im Widerspruch zum dramatisch gestiegenen ausländischen Einfluss auf den Libanon und die politische sowie militärische Stärkung der Hizbullah (vgl. Makhzoumi 2010;6/Wiegand 2009;677). Der politische Druck der EU auf den Libanon und die intervenierenden Mächte scheint also zu sinken, obwohl die Politik im Libanon de facto in eine den Forderungen der UN und der EU entgegengesetzte Richtung verläuft.

Die neue Perzeption der Beziehungen zwischen dem Libanon und Syrien findet auch Eingang in den Referenzdokumenten der EU. Augenscheinlich ist nun von einer „Normalisierung“ der Beziehung zu Syrien die Rede (vgl. EC 2009a;6).

Mitte Juni 2009 wird bei einer Reise Javier Solanas in den Libanon klar, dass sich das Verhalten der EU gegenüber den Kräften des 8.März verändert hat. Im Gegensatz zu früheren Reisen Solanas in den Jahren 2006, 2007 und 2008 hat sich Solana nicht nur mit Vertretern der Kräfte des 14.März und hohen Amtsträgern, wie etwa Parlamentspräsident Berri von der Amal, getroffen, sondern auch mit anderen Kräften des 8.März. So z.B. mit Walid Jumblatt, der erst nach den Wahlen 2009 die Fronten wechselte, Michel Aoun von der FPM und sogar Parlamentsabgeordnete der Hizbullah Fraktion (vgl. Rat der EU 2009a;o.A.). Dies könnte ein Anzeichen für einen

Paradigmenwechsel der EU im Rahmen ihrer Beziehungen zu islamistischen Parteien⁵² sein. Hier wird jedoch die These vertreten, dass diese Entspannung zwischen der EU und den Kräften des 8. März auf eine Annäherung der EU an Syrien zurückzuführen ist. Cavatorta argumentiert, dass die starke Position Syriens, das für die Stabilität im Nahen Osten unabkömmlich ist, gegenüber Saudi Arabien, den USA und auch der EU dafür verantwortlich ist (vgl. Cavatorta 2011;3). Während die EU sich gegenüber dem isolierten Syrien noch viele Zugeständnisse aus der Beziehung zu Damaskus herauschlagen konnte, änderte sich mit Mitte 2008 das Bild, nachdem Saudi Arabien und Syrien sich annäherten und auch westliche Mächte die Nähe Syriens suchten.

„The EU ‘played tough’ vis à vis Syria [...]. However, the EU ‘played tough’ for too long and was in some ways blindsided by its own memberstates, which were more attentive to the changing regional situation and accommodated, to some extent, Syria’s demands or at the very least recognised the country’s significance. Once France and the United Kingdom began courting President Assad, the EU became the ‘victim’ of Syria’s renewed fortunes. [...] Syria’s successful balancing strategy meant that by 2009 it was becoming more reluctant to push ahead with the Agreement. Not only was the US now openly courting Syria and extending the hand of friendship to Damascus, but Hezbollah’s pivotal role in Lebanon and Hamas’s attitude in the conflict with Israel strengthened the resistance front. Foreign diplomats had to go through Damascus once again. Thus [...] Syria now refused to sign the Agreement and ‘humiliated’ the EU [...]. Now that Syria is again a central player in the region, it no longer needs to risk the domestic instability that would result from accelerating liberal market reforms as required by the provisions in the agreement.“ (Cavatorta 2011;3f.)

Internationale diplomatische Bemühungen in der Region wurden also wieder durch Damaskus kanalisiert. Das spiegelt sich im diplomatischen Verkehr der EU mit dem Libanon wider. Nicht nur durch die Aufnahme der „Normalisierung der Beziehung zwischen Beirut und Damaskus“ in den politischen Dialog der EU, sondern auch durch die stärkere Anknüpfung der EU-Syrien Politik an die EU-Libanon Politik, etwa durch

⁵² Die EU hat keinen kohärenten Zugang zur Demokratieförderung in MENA Staaten, wenn islamistische Parteien, wie z.B. die Hamas oder die Hizbullah, involviert sind. Sie verfolgt einen ambivalenten Zugang, da Demokratieförderung in diesem Fall Kräfte an die Macht bringen könnte, die die westlichen Werte liberaler Demokratie herausfordern könnten (vgl. Wegner, Pellicier 2009;158).

diplomatische Reisen in beide Länder, wie die des EU Parlamentspräsidenten Pötering im August 2008 (vgl. EP 2008;o.A.) und Treffen mit den Verbündeten Syriens im Libanon (vgl. Rat der EU 2009a;o.A.).

Wie sich in weiterer Folge zeigen wird, geht der Kampf um die Definition des libanesischen Staates unterdessen weiter. Weiterhin gilt das STL als Symbol dieses Konflikts. Der Kampf ist nun aber, wie Makdisi argumentiert, ins Innere gekehrt und nicht mehr Spiegelbild der großen ideologischen Trennlinie im Nahen Osten. Die gemeinsamen Anstrengungen Saudi Arabiens, der EU, der USA, Frankreichs und anderen Staaten führten v.a. dazu, dass der libanesischer Konflikt an Syrien vorbei geführt wird, bzw. in einer Weise ausgetragen wird, die Syrien keinen Vorwand bieten kann, seine Hegemonie im Land neuerlich unter Beweis zu stellen. Auf Seiten Saudi Arabiens bedeutet dies offenen Druck auf die Kräfte des 14.März, die Macht Syriens anzuerkennen (vgl. Makhzoumi 2010;8). Diese durch Saudi Arabien orchestrierte neue Linie der Kräfte des 14.März, die die Hegemonie Syriens quasi akzeptieren mussten, schließt sich in weiterer Folge auch die EU an. Kritik an Syriens Vorgehen im Libanon wird nicht mehr offen geäußert.

Nun steht auch für die EU im Libanon nicht mehr der große Regionalkonflikt im Vordergrund, sondern die Stabilisierung des internen Konflikts zwischen den Kräften des 14. und des 8.März. Die EU fügt sich somit ein in eine internationale politische Dynamik, die zwar kurzfristig zur Stabilität der Region beitragen soll, jedoch v.a. die syrische Hegemonie im Libanon festigte (Zisser 2009a;410/ Makhzoumi 2010,8).

Der politische Dialog wird folgerichtig pragmatischer, es zeigt sich, dass v.a. der Machterhalt der traditionellen libanesischen Eliten und Stabilität im Land die Prioritäten der EU zu sein scheinen. Die Wahlrechtsreform, die in weiterer Folge noch Gegenstand dieser Analyse sein wird, bzw. die Reaktion der EU auf die Reform macht deutlich, dass Demokratieförderung nicht als adäquater instrumenteller Wert im post-Doha Libanon betrachtet wird, sondern die Sicherung des status quo. Wie bereits erwähnt, wird auch die libanesisch-syrische Beziehung pragmatischer gesehen. Im Jahr 2007 war die Unabhängigkeit des Libanon von Syrien noch oberste Priorität der EU.

„For us the independence of Lebanon is a very, very important element for the stability of the region.” (Rat der EU 2007;2)

Mit 2009, geht es v.a. um die Normalisierung diplomatischer Kontakte (vgl. EC 2010b;2).

Die Relevanz des Rufes nach Souveränität über das gesamte Staatsgebiet und demokratische Verhältnisse im politischen Dialog der ENP-Libanon hängt also v.a. auch von den regionalen Umständen ab, bzw. davon, welche Relevanz dem Libanonkonflikt von Frankreich, den USA, Israel und v.a. Syrien und Saudi Arabien gegeben wird. Mai 2008 stellt eine Zäsur in dieser Politik dar, und kehrt den Mikrokosmos Libanon wieder nach innen (vgl. Makdisi 2011;16f.). Der Definitionskampf um die Ausrichtung des libanesischen Staates scheint zu Gunsten der Hizbullah ausgegangen zu sein und die Rufe nach Einhaltung der Resolution 1559 und 1701 verschwinden zunehmend aus – bzw. haben weniger Relevanz in – der EU Rhetorik, ohne dass in diesen Angelegenheiten Fortschritte ersichtlich sind.

Diese Argumentation impliziert, dass mit Mai 2008 eine neue Phase der ENP eingeläutet wurde. Der Diskurs des politischen Dialogs wendet sich ab von der Frage der Souveränität des Libanon über sein eigenes Staatsgebiet, nicht da die Frage gelöst ist, sondern weil die Verbündeten der EU im Land nicht (mehr) die Definitionsmacht darüber besitzen (vgl. Baroudi, Salamey 2011;411).

Die Ausrichtung der ENP im Libanon, der Fokus auf die sicherheitspolitischen „externen“ Problematiken wie das STL und die Beziehung zu den Nachbarstaaten des Libanon ist zum einen auf sicherheitspolitisches Interesse der EU zurückzuführen, wie Peter Seebergs Argumente darlegen (vgl. Seeberg 2010). Ist aber auch, so scheint es, Ausdruck eines Grundkonsenses zwischen der EU und einem Teil der libanesischen Eliten – der Kräfte des 14.März -, die (diplomatischen) Strukturen und Kanäle der libanesischen Politik beizubehalten.

Konflikte im Libanon wurden traditionell nach außen getragen. Anstatt einer innenpolitischen Einigung zwischen den Konfliktparteien wird die Einmischung von außen systematisch gesucht (vgl. Kneissl 2010). Die ENP-Libanon muss in diesem Licht gesehen werden. Zusammenarbeit wurde nicht mit dem Gesamt-Libanon gesucht, sondern mit den Kräften des 14.März, da die ENP-Libanon auch Spiegelbild der regionalen Sicherheitsstrategie der EU ist. Damit wurde die EU im Libanon gleichzeitig gegen die Kräfte des 8.März positioniert. Durch diese starke Anbindung an die Kräfte des 14.März wurde die EU quasi gezwungen, sich in die libanesische Dynamik einzuordnen. Im Libanon wird die EU dadurch zum verlängerten Arm der Kräfte des 14.März. Die Instrumentalisierung ist also gegenseitig. Die anti-syrische Politik bis

2008 und die Syrien-freundliche Haltung ab Mitte 2008 in der ENP-Libanon gibt Auskunft darüber. Somit wird die EU zum Teil einer Nahost-Dynamik, die nicht von der Union selbst bzw. ihre transformativen Wirkung der ENP geformt wird, sondern durch andere Akteure, vornehmlich Syrien, Saudi Arabien, Frankreich und die USA. Der politische Dialog im Rahmen der EU-Libanon Beziehung hinkt den regionalen Entwicklungen hinterher.

Das bedeutet, der politics Aspekt der libanesischen Politik, d.h. die Prozesse der libanesischen Politik, bzw. der Regionalpolitik, ist für die ENP prägender als die transformative Wirkung der ENP für den Libanon selbst.

Das Feedback der Libanon-Syrien Beziehung gemeinsam mit sicherheits- und regionalpolitischen Interessen der EU und ihrer potentiellen Macht formen also die normative Ausrichtung der ENP. Das bedeutet im Fall des Libanon bzw. Syriens auch, dass die potentielle Macht, die die EU im Partnerstaat bzw. in der Region hat, definiert, wie viel Relevanz die EU den instrumentellen Werten geben kann.

Der Paradigmenwechsel der regionalen Politik und die Veränderung der Machtbalance zugunsten der Kräfte des 8.März gehen für die EU also einher mit einem relativen Machtverlust im Libanon und der Region. Die relative Schwäche der libanesischen Verbündeten der EU gegenüber ihren Konterparts im Land definiert folgerichtig, inwiefern der Libanon zum Brennpunkt des regionalen Konflikts wird, und somit wie international und politisch brisant der politische Dialog im Libanon gedacht wird.

Drei Umstände definieren also die Relevanz der normativen Grundlage der ENP im Rahmen der libanesischen Dynamik.

Zum einen die EU-Syrien Beziehungen; bessere Beziehungen Brüssels zu Damaskus bedeuten, dass der syrische Einfluss im Libanon weniger EU-Kritik ausgesetzt ist und die EU anfängt, auch mit den Kräften des 8.März politischen Dialog zu führen.

Zweitens die Relevanz des Libanon für die gesamte Region; der libanesische Konflikt ist nach der Einigung der externen Akteure Syrien und Saudi Arabien nicht mehr Instrument der eigenen Machtausdehnung. In der Folge ist v.a. Stabilität im Libanon für die externen Akteure, besonders für Saudi Arabien, oberste Priorität (vgl. Kneissl 2010). Der politische Dialog im Rahmen der ENP fügt sich diesem neuen Credo und wird pragmatischer.

Drittens schließlich scheint es, als ob die Politik des Libanon, nach einer Phase relativer Unabhängigkeit zwischen 2005 und 2008, nun wieder zu einem großen Teil vom Ausland kontrolliert und gelenkt wird (vgl. Kneissl 2010) und politischer Dialog

zwischen der EU und dem Libanon selbst zwangsläufig ins Leere führen muss. Veränderungen in den hier hervorgehobenen Punkten des politischen Dialogs können de facto nur im Zuge politischen Drucks auf Saudi Arabien und v.a. Syrien erreicht werden. Die Kanäle der EU im Libanon haben nicht mehr die Macht, politisch zu formen (vgl. Baroudi, Salamey 2011;411).

Im zweiten Teil dieser Analyse sollen diese Annahmen nun in einem sich verändernden politischen Klima im Nahen Osten zwischen Sommer 2008 und Herbst 2011 auf ihre Gültigkeit getestet werden.

KAPITEL VI: DIE EU IM LIBANON 2009-2010: KONSOLIDIERUNG DER SYRISCHEN HEGEMONIE IN DER ENP

Sowohl die libanesische Politik, als auch die Beziehung der EU zum Libanon sind im Zeitraum von Mitte 2008 bis Anfang 2011 v.a. durch die Konsolidierung der syrischen Hegemonie im Libanon geprägt.

Vier große innenpolitische Problematiken werden hier beleuchtet. Die Wahlrechtsreform von 2008, die Parlamentswahlen 2009, der politische Kampf um das STL und der Fall der Regierung Saad al-Hariri Anfang 2011. Sie sollen verdeutlichen, wie Syrien zum Garant für Frieden und Stabilität in der Region und im Libanon aufgestiegen ist. Ebenfalls wird sich zeigen, dass die Politikkanäle, die die EU zu Beginn der Partnerschaft im Jahr 2007, bzw. schon davor gewählt hat, de facto verschlossen wurden, da das Macht- und Entscheidungspotential der Kräfte des 14. März trotz Regierungsmehrheit dramatisch sank. In diesem Kontext ist eine neue Qualität des Pragmatismus im politischen Dialog zu interpretieren. Schließlich soll hier die Umkehrung der Feedbackschleife zwischen der EU und dem Libanon bzw. Syrien erörtert werden. Es wird argumentiert, dass nicht die integrative Kraft der EU transformierend auf die Politik des Libanon einwirkt, vielmehr, dass Syrien nicht nur die libanesische Politik maßgeblich bestimmt, sondern auch die Zusammenarbeit des Libanon mit der EU de facto dirigiert. So ist die Relevanz der instrumentellen Werte in der ENP v.a. vom Verhalten Syriens abhängig.

6.1. DIE WAHLRECHTSREFORM IM LIBANON

Das libanesische Wahlrecht ist Ausdruck und Stützpfeiler der konfessionellen Proporzdemokratie im Land und gleichzeitig Garant für die Erhaltung der Macht der etablierten Eliten. Die 128 Parlamentssitze werden nach Konfessionen vergeben. 50% fallen an christliche, 50% an muslimische Parlamentarier (vgl. IFES 2009;1). Zwar sind die Wähler selbst nicht an die konfessionellen Grenzen gebunden, die Spezifika des libanesischen Wahlrechts zeichnen aber dafür verantwortlich, dass die Wählerstimmen de facto innerhalb der eigenen konfessionellen Grenzen verbleiben. Im Libanon gibt es keine einheitlichen staatlichen Stimmzettel, diese werden vielmehr von den Kandidaten

selbst gefertigt, was den politischen Parteien und v.a. den etablierten Eliten maßgebliche Macht über die Lenkung der Wählerströme gibt (vgl. Berti 2009;o.A.).

„This seemingly innocuous innovation is a critical enabler for rampant vote buying and intimidation of constituents. Political coalitions distribute their own specially tailored ballots to clients and supporters, using different colors, dimensions, and fonts for different voting blocs (e.g. particular villages and families) so that their poll monitors can trace where votes are coming from when ballots are counted. This greatly compromises the secrecy of the vote, makes it easy to ensure that the money invested in buying votes does not go to waste, and strengthens the power of local political bosses by making the "services" they provide to candidates verifiable.“ (Berti 2009;o.A.)

Auf einer dieser von den Parteien selbst vorgefertigten Listen aufzuscheinen, ist unabdingbar, um die Chance auf einen Platz im Parlament zu behalten. Viele dieser Listen enthalten lediglich Politiker einer Partei bzw. Koalitionsparteien. In multikonfessionellen Wahlbezirken allerdings werden diese Listen oft weniger anhand ideologischer, sondern anhand strategischer Standpunkte zusammengestellt. So kann eine Wahlliste Politiker ideologisch, konfessionell und politisch rivalisierender Parteien auflisten, falls sie die Chancen dieser Kandidaten verbessern, ins Parlament gewählt zu werden (vgl. IFES 2009;4).

Die individuellen Stimmzettel, der konfessionelle Charakter des politischen Systems, die starke Verankerung des Patronage-Systems und der Unwille der Eliten das System, und damit ihren sicheren Machterhalt, aufzugeben (vgl. Berti 2009;o.A.), machen eine Wahlrechtsreform zu einem politisch sehr sensiblen Thema und gleichzeitig zur Grundlage des Reformprozesses im Libanon.

Das Abkommen von Ta'if, das den Bürgerkrieg 1989 beendete, sah vor, dieses System zu ent-konfessionalisieren (vgl. al-bab 2009;o.A.). Die Zeit der syrischen Besetzung, die darauf folgenden Unruhen und die Krise von 2008 haben das konfessionelle Konkordanz-System jedoch in die Nachkriegszeit einzementiert. Die Machtpolitik der konfessionellen Führer, bzw. ehemaligen warlords wie beispielsweise, Michel Aoun (FPM), Saad al-Haariri (Future Movement) und Walid Jumblatt (PSP), zeichnet dafür

verantwortlich (vgl. Berti;o.A.). Die Machtverteilungsmechanismen nach Ta'if⁵³ wurden entwickelt um sicherzustellen, dass keine Gemeinschaft mehr Macht oder Einfluss auf die Vergabe staatlicher Ressourcen erlangen kann als eine andere. Somit wurden v.a. die Interessen der Eliten der verschiedenen Gemeinschaften gewahrt. Ursprünglich sollte dieses System den Staat stärken, de facto blockierte es aber institutionelle Reformen und unterwanderte inter-konfessionelle Kooperation und Politik (vgl. Geukjian 2008;137).

Nachdem die Pax Syriana 2005 mit dem Abzug der syrischen Truppen beendet wurde, wurde im Lichte der Zedernrevolution die Diskussion über die Reform des politischen Systems wieder aufgenommen. Eine Election Observation Mission (EOM) der EU im Jahr 2005 zeigte die fundamentalen Problematiken des libanesischen Demokratiemodells auf.

„Traditionally, elections in Lebanon are not meant to delineate a framework for competing political parties, governmental programs or public policies. They are not directly meant to produce a governing majority in Parliament, or to determine which party or political group will participate in government or join the opposition. Their primary function is to ensure the participation of the elites and the representation of the country's regions, confessions and political families, through a specific system of seat allotment, which actually limits political competition and confines it within each confession.“ (EU-EOM 2005;14)

Wahlen dienen auf nationaler Ebene also dem Zweck, den Zugang der Eliten zu den Staatsressourcen sicherzustellen (vgl. Geukjian 2008;137). Die enge Verstrebung interner und externer Interessen und Politiken im Libanon bedingt darüber hinaus, dass umwälzende innenpolitische Entscheidungen, wie etwa eine Wahlrechtsreform, de facto nicht ohne Druck von außen möglich sind.

„The attempt of the Lebanese leaders failed probably because a third external party actor (or coalition of actors) did not intervene to apply pressure and offer incentives to push the internal parties to cooperation“ (vgl. Geukjian 2008;152)

⁵³ Das Taif Abkommen sieht lediglich eine Übergangsphase vor, in der die Parlamentssitze proportional auf die religiösen Gemeinschaften aufgeteilt werden sollen (vgl. al-bab 2009;o.A.).

Auf regionaler Ebene stellen die Segmentierung der Gesellschaft in ihre konfessionellen Einzelteile und der Machterhalt der verfeindeten Eliten traditionell eine Quelle für ausländische Intervention dar (Picard 1996;10). Die Konsolidierung eines überkonfessionellen demokratischen Systems und die Implementierung von Mechanismen, die eine geheime und freie Wahl ermöglichen, haben also auf regionaler Ebene keine Priorität. Folge dessen brachte die Wahlrechtsreform, die im Doha Abkommen beschlossen⁵⁴ wurde, nur sehr geringfügige Änderungen, die das konfessionelle Proporzsystem an sich nicht berührten. So wurden in der Wahlrechtsreform von 2008 de facto nur die Grenzen der Wahlbezirke neu definiert. Seit Dekaden war die Änderung der Wahlbezirksgrenzen ein beliebtes Mittel der Wahlmanipulation (vgl. Berti 2009;o.A.). 2008 wurden sie, bis auf wenige Ausnahmen, auf die administrativen Grenzen der „qadas“, der libanesischen Bezirke zurückversetzt. Als Basis für die Aufteilung gilt das Wahlrecht von 1960 (vgl. IFES 2009;2). Diese de facto Rücknahme früherer Reformen sollte die offensichtlichsten Spuren der Wahlmanipulation unter der syrischen Herrschaft beseitigen. Weitreichendere Reformvorschläge, wie z.B. ein gemischtes Wahlsystem, etc., die die Macht der traditionellen Eliten beschneiden würden, wurden jedoch in der parlamentarischen Debatte abgelehnt (vgl. Berti 2009;o.A.).

„The introduction of proportional representation would work to the advantage of nonconfessional groups that don't have enough support within any one confessional group to win election. The Communist party, for example, is very influential in Lebanese intellectual life, but has never won a seat in parliament.“
(Berti 2009;o.A.)

Die schlichte Anpassung der Wahlbezirke an administrative Grenzen, und damit einhergehend auch die konfessionelle Homogenisierung der Wahlbezirke führte zwar dazu, dass die Parlamentssitzverteilung innerhalb des Proporzsystems einigermaßen fairer und proportionaler zwischen den Konfessionen aufgeteilt wurde, verschärfte aber auch die konfessionelle Segmentierung der Gesellschaft. Nun ist es nicht mehr notwendig außerhalb der eigenen Gemeinschaft um Wählerstimmen zu werben, was der

⁵⁴ Das Doha Abkommen beendete die politische Krise im Libanon zwischen 2006 und 2008 und ist Zeichen eines politischen Paradigmenwechsels im Land und der Region. Vgl. Kapitel V

konfessionellen Dynamik weiter an Stärke verleiht (vgl. Berti 2009;o.A.). Die Wahlrechtsreform von 2008 war de facto also eine Umkehrung der Ziele des Ta'if Abkommens. Statt einer de-Konfessionalisierung des politischen Systems wurden die Grenzen zwischen den verschiedenen religiösen Gemeinschaften noch tiefer in das Wahlrecht eingeprägt. Interessant ist die Reaktion der EU Kommission auf die Wahlrechtsreform.

„In the area of electoral reform some progress was made. The electoral framework was revised in view of the next parliamentary elections, scheduled to take place on 7 June 2009. The legislation adopted in September 2008 is based on the 1960 electoral law. While the new law introduced some improvements (i.e. creation of a quasi-independent body to supervise campaign financing and the media, voting in one day, abolition of voter cards and use of indelible ink to mark voters' hands), several important amendments proposed by the National Commission on electoral law headed by ex-Minister Fouad Boutros and recommended by the 2005 EU Election Observation Mission, were not retained (inter alia pre-printed ballot papers, creation of an independent electoral commission, women representation, lowering of the voting age to 18 years or allowing Lebanese citizens living abroad to vote).“ (EC 2009a;3)

Es fällt auf, dass die Problematik des konfessionellen Wahlsystems bzw. die weitere Festschreibung der Spaltung der Gesellschaft nach konfessionellen Grenzen hier keine explizite Erwähnung findet. Obwohl die Election Observation Mission 2009 in ihrem Abschlussbericht auf die Gefahren hinweist, die dadurch für einen fairen und demokratischen Wettbewerb entstehen (vgl. EOM 2009;5). Bereits 2005 schlug die EOM Änderungen vor, die den konfessionellen Charakter der Wahlen im Libanon reduzieren würden.

„It is widely recognised in Lebanon that the system of political representation and the election framework need to be overhauled. The Taif Agreement and the Constitution foresee reforms which would reduce the role played by confessions.“ (EOM 2005;7)

Der Aktionsplan von 2007 sieht vor, die Empfehlungen der EOM in der anstehenden Wahlrechtsreform im Libanon zu beachten (vgl. EC 2007a;5). Auch im Fortschrittsbericht für das Jahr 2007 ist noch von einem „fundamental overhaul of Lebanon’s electoral legislation“ (EC 2008;3) die Rede. Im Fortschrittsbericht für das Jahr 2008 allerdings werden die sehr marginalen Änderungen im Wahlrecht begrüßt und als Erfolg gefeiert, obwohl die wichtigen Reformvorschläge, sowohl der libanesischen Boutros Kommission, also auch der EU EOM, nicht umgesetzt wurden (vgl. EC 2009a;3). In der EU Rhetorik wird v.a. die Unterstützung der libanesischen Behörden durch die EU-EOM und finanzielle Zuschüsse hervorgehoben (vgl. 2009a;3). Dies kann u.a. auf den oben bereits erwähnten Pragmatismus in der ENP Libanon zurückgeführt werden. Die mit der EU verbündeten Eliten haben kein Interesse an einer Reform des Wahlsystems. Die EU hat in dieser Angelegenheit wenig politische Macht auf die Regierung und die externen Akteure und konzentriert ihre Mittel aus diesem Grund darauf, den formal korrekten Ablauf der Wahl zu beobachten.

6.2. PARLAMENTSWAHLEN, ERGEBNIS UND AUSWIRKUNGEN – KONSOLIDIERUNG DER SYRISCHEN MACHT

Die Parlamentswahlen 2009 schließlich bestätigten die Mehrheit der Kräfte des 14.März, die auch schon die Wahlen 2005 gewonnen haben. Dennoch, eine Machtverschiebung, die im Abkommen von Doha ihren Ausgangspunkt gefunden hat, wird auch im Wahlergebnis deutlich. So haben die Kräfte des 14.März nur aufgrund des Mehrheitswahlrechts gewonnen, nach Stimmen gezählt liegen jedoch die Kräfte des 8.März vorne (Gambill 2009a;o.A.).

Auch wenn die Machtverschiebung also außerhalb des parlamentarischen Rahmens stattfand, führte sie zu großen funktionalen Problemen für die Kräfte des 14.März. Zeichen dafür war beispielsweise, dass es Saad al-Hariri, dem designierten Premierminister der Kräfte des 14.März, fünf Monate lang nicht gelang eine neue Regierung der nationalen Einheit zu bilden. Erst durch saudisch-syrischen Druck einigten sich die rivalisierenden politischen Kräfte (vgl. Muhanna 2009;o.A.).

Die Popularität der Hizbullah und ihr nach Stimmen gezählter Wahlerfolg erlaubte es ihr, die Rolle einer reinen Oppositionspartei zu überwinden. Es war ihr Druck, der dazu führte, dass Wahlsieger Saad al-Hariri sich gezwungen sah, eine Regierung der

nationalen Einheit zu bilden, obwohl er laut Verfassung lediglich dazu verpflichtet war, die konfessionelle Balance einzuhalten (vgl. Berti 2010;196).

Die Zusammenarbeit der libanesischen Parteien ist direkte Konsequenz der gegenseitigen Akzeptanz der beiden regionalen Mächte in der Region, Syrien und Saudi Arabien bzw. deren Einfluss im Libanon. Es scheint, als hätte sich das Verhältnis der pre-Doha Zeit umgekehrt. Nun werden die libanesischen Partner nicht mehr dazu instrumentalisiert, die eigene Vorherrschaft in der Region zu festigen, bzw. Konflikte in Stellvertretermanier auszutragen, sondern werden dazu gedrängt, den regionalen Frieden auf die nationale Ebene zu übertragen, um die Beziehung der beiden „Schutzmächte“ nicht zu gefährden (vgl. Khashan 2011;69).

Vor allem der Anerkennung der syrischen Dominanz durch Saudi Arabien (vgl. ebd.) ist die zunehmende Erosion der beiden politischen Blöcke im Libanon gezollt. Die Kräfte des 14.März verlieren an Einfluss, da Saudi Arabien seine absolute Unterstützung aufgab, um die guten Beziehungen zu Syrien nicht zu gefährden. Die eindeutige politische Zuordnung im anti-syrischen Lager ging also immer stärker mit einem Machtverlust einher. Der erste, der dies für sich nutzte, war der Drusenführer Walid Jumblatt. Er verließ die Kräfte des 14.März und näherte sich wieder Syrien an, was ein erstes Anzeichen für den demokratischen Legitimitätsverlust der Kräfte des 14.März war, der noch folgen sollte.

„Jumblatt’s apology to Syria [aufgrund seiner Anschuldigungen Syrien sei in den Hariri Mord verwickelt *Anm.*] and the about-face of his political course sent a sobering but unmistakable message to Hariri who had failed to form a cabinet until Saudi Arabia’s King Abdullah interceded on his behalf with Assad. It was only after Hariri received an official invitation to visit Damascus, five months after his March 14 Coalition had won a clear parliamentary majority, that the opposition agreed to join his cabinet in November 2009. Even then, the Saudis continued to put pressure on Hariri to accommodate the Syrian demands, claiming that there were clear limits to their influence and that both Riyadh and Beirut must accept a greater role for Damascus in the affairs of its smaller neighbor.“ (vgl. Khashan 2011;69)

Die neue Regierung wich in ihrer Struktur von der post-Doha Regierung ab. Die Sperrminorität für die Opposition fiel weg. Auf diese Weise sollte die Blockade des

Parlaments – die im Zuge der Krise von 2006 – 2008 das politische Leben zum Stillstand kommen ließ - vermieden werden (vgl. IFES 2009a;1.). Nichts desto trotz blieben die Spannungen im politischen System erhalten. Richtungsweisende Vorhaben hatten noch immer das Potential, die Regierung der Nationalen Einheit zu sprengen.

6.3. DAS SPECIAL TRIBUNAL FOR LEBANON UND DIE EWIGE FRAGE NACH DER AUßENPOLITISCHEN AUSRICHTUNG DES LEBANON

Deutlich wird das Potential des Libanon als internes Pulverfass v.a. im Rahmen des nationalen Diskurses um das Special Tribunal for Lebanon (STL). Schon seit seiner Gründung bzw. seit die UNIIIC aktiv den Mord an Rafik Hariri zu untersuchen begann, wurde das STL zum politischen Symbol des Konflikts um die nationale Ausrichtung des Staates. Pro- und anti-syrische Kräfte nutzten das Tribunal als Reibungsfläche des Interpretationskampfes um die Definition des libanesischen Staates.

Interessant ist, dass sich parallel zur Rehabilitation Syriens in der internationalen Gemeinschaft auch das Täterprofil des STL verändert hat.

Wie weiter oben bereits festgestellt wurde, sind auch Texte bzw. Beschlüsse der internationalen Staatengemeinschaft von unterschiedlichen Konzepten und Anschauungen konstruiert. Daraus entsteht ein dominanter Diskurs, der das Handeln der internationalen Gemeinschaft, bzw. der in dieser Angelegenheit aktiven Staaten, leitet. Der „powerful discourse“ war darauf ausgerichtet, Syrien und die Hizbullah mit globalem Terrorismus in Verbindung zu bringen (Makdisi 2011;6). Auch das STL wurde im Lichte dieses Diskurses geboren, der Syrien eindeutig in den Mittelpunkt der Geschehnisse im Libanon stellte. Der Diskurs hat sich jedoch seit 2009 v.a. in Hinblick auf die Rolle Syriens massiv verändert.

Während noch unmittelbar nach dem Mord an al-Hariri die Welt und auch ein Großteil der libanesischen Bevölkerung von der Schuld Syriens am Anschlag auf Hariri überzeugt war, und sich die Lesart der Geschehnisse auch in den Berichten der Untersuchungskommission wiederfanden (vgl. Khashan 2011;66f.), änderte sich dieser dominante Diskurs im Laufe der Jahre, und eine komplexere Sichtweisen trat in den Vordergrund.

„The answer to the question, “Who killed Hariri?” seemed obvious. Yet over time, as investigations progressed, there was a shift in the focus of most

accusations and Syria was no longer on top of the list of likely culprits. Since then the search for the conspiracy behind the murder Hariri has made clear that there is a price to be paid to unravel and accept the truth. It is not certain that Lebanon can pay that price without falling back into civil war. The truth could even destabilize the whole Near East.“ (Kassis 2010;4)

Es war klar, dass v.a. während des inner-libanesischen Konflikts, der regionalen Kräften als Austragungsort ihrer Feindseligkeiten diene, der Syrien Konnex des Mordes an al-Hariri besonderen Sprengstoff bot. Im Jahr 2009 stellte sich jedoch heraus, dass viele Beweise, die auf eine Täterschaft Syriens hindeuteten, gefälscht waren. Die Aussagen, der von der UNIIIC

vernommen Zeugen, die zur Inhaftierung vier hochrangiger mit Syrien assoziierten libanesischen Militärs geführt hat, waren falsch. Saad al-Hariri, Sohn des ermordeten Rafiq al-Hariri und Parteichef des Future Movements, musste daraufhin zugeben, dass seine Anschuldigungen gegenüber Syrien politisch motiviert waren (vgl. Leukefeld 2010a:o.A.). Spannungen zwischen den politischen Blöcken im Libanon drohten 2010 wieder zu eskalieren, nachdem das STL Anklageschriften gegen vier Mitglieder der Hizbullah erhoben hatte (vgl. Khashan 2011;66).

Für die Kräfte des 14.März ist dies zwar Druckmittel gegen die Hizbullah und ihre Kräfte des 8.März, jedoch erlauben die Machtverhältnisse im Libanon den Kräften des 14.März nicht dies für sich einzusetzen. Saudischer Druck auf die Kräfte des 14.März, die hegemoniale Stellung Syriens im Libanon zu akzeptieren, um den regionalen Frieden nicht zu gefährden – und Syrien in die anti-iranische Front zu integrieren - (vgl. Kahwaji 2010;o.A.) brachten die Kräfte des 14.März in eine schwierige Lage.

„Senior members of the U.S.-backed Lebanese political bloc known as March 14 Forces, feel strong frustration and vulnerability as they see their regional allies, Saudi Arabia and Egypt, stand helpless in front of a multi-front onslaught by Syria and Iran and their allies in Lebanon led by Hizbullah. Efforts by Riyadh to make up with Damascus and improve relations between Prime Minister Saad Hariri and the Syrian regime seem to have fell short of target and subsequently weakened Hariri and his political bloc.“ (Kahwaji 2010;o.A.)

Zum einen war das STL und dessen Legitimität einer der Kernpunkte ihres politischen Kampfes und Instrument gegen die Übermacht Syriens und der Hizbullah. Andererseits wird nun durch den Druck Saudi Arabiens auf al-Hariri und seine Verbündeten, die Interessen Syriens zu wahren, klar, dass die Unterstützung des STL mit einem völligen Machtverlust der Kräfte des 14.März einhergehen würde. Vor allem nachdem die Hizbullah ins Zentrum der Tätersuche geraten ist, wurde das STL auch für die Kräfte des 14.März zur Bürde.

“The ongoing activity for laying the crisis to rest thus centers on finding a formula that will satisfy Hezbollah while allowing the Future Trend and Hariri to save face.” (Khashan 2011;71)

Im Kontext des STL wird auch klar, dass der Verlust der Relevanz des Libanon für die saudisch-syrischen Beziehungen nicht nur den Aktionsradius der Kräfte des 14.März stark einschränkt, sondern auch für die Kräfte des 8.März Konsequenzen nach sich ziehen. So ist die schrittweise Entlastung Syriens im Laufe der Untersuchungen verbunden mit wachsendem Druck auf die Hizbullah selbst, die nun nicht mehr nur als verlängerter Arm der syrisch-saudischen Achse betrachtet wird.

„Indeed, Damascus concerns about STL indictments seem to have all but dissapeared, feeling as it does that the Hariri assassination case has been substantially downsized. This has in turn left Hezbollah’s leader Hassan Nasrallah worried that Assad might let him ,face the tsunami of the special tribunal for Lebanon on his own‘“ (Khashan 2011;70)

Dies verschärft die innenpolitischen Spannungen zunehmend, und wie sich in weiterer Folge zeigen wird⁵⁵, werden auch die Vermittlungsversuche Saudi Arabiens die Eskalation nicht verhindern können.

Der Verlust der Glaubwürdigkeit des STL, bzw. die Zweifel an den Untersuchungsergebnissen der UNIIC korrelierten interessanterweise also mit dem Machtverlust der Kräfte des 14.März und ihren Verbündeten im Libanon.

⁵⁵ Vgl. Kapitel VI, 6.5.

Der politische Diskurs im Land ist dennoch immer noch stark an die Geschehnisse rund um das STL gebunden (Khashan 2011;70), was das Tribunal nun zunehmend zu einem Problem macht, auch für seine Befürworter. Im Lichte der Annäherung der EU an Syrien gilt es auch für die EU eine Lösung zu finden, die es ihr erlaubt, Syriens Forderungen zu akzeptieren und gleichzeitig ihr Gesicht zu wahren. Das STL verdeutlicht auch die Feedbackschleife in der ENP-Libanon zwischen der EU und den Kräften des 14.März. Auf allen vier Analyseebenen wird deutlich, dass das Special Tribunal for Lebanon und die Dynamik, die dieses Tribunal kreiert, die EU unter Zugzwang bringen und sie daran hindern, sowohl ihre strategischen Interessen zu schützen, als auch ihre normativen Werte in der ENP im Libanon durchzusetzen.

Die EU drängt seit der Gründung des STL auf dessen vollständige Implementierung und drängt den Libanon dazu, das Tribunal so gut wie möglich zu unterstützen. Dies ist neben der übergeordneten Priorität der EU Sicherheitspolitik und der engen Verknüpfung der ENP- Libanon mit der EU-Syrien Beziehung, die dritte Konstante der ENP.

Im Untersuchungszeitraum 2006-2011 wird deutlich, dass nicht nur die libanesischen und regionalen Akteure, sondern auch westliche Staaten ihre Perzeption des Tribunals verändert haben.

„Leaders and supporters of the March 14 Forces find themselves today in a very tough position and worried about the future. They feel their international allies have failed them. For one, the international tribunal’s image and reputation is in doubt today. For four years the Syrian regime was presented as the prime suspect in Hariri’s assassination. However, after French-led efforts to end Syria’s isolation imposed (between 2004-2008) by the U.S. Administration of George W. Bush, talk about Damascus’ responsibility of the murder halted, Syria’s isolation ended and accusations shifted towards Hizbullah, which is Iran’s strongest ally in the Arab world.“ (Kahwaji 2010;o.A.)

Das STL wird also nun nicht mehr – wie zur Zeit seiner Gründung – gebraucht, um Syrien mit internationalem Terrorismus in Verbindung zu bringen, sondern um den Iran, gemeinsam mit der Hizbullah, zu diffamieren.

Ein EU Ratsbeschluss aus dem Jahr 2007 macht noch den Konnex zwischen Syrien, dem STL und der Hizbullah deutlich. Die Souveränität des libanesischen Staates und

die Beendigung sämtlicher ausländischer Interventionen in die libanesische Politik wurden verlangt. Darüber hinaus wird die volle Unterstützung des Tribunals im Libanon selbst und anderen Akteuren verlangt. Syrien wird zwar nicht namentlich erwähnt, es besteht jedoch kein Zweifel, dass hier Syrien gemeint ist.

„The Council calls on all states and all parties to fully cooperate with the Special Tribunal for Lebanon established by UNSC Resolution 1757.“ (Rat der EU 2007a;2)

Interessant ist, dass das STL nach Mitte 2008 kaum noch Erwähnung in den Debatten und Aussendungen des Europäischen Parlaments findet. Erst durch den arabischen Frühling rückt es wieder in den Fokus des EP (vgl. EP 2011;o.A.). Diesmal steht aber nicht Syrien und die Einmischung externer Akteure bzw. die Beschuldigung jener Akteure am Attentat auf al-Hariri beteiligt gewesen zu sein im Mittelpunkt, sondern die Hizbullah und der innenpolitische Frieden im Land (vgl. ebd.). Dies ist, so scheint es, Zeichen eines sich verändernden „powerful dicourse“ zu Syrien und seiner Rolle im internationalen Terrorismus. Der nun nach innen gewandte libanesische Konflikt wird nicht mehr als Druckmittel gegen Syrien benutzt. Gute Beziehungen zu Syrien und die Rehabilitierung Damaskus‘ in der internationalen Gemeinschaft (vgl. Kahwaji 2010;o.A./Cavatorta 2011;3) – wohl im Hinblick auf den internationalen Konflikt mit dem Iran – bedingen, dass offene Kritik an Damaskus und Vermutungen über dessen Beteiligung an politischen Morden und Bombenattentaten nicht mehr getätigt wird.

Die Kommunikation zwischen den EU-Institutionen verdeutlicht dies. Die schriftliche Anfrage eines EU Parlamentariers an den Kommissar für Erweiterung und Nachbarschaftspolitik, Štefan Füle, um Auskunft über die Position der Kommission gegenüber der verheerenden Menschenrechtssituation in Syrien, beantwortete der Kommissar folgendermaßen:

„The EU regularly raises its concerns about human rights violations with the Syrian authorities and urges Syria to sign the draft EU-Syria Association Agreement. This will regulate our relationship in a number of areas and will include a dialogue on human rights. Human rights are an essential element of a comprehensive and coherent EU foreign policy.“ (EP 2010;o.A.)

Verglichen mit dem Verhalten der EU in der ersten Hälfte des Untersuchungszeitraumes, also von 2006 – 2008, wird deutlich, dass sich die Wirkungsketten umgedreht haben. Es scheint nun, als ob die Integration Syriens in das Euro-Mediterrane Governance System der Ausgangspunkt sei für Reformen in Syrien, für Druck, Menschenrechte durchzusetzen und für Verhandlungen. In der pre-Doha Zeit allerdings war die Zustimmung Syriens zu Reformen v.a. im demokratischen Bereich und bei den Menschenrechten Voraussetzung, überhaupt eine Partnerschaft einzugehen. Khashans Analyse, wonach es angesichts der Tatsache, dass Syrien im Land und in der Region die Übermacht hatte, gilt demnach nicht nur für die Kräfte des 14.März, sondern auch für die EU. Eine Lösung der Problematik rund um das STL wäre in diesem politischen Klima nur möglich gewesen, wenn die Kräfte des 8.März und damit auch Syrien von sich aus die Beziehung des offiziellen Libanons zum Special Tribunal for Lebanon definieren hätten können, während die Kräfte des 14.März und ihre Verbündeten ihr Gesicht wahren hätten können (vgl. Khashan 2011;71).

6.4. ZWISCHENFAZIT : PRAGMATISMUS UND KONSOLIDIERUNG DES STATUS QUO IN DER ENP

Die Konsolidierungsphase des post-Doha Regimes im Libanon verdeutlicht zum einen die Gültigkeit der bereits aufgestellten Thesen. Die EU-Syrien Beziehung, die Brisanz des Libanonkonflikts für die Regionalpolitik und die große Abhängigkeit der libanesischen Politiker vom Ausland definieren die Relevanz der instrumentellen Werte der ENP - Rechtstaatlichkeit, Demokratieförderung, Good Governance, etc. – und wie sie eingesetzt werden, um die Ziele der ENP zu erreichen.

Zwischen dem Doha Abkommen vom Mai 2008 und dem Sturz der Regierung al-Hariri 2011, die im folgenden Kapitel behandelt wird, bleibt der Konflikt zwischen den libanesischen Akteuren ein nationaler Konflikt. Der strategische Frieden zwischen Saudi Arabien und Syrien und die Annäherung der EU an Syrien führen dazu, dass sämtliche externe Beteiligten v.a. darauf bedacht sind, diesen nationalen Konflikt zu beruhigen und die Hegemonie Syriens nicht herauszufordern. Saudi Arabien übte in seinen Stabilisierungsversuchen u.a. auch direkten Druck auf die Kräfte des 14.März aus, die syrische Dominanz im politischen System des Libanon zu akzeptieren (vgl. Makhzoumi 2010;8).

Da die ENP-Libanon durch die spezifisch regional- und sicherheitspolitische Ausrichtung des Aktionsplans (vgl. Seeberg 2009;95) quasi auf den EU-Syrien Konflikt in den Jahren 2005-2008 zugeschnitten ist, berührt dieser regionalpolitische Paradigmenwechsel den Kern der EU-Libanon Beziehungen. Die Relevanz des politischen Dialogs, der auf die externen Komponenten des Libanonkonflikts ausgelegt war, sinkt drastisch. Der Druck der EU auf Syrien, und damit auch der Druck auf die Hizbullah, sinkt. Die EU muss sich im Rahmen der ENP-Libanon neu orientieren.

Syriens hegemoniale Stellung im Libanon wurde dadurch de facto akzeptiert, nicht nur von Saudi Arabien, sondern auch von der EU. Dies steht natürlich im Widerspruch zu den Zielen des Aktionsplans der ENP-Libanon, der die Souveränität des libanesischen Staats betont (vgl. EC 2007a;1).

Die Reaktion Javier Solanas, des ehemaligen hohen Repräsentanten der gemeinsamen Außenpolitik, auf die Bildung der Regierung Saad al-Hariri im Jahr 2009 lässt die ambivalente Rolle der EU erahnen. Er machte die quasi Akzeptanz der syrischen Hegemonie im Libanon deutlich, indem er die Regierungsbildung als Ergebnis detaillierter Verhandlungen zwischen den beteiligten Akteuren bezeichnete. Tatsächlich war die Bildung der Regierung nur möglich, nachdem Saad Hariri die hegemoniale Stellung Syriens im Libanon durch einen Besuch in Damaskus akzeptierte (vgl. Khashan 2011;69). Solana machte in seiner Stellungnahme dazu aber auch Kritik am Einfluss Syriens und Saudi Arabiens fest und unterstrich damit die Ambivalenz des EU Zugangs.

„I call once again on all parties concerned, in Lebanon, in the region and in the international community, to act constructively to recognise and ensure the sovereignty, independence and territorial integrity of Lebanon. Achieving this goal is crucial for the stability of the entire region" (EU@UN 2009;o.A.)

Genau in diesem Konnex zwischen Souveränität und Stabilität, den Solana zieht, liegt die Problematik und auch die Ambiguität zwischen kurzfristiger und langfristiger Stabilität begraben. Im Zeitraum 2008-2010 ist die Souveränität der libanesischen Akteure auf keinen Fall Garant für Frieden und Stabilität im Land. De facto war es nur durch die Vermittlung Saudi Arabiens bis jetzt möglich, die drohende Eskalation zwischen den beiden politischen Kräften zu verhindern (vgl. Khashan 2011;69). Geukjian stellte 2008 fest, dass nur der Druck externer Akteure konstruktive Kritik im

Libanon möglich macht(e) (vgl. Geukjian 2008;152). Bis zum Ausbruch des arabischen Frühlings, als sich die politische Landkarte des Nahen Ostens dramatisch änderte, war Stabilität im Libanon sehr stark an die Akzeptanz der syrischen Macht geknüpft.

Während zwischen 2005 und 2008 v.a. der Einfluss von außen bzw. der Einfluss externer Auseinandersetzungen auf die Akteure im Libanon selbst Konflikte hervorgebracht hat, bzw. diese begünstigt hat, sind es nun Konflikte im Libanon selbst, die Auslöser sein könnten für regionale Konfrontationen. Aus diesem Grund werden diese Konflikte von den beiden „Schutzmächten“ Syrien und Saudi Arabien unterdrückt.

Auch in der ENP ist eine normative Umkehrung der Wirkungsketten ersichtlich. Während bis Mitte 2008 Stabilität an das Ende des syrischen Einflusses gebunden war, ist es nun die Akzeptanz der syrischen Hegemonie, oder wie die EU sich ausdrückt die „Normalisierung der Beziehung zwischen dem Libanon und Syrien“ (EC 2009a;6), die die Stabilität, das Hauptziel der ENP-Libanon, erwirkt. Unter anderem darauf lässt sich der schon alleine quantitativ ersichtliche Relevanz-Verlust des politischen Dialogs in der ENP zurückführen. Zu starke Kritik am syrischen Vorgehen durch die EU würde die neuerdings amikalen Beziehungen zu Damaskus gefährden.

Konstant bleibt also zum einen der starke Syrien Konnex in der ENP-Libanon, ebenso wie der Primat der Stabilitäts- und Sicherheitspolitik. Konstant ist auch die starke Ausprägung des externen Faktors der ENP-Libanon, wobei diese deutlich entpolitisiert wurde.

Interessant ist, dass die transformative Macht der normative power EU - historisch konstruiert als hybrides, supranationales Gebilde mit einem außenpolitischen soft power Zugang – im Rahmen der ENP-Libanon de facto keine Wirkung zeigt. Vielmehr ist es die syrische Politik, die durch ihren traditionell westphälischen Zugang das politische System im Libanon beeinflusst. Die Regionalmacht Syrien hat also die Definitionsmacht über die Relevanz der instrumentellen Werte der EU. So erodieren die politischen Blöcke im Libanon nicht aufgrund der Vermittlung der EU bzw. der transformativen Macht des politischen Dialogs in der ENP, sondern aufgrund der Machtpolitik Syriens. Dies unterstützt die hier vertretene Hypothese, wonach die Relevanz der instrumentellen Werte der ENP, wie etwa Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Souveränität und Good Governance v.a. vom politischen (und wirtschaftlichen) Druckpotential der EU auf die Partnerländer bzw. die Partnerregion abhängt. Die Änderung des dominanten Diskurses rund um das STL beispielsweise zeigt, dass die

Macht Syriens in der Region ungleich größer ist als jene anderer Akteure, wie Saudi Arabien, der USA und auch der EU. Das bedeutet, die EU hat schon aus regionalpolitischen Implikationen heraus kaum Möglichkeiten ihre normative Politik anzuwenden.

So sind es v.a. die absoluten Werte der ENP – Stabilität, Prosperität und Sicherheit – die nun im Rahmen der ENP-Libanon verfolgt werden.

Die durchwegs positive Reaktion der EU auf die Wahlrechtsreform und das Fehlen jeglicher Kritik am konfessionellen Proporzsystem und seinen undemokratischen und oligarchischen Komponenten macht dies deutlich und unterstreicht auch eine neue Qualität des Pragmatismus in der ENP.

Die externe Komponente der ENP-Libanon ist also durch einen politischen Deal mit Syrien definiert, der die Hegemonie Syriens im Libanon akzeptiert, während die interne Komponente der ENP-Libanon von einem Deal mit den traditionellen Eliten geprägt ist. Das konfessionelle System ist v.a. ein Instrument der alten Eliten, ihre politische Macht zu sichern. Dies ist eine weitere Konstante der ENP-Libanon, die bereits im Aktionsplan anklingt.

Während Syrien den Handlungsspielraum der EU extern einschränkt, sind es die Kräfte des 14.März und die Kanalisierung der ENP-Politik durch deren politische Strukturen, die die EU im Libanon selbst in ihrer politischen Handlungsmacht limitieren. Die Bindung der EU an die Kräfte des 14.März kann, wie gesagt, u.a. dafür verantwortlich gemacht werden, dass sich die EU in einer Situation befindet, die ihr nicht erlaubt, mit der Gesamtheit des Politikspektrums im Libanon zu kooperieren, sondern nur mit den Kräften des 14.März. Der politische Dialog im Rahmen der ENP entwickelte sich entlang der Trennlinien der Gesellschaft und fügte sich selbst in die Kommunikations- und Entscheidungsmuster dieses Systems ein. Das bedeutet sie zog, ebenso wie die libanesische Gesellschaft, Syrien, Saudi Arabien und die USA, eine Grenze zwischen den Kräften des 14. März und den Kräften des 8.März. Dies hat zur Folge, dass EU Politik vom Kräfteverhältnis der beiden Blöcke abhängig wurde. Genauer, so scheint es, steigt und sinkt ihre potentielle Entscheidungsmacht mit der Macht ihrer Verbündeten, der Kräfte des 14.März. Der Dialog zwischen EU und der libanesischen Regierung bzw. Regierungsmehrheit in den Jahren 2006 bis 2008⁵⁶ und die Positionierung der EU auf Seiten der Kräfte des 14.März hat dies deutlich gemacht. Diese Politik, quasi entlang konfessioneller Grenzen, stellt an sich schon einen Widerspruch zum erklärten Ziel der

⁵⁶ Vgl. Kapitel IV

EU dar, den Libanon darin zu unterstützen, das Abkommen von Ta'if umzusetzen (vgl. EU 1994;o.A.). In diesem Abkommen ist auch die Ent-konfessionalisierung des politischen Systems festgeschrieben. (al-bab 2009;o.A.) Die EU ging also davon aus, dass langfristiger Frieden und Stabilität im Land nur durch die Überwindung der gesellschaftlichen Trennlinien zu erreichen ist, und vertieft durch ihre Entscheidung, sich an die Kräfte des 14.März zu binden, aber v.a. durch ihre skeptische Haltung gegenüber der mächtigen Hizbullah (vgl. Seeberg 2010;296) diese Grenzen auch in der Außenpolitik des Libanon mit der EU. Das Naheverhältnis Rafiq al-Hariris zu Chirac kann dafür Ausgangspunkt sein (vgl. Baroudi, Salamey 2011;402), ebenso wie der offensichtliche Zweifel der EU an der Demokratiefähigkeit islamistischer Bewegungen (vgl. Gräs 2006;o.A.).

Das bedeutet, die Dynamik in den Partnerländern hat kaum Einfluss auf die generelle Ausrichtung der ENP. Stabilität und Sicherheitspolitik sind die Grundpfeiler der ENP-Libanon. Die Sicherung der EU-Außengrenzen bzw. ökonomische Kooperation sind die wichtigsten Komponenten der ENP. Jedoch hat die Dynamik sehr wohl Auswirkungen auf die Mittel und Wege, die gewählt werden, um diese Ziele – in einem regionalen Kontext – zu erreichen. Während bis 2008 die ENP-Libanon, zumindest in außenpolitischer Hinsicht sehr reformwillig ausgeformt war, bzw. den Druck der EU auf Syrien widerspiegelte und Reformen der Beziehung zwischen Syrien und dem Libanon als Weg zu mehr Stabilität gesehen wurden, ist es nun die Beibehaltung des status quo, nicht nur in der Innen- sondern auch in der Außenpolitik des Libanon, die tonangebend ist in der Definition der EU-Libanon Beziehungen.

Die starke Betonung der Werte in der ENP, wie etwa Souveränität und Kontrolle über das eigene Staatsterritorium bzw. der Kampf gegen den Terrorismus waren also Anzeichen einer potentiellen Übermacht der EU gegenüber anderen Akteuren im regionalen Kontext. Sobald die EU diese zumindest potentielle Macht, Druck auszuüben, verlor, verlor auch die normative Sicherheitspolitik an Relevanz. Sobald aus regionalpolitischen Gründen die EU die potentielle Entscheidungsmacht zurückerlangt, können die instrumentellen Werte der ENP wieder an Relevanz gewinnen. Der politische Paradigmenwechsel im Rahmen des arabischen Frühlings könnte so eine Chance bieten.

Nicht nur der arabische Frühling, auch die hohe Eskalationsgefahr im Rahmen des Konflikts um das Special Tribunal for Lebanon machten aber deutlich, dass Stabilität im Rahmen des status quo keine Alternative zu längerfristigem Frieden und Stabilität durch

politische Reformen in der libanesischen Politik sein kann. Bereits vor dem Fall der Regierung al-Hariri im Jänner 2011 wurde klar, dass die gesellschaftliche Kluft zwischen den Kräften des 14.März und den Kräften des 8.März das Potential hat, den Druck Saudi Arabiens und Syriens auf die Stabilität im Land zu sprengen und den Libanon wieder in eine gesellschaftliche und politische Krise zu führen.

6.5. DER FALL DER REGIERUNG HARIRI – OFFENER SIEG DER OPPOSITION UND INSTABILITÄT

Während die Macht der Kräfte des 8.März im Libanon seit dem Abkommen von Doha unter der syrischen Patronage stetig wuchs, erodierte die Koalition der Kräfte des 14.März zunehmend. Auf regionaler Ebene schwur Saudi Arabien Saad al-Hariri und seine Koalitionspartner darauf ein, die Hegemonie Syriens im Libanon und der Region zu akzeptieren (Kahwahi 2010;o.A.). Auf nationaler Ebene zeigten sich Auflösungserscheinungen des auch vom Westen unterstützen Bündnisses. Walid Jumblatt und seine PSP verließen schon im Sommer die Koalition (Rowayheb 2011:62). Nachdem Saudi Arabien im Sommer 2010 seinen Versuch aufgab, einen Kompromiss zwischen den beiden parlamentarischen Blöcken im Libanon, das STL betreffend, zu finden, spitzte sich die Lage massiv zu. Obwohl Saad al-Hariri schon durch einen versöhnlichen, fast unterwürfigen Ton gegenüber Syrien, seine Einsicht kundtat, dass Politik gegen Syrien im gegenwärtigen Libanon nicht funktionieren kann, ließen die Anklageschriften des STL gegen Mitglieder der Hizbullah die Situation neuerlich eskalieren. In einem Ultimatum verlangte die Hizbullah, die offizielle Zusammenarbeit mit dem Tribunal abubrechen, sonst würden die Kräfte des 8.März die Konsequenzen ziehen und die Regierung stürzen (vgl. Kahwahi 2010;o.A.). Dieser Forderung konnte al-Hariri nicht nachgehen. Der Abbruch der Zusammenarbeit mit dem STL könnte auch die finanzielle und ökonomische Unterstützung für den Libanon aus dem (westlichen) Ausland beeinträchtigen (vgl. Kahwaji 2011;o.A.). Nach der Weigerung al-Hariris und dem Seitenwechsel einiger Abgeordneter, was zu einer parlamentarischen Mehrheit der Kräfte des 8.März führte, sah al-Hariri im Jänner 2011 seine Regierung mit dem Rücktritt 12 Oppositionsminister zusammenbrechen (Kahwaji 2011a;o.A.). Dem designierten neuen Premierminister Najib Mikati, selbst Überläufer aus dem Lager der Kräfte des 14.März, werden gute Kontakte nach Saudi Arabien und dem Westen nachgesagt, er gilt als Mann der Mitte. Auf supranationaler Ebene ist die neue

Entwicklung im Libanon v.a. für Saudi Arabien mit einem Einflussverlust verbunden, nichtsdestotrotz war das Königreich v.a. an einer stabilen Beziehung mit Syrien interessiert und ging sogar so weit, die wütenden Proteste der Kräfte des 14.März am Regierungssturz zu verurteilen (vgl. Kahwaji 2011a;o.A.).

Der Libanon, der traditionell ein hohes Maß an Entscheidungsträgheit an den Tag legt, wenn es darum geht, sich im Konflikt zwischen der syrisch-iranischen Achse und den westlich orientierten arabischen Staaten einzureihen, scheint sich durch die Neuausrichtung der Regierungsspitze weiter in Richtung Syrien und Iran zu bewegen. Problematisch ist dies für den Libanon v.a., weil die Entwicklungskooperation, Finanzhilfe und andere Formen der Unterstützung des Westens, Saudi Arabiens, der VAE etc. davon abhängen, dass der Libanon nicht völlig ins Lager des Iran und Syriens überläuft (vgl. Kahwaji 2011;o.A.). Nach dem Sturz der Regierung al-Hariri folgte ein fünf-monatiges Ringen um eine neue Regierung. Dies lag v.a. daran, dass es Mikati schwerfiel, die Kräfte des 8.März bzw. genauer die Hizbullah, davon zu überzeugen, dass nur eine Regierung der Mitte den weiteren Fluss externer Finanzmittel sicherstellen würde (vgl. Kahwaji 2011b;o.A.).

„Mikati realizes that such a government [pro-syrisch *Anm.*] would bring an end to international aid to the Lebanese economy and military, and could likely bring Lebanon under international sanctions, especially if the cabinet halts cooperation with the STL, as Hizbullah has been demanding. A number of ministers in the current caretaker Hariri government who are close to March 8 Forces, have rejected recent requests by the STL prosecutor, which was seen as a sign on things to come under Mikati.“(Kahwaji 2011b;o.A.)

Während die EU unter der Regierung Hariri de facto noch bereit war, den syrischen Einfluss zu akzeptieren, bedeutet die neue Regierung für sie einen enormen Machtverlust und auch die völlige Umkehrung der intendierten Feedbackschleife in der Region. Anstatt einer Transformation, die den Libanon – und in weiterer Folge auch Syrien – systemisch näher an die EU heranführen sollte, stellt sich heraus, dass Syrien seine Macht und sein politisches System exportiert. Die EU sieht also ihren Einfluss zunehmend wegschmelzen.

Die Akzeptanz der syrischen Hegemonie war quasi als Gegenleistung dafür gedacht, dass Syrien freie Politik im Libanon zuließ und sollte helfen, Syrien in die

internationale Gemeinschaft zu integrieren und weiter vom Iran wegzuführen (vgl. Rettmann 2009;o.A.). Durch den Verlust der Regierungsmehrheit der Kräfte des 14.März hat die EU ihren Einfluss auf die libanesische Regierung de facto verloren und damit auch den wenigen Einfluss auf die Stabilität im Land, den sie noch hatte.

“A senior EU diplomat stationed in the region told this website that there is little that EU structures can do to maintain the peace. „All we can do is to help strengthen the Hariri party economically and politically,“ the contact said” (vgl. Rettmann 2011;o.A.)

Cathrine Ashton veröffentlichte eine Stellungnahme zur Regierungskrise und unterstrich darin die Unterstützung der EU für die Regierung der nationalen Einheit. Ashton bezeichnete Stabilität und Dialog als essentiell, um auf solch eine Krise zu reagieren (vgl. Rat der EU 2011;o.A.). In ihrem Statement zur Angelobung Mikatis als Premierminister durch Präsident Suleiman, wird Ashtons Ton schon etwas schärfer. Sie forderte die Einhaltung sämtlicher internationaler Verpflichtungen, womit v.a. das STL gemeint war. Darüber hinaus wird ersichtlich, dass nun die gemeinsamen Werte des politischen Dialogs aus der Anfangsphase der ENP-Libanon in die Rhetorik der EU zurückgekehrt sind (Rat der EU 2011a;o.A.).

“All parties should cooperate in a spirit of dialogue. I want to assure the Lebanese population that the EU will continue to support a sovereign, independent, democratic and stable Lebanon.” (Rat der EU 2011a;o.A.)

Ab März 2011 vermischte sich das Unbehagen der EU über den enormen Einfluss Syriens im Libanon durch die Kräfte des 8.März in der Regierungsmehrheit auch mit der Tatsache, dass die massiven Menschenrechtsverletzungen durch das syrische Regime im Kontext des arabischen Frühlings nun nicht mehr ignoriert werden konnten. Im folgenden Kapitel wird der durch die Aufstände in der arabischen Welt hervorgerufene Paradigmenwechsel in der ENP und die damit einhergehenden Veränderungen in der Beziehung zu Syrien und zum Libanon näher beleuchtet. Deutlich wird, dass der Ton gegenüber Syrien aber auch gegenüber den Kräften des 8.März im Libanon merklich schärfer wird.

Nun stellt sich die EU bzw. der Rat der EU in seinen Erklärung direkt gegen die Linie der Hizbullah und die Kräfte des 8.März, indem sie die Legitimität des STL betont.

„The Council reaffirms its continuing commitment towards the Special Tribunal for Lebanon (STL) as an independent court, created by UNSC Resolution 1757 and following the highest judicial standards. The STL must continue its work without impediment and with the cooperation of the Lebanese government. Funding must be preserved. In this regard, the Council notes that the EU and individual Member States stand ready to provide further funding. At the same time the EU encourages others to contribute. (EC 2011b;1)

Die finanzielle Macht der EU und auch die Abhängigkeit des Libanon von europäischer Finanzhilfe wird in den Raum gestellt, die Konditionenpolitik offen angesprochen. Die normative Grundlage der EU-Libanon Beziehungen nähert sich wieder dem Stand von 2007 an. Die offensichtliche Wiederentdeckung der instrumentellen Werte kann aber eben nicht nur auf die Machtübernahme der Hizbullah und den damit noch stärker manifestierten Einfluss Syriens zurückgeführt werden. Die Anfänge des arabischen Frühlings in Tunesien und Ägypten haben die EU überrascht und leiten einen Paradigmenwechsel in der ENP Politik im Allgemeinen, aber auch in der ENP-Libanon ein, obwohl der Libanon selbst nicht von den Aufständen betroffen ist. Für die EU bedeutet die Re-Positionierung v.a. größeres Druckpotential gegenüber der neuen libanesischen Regierung und dem syrischen Regime. Dies zeigt noch einmal, dass die Relevanz der instrumentellen Werte stark von der potentiellen Macht der EU gegenüber dem Partnerland abhängt.

KAPITEL VII: DER ARABISCHE FRÜHLING IM LIBANON

“[...] Assad's supporters in Syria and Lebanon dismissed Hariri's claim to parenthood of the Arab uprisings (ridiculing the Cedar Revolution as the Gucci Revolution due to the presence of many high-heeled young women in the daily sit-ins following the February 2005 assassination of former Lebanese prime minister Rafiq Hariri)” (Khashan 2011a;26)

Im Dezember 2010 begann in Tunesien eine Protestbewegung, die nicht nur den autoritär regierenden Langzeitherrscher Zine el-Abidine Ben ‘Ali vertrieb, sondern auch eine regional übergreifende Revolte in der gesamten arabischen Welt auslöste. Aufstände brachen auch in anderen Ländern der MENA Region aus, u.a. in Ägypten, Libyen, Jemen und Bahrain. Auch in den palästinensischen Autonomiegebieten, in Saudi Arabien, Marokko, Algerien und Jordanien gab es Proteste. Im März 2011 schließlich erfasste die pan-arabische Protestbewegung Bashar al-Assads Syrien.

Obwohl die Transition vieler arabischer Länder erst am Anfang steht, werden die Auswirkungen auf die Beziehungen der EU zu den MENA Staaten im Rahmen des Euro-Mediterranen Governance Systems bereits deutlich. Dies gilt für die (normative) Ausrichtung des Euro-Mediterranen Governance Systems als Ganzes genauso, wie für die differenzierten Beziehungen zu den einzelnen Staaten im Rahmen der ENP (vgl. EC 2011b;1).

Auch die ENP-Libanon erfährt einen Paradigmenwechsel. Das, obwohl der Libanon bisher keine Massenproteste im Rahmen des arabischen Frühlings erlebt.⁵⁷ Trotz der geographischen und v.a. politischen Nähe des Libanon zu Syrien haben die Aufstände also nicht auf das kleine Land im Levante übergreifen. Die Gründe dafür sind im politischen System zu finden. Der Libanon ist eine Demokratie, was ihn kategorisch von den meisten anderen Ländern der MENA Region unterscheidet. Wie in dieser Analyse jedoch bereits herausgearbeitet wurde, ist auch diese stark unterwandert von oligarchischen Komponenten, die die Macht über die Staatsressourcen bei den traditionellen Eliten bündelt (vgl. Denoeux, Springborg 1998;168). Tatsächlich ausschlaggebend für die relative Ruhe im Kontext des arabischen Frühlings ist, dass das konfessionelle Patronage-System und die Struktur der Machtbalance zwischen den Eliten des Landes dem potentiellen Aufstand ein wichtiges Symbol entzieht; einen

⁵⁷ Stand Dezember 2011

gemeinsamen Feind (vgl. Khashan 2011a;29). Trotzdem zeigen sich Auswirkungen der gesamtarabischen Transformationsbewegung im Libanon.

In besonderer Weise wirken die Aufstände in Syrien auf den Libanon ein. Die Unterstützung der seit Juni 2011 regierenden Kräfte des 8.März für das Assad Regime und dessen Niederschlagung der Proteste hat große Teile der libanesischen Bevölkerung gegen die Regierung mobilisiert. Zunehmend wird deutlich, dass Premierminister Najib Mikati unter Zugzwang gerät (vgl. Harrer 2011;o.A.), die traditionell doppelte Identität des Libanon (Picard 1996;69) aufzulösen und klar Stellung zu beziehen im großen regionalen Konflikt, der das Land seit Jahren zu zerreißen droht.

Auch zu Zeiten des arabischen Frühlings ist der Konflikt zwischen dem Iran und Syrien auf der einen Seite und Saudi Arabien und dem Westen auf der anderen Seite dominant, mehr noch hat die Gewaltbereitschaft des Assad Regimes dazu geführt, dass die Kluft zwischen diesen Staaten größer denn je wurde. Mikati, der als Mann der Mitte gilt, wird sich in weiterer Folge tatsächlich zwischen den Fronten entscheiden müssen. Das bedeutet, der Libanon muss sich deutlich positionieren. Entweder auf Seiten Syriens und des Irans, was eine starke Verschlechterung der Beziehungen zum Westen und den Golfstaaten nach sich ziehen würde und damit wahrscheinlich auch die Einstellung finanzieller und ökonomischer Kooperations- und Entwicklungsprogramme. Oder, die Regierung der Mitte schafft es, die Hizbullah und die Kräfte des 8.März davon zu überzeugen, dass ein völliges Abdriften ins iranisch-syrische Lager den vollständigen Verlust der Unabhängigkeit, erhebliche finanzielle Schwierigkeiten und ein sicherheitspolitisches Risiko darstellen würde. (vgl. Kahwaji 2011,o.A.)

Wieder zeigt sich, dass Paradigmenwechsel in der libanesischen Politik einhergehen mit regionalpolitischen Machtverschiebungen (vgl. Geukjian 2008;135). Der Konflikt zwischen den politischen Blöcken im Libanon wird dadurch wieder regional relevant, was auch die EU Politik gegenüber dem Libanon massiv ändert.

Der arabische Frühling und v.a. die träge und ambivalente Reaktion der EU auf die Gewalt in vielen MENA Staaten, stürzte das Euro-Mediterrane Governance System in eine tiefe Legitimationskrise (Teti, Gervasio 2011;326). Die Aufstände in der arabischen Welt haben die EU vollkommen überrascht und vorgeführt, wie der halbherzig normative Zugang der ENP v.a. in autokratisch regierten MENA Staaten die Glaubwürdigkeit der EU als internationaler Akteur zerstörte.

„The overthrow of the Tunisian and Egyptian regimes has paid heed to the EU’s assumption that regional stability could be had on the cheap.” (Behr 2011;1)

In dieser Analyse wurde gezeigt, dass die normative Politik der ENP von vielen Faktoren und Akteuren beeinflusst werden kann. Die instrumentellen Werte im Euro-Mediterranen Governance System – Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Good Governance, marktwirtschaftliche Prinzipien, etc. - sind relativ beliebig einsetzbar und haben gegenüber kurzfristigen, aber schnelleren und, wie Behr es ausdrückt, „billigeren“ Strategien die primären Ziele Stabilität, Prosperität und Sicherheit zu erreichen, die Nachsicht. Der „billige“ top-down Zugang, d.h. der Fokus auf die politischen Eliten in den Partnerländern, ist offensichtlich gescheitert (vgl. Behr 2011;1). Tatsächlich findet Transition in den MENA-Staaten von der EU absolut unabhängig statt und ist Resultat steigenden sozioökonomischen Drucks in der Region selbst (vgl. Osman 2011;o.A.).

Die bisherige Implementierung der ENP wurde in weiterer Folge auch von der EU (Kommission) selbst öffentlich kritisiert. Vor allem das individuelle Handeln der Mitgliedsstaaten und die Untergrabung der gemeinsamen Außenpolitik werden an den Pranger gestellt. Der Zugang zur Region soll zukünftig geprägt sein von klaren Benchmarks, klaren Zielen und klaren Anreizen für die Partnerländer (vgl. EC 2011b;18ff.). Im Lichte des arabischen Frühlings fand also eine neuerliche Aufwertung des normativen Zugangs statt.

“But here much will depend on implementation. In the past, the EU’s financial allocations have more often been driven by national expediency than an objective assessment of reform achievements. Whether this will change under the new partnership and funding might be diverted from Algeria to Egypt or from Palestine to Tunisia, remains to be seen.” (vgl. Behr 2011;2)

Eine interne Grundsatzdiskussion darüber, ob der gewählte Zugang der EU (Kommission), konzeptuell oder in der Praxis per se zielführend ist, hat bis jetzt nicht eingesetzt.

In den neuen Referenzdokumenten zur ENP ist die Differenzierung des Zugangs ersichtlich. „More for more“ (vgl. Behr 2011;2), also eine Stärkung der positiven Konditionenpolitik, trifft hier auf die stärker hervorgehobenen negativen Konsequenzen

nicht eingehaltener Reformversprechen, d.h. Sanktionen. (vgl. EC 2011b;3) Darüber hinaus wird der starke top-down Ansatz relativiert und die Kooperation mit der Zivilgesellschaft aufgewertet.

„The EU will uphold its policy of curtailing relations with governments engaged in violations of human rights and democracy standards, including by making use of targeted sanctions and other policy measures. Where it takes such measures, it will not only uphold but strengthen further its support to civil society. In applying this more differentiated approach, the EU will keep channels of dialogue open with governments, civil society and other stakeholders. At the same time and in line with the principle of mutual accountability, the EU will ensure that its resources are used in support of the central objectives of the ENP.” (EC 2011b;3)

Das Strategiepapier „A new response to a changing Neighbourhood“ ist Ausdruck der Selbstkritik und des Eingeständnisses, dass der halbherzige normative Zugang und v.a. die Fokussierung auf wirtschaftliche Reformen die politischen Reformen vernachlässigt haben (EC 2011b;1).

Nichtsdestotrotz stellt sich die Union selbst ins Zentrum politischer Transition in der Nachbarschaft (vgl. EC 2011b;1f.), selbst wenn überdeutlich wurde, dass politische Reformen in der MENA Region vollkommen unabhängig von EU Programmen stattfanden und -finden.

„The ENP should be a policy of the Union with the Member States aligning their own bilateral efforts in support of its overall political objectives. Equally, the European Parliament has a central role to play in helping to deliver some of its central objectives. And beyond that, the ENP should serve as a catalyst for the wider international community to support democratic change and economic and social development in the region.” (EC 2011b;1f.)

Durch die Aufwertung des normativen Konzepts der ENP wird der Feedback Prozess zwischen der EU und den Partnerstaaten noch einmal deutlich. Zwar sieht sie sich selbst im Zentrum jeder politischen Transformation, sie erkennt jedoch an, dass EU-mitgliedsstaatliche, internationale, regionale und nationale Faktoren relevant für die

Implementierung der ENP sind. Feedback Effekte zwischen der Kommission, den Mitgliedsstaaten, der internationalen Gemeinschaft und den Partnerstaaten der ENP werden nun anerkannt und ins Konzept aufgenommen.

Zum einen reagierte die EU durch die konzeptuelle Aufwertung der „gemeinsamen Werte“ und der Konditionenpolitik auf den nationalen und regionalen Druck aus den MENA Staaten.

Autoritäre Regime beispielsweise werden nun als solche bezeichnet (vgl. EC 2011b;4). Zum anderen wird auch die Problematik der Inkohärenz zwischen der Politik der EU-Mitgliedsstaaten und der EU als Gemeinschaft angesprochen. Die Loyalität der EU-Mitgliedsstaaten und deren Bekenntnis zu den gemeinsamen Werten werden nun eindringlicher eingefordert.

„EU instruments and policies will be effective only if properly backed by Member States policies. Business as usual is no longer an option if we want to make our neighbourhood a safer place and protect our interests.“ (EC 2011b;5)

Auch der Konnex zwischen der internationalen Gemeinschaft, den EU-Mitgliedsstaaten und der EU wird angesprochen. Wie in dieser Analyse bereits gezeigt wurde, ist dieser Konnex v.a. für die Etablierung dominanter Diskurse zu bestimmten außenpolitischen Themen bzw. Akteuren verantwortlich (Makdisi 2011;5) und prägt somit nicht nur das Verhalten der internationalen Gemeinschaft als Ganzes, sondern auch das Verhalten der einzelnen Nationalstaaten. Künftig will die EU als Katalysator für die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für demokratischen Wandel, soziale und ökonomische Reformen dienen. (vgl. EC 2011b;1f.)

Der Beginn der Massenproteste gegen das Assad Regime in Syrien fiel zeitlich zusammen mit den extrem schwierigen und konfliktgeladenen Regierungsbildungsprozessen im Libanon. Schwierig waren sie v.a. deshalb, weil sich das regionale Bündnis zwischen Saudi Arabien und Syrien, das seit 2008 die Zusammenarbeit der libanesischen Akteure quasi erzwang, verschlechterte. Die tieferen Gräben zwischen den libanesischen Blöcken korrelierten also wieder einmal mit großen Spannungen zwischen den beiden regionalen Schutzmächten. (vgl. Kahwaji 2011b;o.A.).

Auf regionaler Ebene zeichnet sich ab, dass die seit Mitte 2008 neu entstandene Freundschaft zwischen Saudi Arabien und Syrien vor dem Hintergrund des arabischen Frühlings und der Situation im Libanon zu erodieren scheint. Vor den Unruhen versuchte Saudi Arabien gute Kontakte zu Damaskus zu unterhalten. Zum einen um die syrisch-iranische Achse zu schwächen, zum anderen um das investierte saudische Finanzkapital im Libanon vor etwaigen Destabilisierungsversuchen Syriens zu schützen. Noch im Sommer 2010 kulminieren diese Anstrengungen in einem gemeinsamen Besuch König Abdullahs und Bashar al-Assad im Libanon um einen Kompromiss im Konflikt um das STL auszuverhandeln, was scheiterte und schlussendlich zum Sturz der libanesischen Regierung und auch zum neuerlichen Bruch zwischen Saudi Arabien und Syrien führte (vgl. Harrer 2011a;o.A.). Die Beziehungen zwischen den beiden Regionalmächten zerbrachen also v.a., weil Syrien über die Kräfte des 8.März versuchte, die Macht im Libanon vollständig an sich zu reißen. Die offizielle Einladung des gestürzten Regierungschefs Saad al-Hariri nach Saudi Arabien machte deutlich, dass Riad weiterhin die Kräfte des 14.März unterstützen wird, nicht etwa den neuen Premier Mikati, dem ebenfalls gute Kontakte zu Saudi Arabien nachgesagt werden. Die Uneinigkeit der regionalen Mächte erschwerte die Regierungsbildung im Libanon also massiv (vgl. Kahwaji 2011b;o.A.).

Im Juni 2011 schließlich gelang es Mikati doch eine neue Regierung zu bilden, diese wurde von Syrien und dem Iran begrüßt, während westliche Staaten und die UN die neue Regierung v.a. dazu drängten, weiterhin den internationalen Verpflichtung des Libanon nachzukommen. 17 Minister der neuen Regierung werden von den Kräften des 8.März gestellt, die 13 übrigen Kabinettsmitglieder wurden von Walid Jumblatt, Präsident Suleiman und Premierminister Mikati direkt ernannt. Die Kräfte des 14.März boykottierten die Regierungsbildung (vgl. Leukefeld 2011b;o.A.). Die neue Regierung stellt keine Regierung der nationalen Einheit dar, da die Kräfte des 14.März nicht vertreten sind. Seit dem Sturz der Regierung al-Hariri im Jänner 2011 haben die beiden Blöcke ihre Zusammenarbeit aufgegeben. Das bedeutet u.a. auch, dass die Kräfte des 14.März ihre Toleranz und Verteidigung der Hizbullah als bewaffnete Miliz aufgaben. Die Machtaufteilung im Libanon ging zwischen 2005 und 2011 über den demokratischen Rahmen hinaus. Im Gegenzug dazu, dass die Kräfte des 14.März die exekutive Macht im Staat kontrollierten, tolerierten sie die Waffen der Hizbullah und ihren Staat im Staat. Der Sturz der Regierung al-Hariri hat diese Übereinkunft aufgelöst.

“Currently, the March 8 Forces have full control of the government and parliament and possess huge cache of arms. Now after the March 14 Forces moved to the opposition they no longer regard Hizbullah a resistance movement but rather an armed Shiite militia serving Iran and have demanded that Hizbullah give up its weapons arsenal.” (Kahwaji 2011;o.A.)

Die Zusammenarbeit der politischen Kontrahenten im Libanon wurde also aufgelöst, ebenso, wie die Zusammenarbeit Syriens und Saudi Arabiens. Im August berief Saudi Arabien seinen Botschafter aus Syrien ab (vgl. theguardian 2011;o.A.),

Auch die Beziehungen der EU zu Syrien kamen an einem Tiefpunkt an. Dies ist Resultat der enormen Menschenrechtsverletzungen des Assad Regimes und des Drucks, den der arabische Frühling auf die EU und ihren „force for good“ (Pace 2007;1045) Zugang erzeugt. Damit ähnelt die regionalpolitische Lage im Jahr 2011 jener des Jahres 2007 sehr stark, jenem Jahr, in dem die Beziehungen der EU mit dem Libanon im Rahmen der ENP begannen und in dem auch der Aktionsplan in Kraft trat. Die 27 EU Mitgliedsstaaten einigten sich im Lichte der großen Gewalt gegen die syrische Zivilbevölkerung auf ein gemeinsames Vorgehen.

„The EU is working with its international partners for a condemnation by the UN Security Council of the ongoing repression in Syria and to press the Syrian authorities to meet the legitimate aspirations of the Syrian people.“ (Rat der EU 2011c;o.A.)

Frankreich spielt eine Sonderrolle, zwar war Sarkozy zu Beginn der Unruhe eher zurückhaltend, änderte seine Politik jedoch schnell und führte EU-intern bald die Unterstützungsfront für die Protestbewegungen an. Die französische Führung des NATO Einsatzes in Libyen ist ein Beispiel hierfür (vgl. Echagüe, Michou, Mikail 2011;333).

Während der Libanon den Druck der internationalen Gemeinschaft nicht mitträgt – so enthielt sich die libanesische Vertretung im UN-Sicherheitsrat bei der Abstimmung über eine Resolution gegen die syrische Repression der Stimme -, zeigt sich die EU extrem enttäuscht über das russisch-chinesische Veto im Sicherheitsrat.

„The EU is deeply disappointed that the UN Security Council has not yet been able to adopt a resolution on the current developments in Syria even after months of ongoing brutal abuses by President Assad and his regime. The EU will continue to press for strong UN action to increase international pressure and urges all members of the Security Council to assume their responsibilities in relation to the situation in Syria. In addition, the EU will pursue efforts with regional partners, to address the situation in Syria.” (Rat der EU 2011d;2)

Die ersten EU Sanktionen gegen Syrien wurden am 9. Mai 2011, also knapp 2 Monate nachdem die Unruhen begannen, erlassen (vgl. Rat der EU 2011e;o.A.). Darüber hinaus trat ein Ölembargo gegen das ölexport-abhängige Syrien in Kraft, was die Wirtschaft des Landes wohl schwer treffen wird. Assad kündigte auf die Beschlüsse der EU hin an, sich wirtschaftlich stärker nach Osten zu orientieren (vgl. Boulter 2011;o.A.), er beendete also von sich aus die Kooperation mit der EU.

Am 13. November 2011 kündigte die Arabische Liga an die Mitgliedschaft Syriens zu suspendieren. Nur der Jemen und der Libanon stimmten gegen diesen Beschluss, was die schwierige Lage des Libanon in diesem Konflikt noch einmal verdeutlicht. Die Arabische Liga zeigt sich über die Situation in Syrien und v.a. den Umgang damit schwer gespalten. Nachdem die Liga eine Beobachterkommission ins Land geschickt hat, die jedoch das Blutvergießen in keiner Weise stoppen konnte, ist sie uneinig darüber, wie scharf nun gegen Syrien vorgegangen werden sollte. Deutlich wird dies vor allem in der Tatsache, dass die Beobachterkommission zwar um ein weiteres Monat verlängert wurde, jedoch Saudi Arabien, ein sehr mächtiges Mitglied der Liga, seine Beobachter aus Syrien abzog mit der Begründung, dass sich Damaskus an keinerlei Bedingungen gehalten hätte. Darüber hinaus sieht der Plan der Arabischen Liga lediglich eine nur teilweise und freiwillige Machtabgabe al-Assads vor (vgl. Aljazeera 2012;o.A.). Von der Verlängerung der Beobachtermission erhofft sich die Liga, so Gudrun Harrer, v.a. einen zeitlichen Aufschub einer endgültigen Entscheidung. Allen voran Saudi Arabien ist dafür die Gangart gegenüber Damaskus deutlich zu verschärfen. Andere Länder, wie etwa Ägypten und Tunesien sind dagegen. De facto ist die Entscheidungsfindung in der Arabischen Liga also blockiert während Syrien in einen Bürgerkrieg zu schlittert droht (vgl. Harrer 2012;o.A.).

Bereits seit dem Sturz der westlich orientierten Regierung al-Hariri hat sich die Skepsis der EU den Kräften des 8.März, sowie Syrien gegenüber wieder verstärkt geäußert. Dementsprechend hielten auch jene politischen Forderungen wieder Einzug in die EU Rhetorik, die den politischen Dialog von 2007 und 2008 prägten. Zur Regierungsbildung am 14. Juni 2011 unterstrich Cathrin Ashton die rechtsstaatlichen Forderungen im Rahmen der politischen Zusammenarbeit in einer Deutlichkeit, wie seit Mitte 2008 nicht mehr.

„The European Union expects the new government to uphold Lebanon's international obligations including with respect to the UNSC resolution 1701 and the Special Tribunal for Lebanon.” (Rat der EU 2011a;o.A.)

Auch ein Ratsbeschluss am 18. Juli wurde dem Libanon gewidmet und zeigt die Besorgnis der EU über die politischen Entwicklungen im Land. Institutionelle Reformen ebenso wie die problematischen Beziehungen zu Syrien sind Gegenstand dieses Beschlusses. Das Special Tribunal for Lebanon und die Forderung der EU an den Libanon, das Tribunal zu unterstützen, ebenso wie die neuerliche Einforderung der Umsetzung sämtlicher UN Resolutionen - 1559, 1680, 1701 und 1757 - sind Gegenstand dieses Ratsbeschlusses. (vgl. Rat der EU 2011f;1)

Dies zeigt zum einen, dass die externe Komponente der ENP-Libanon, also die Forderung nach der Souveränität und Unabhängigkeit des Staates, der Entwaffnung der Hizbullah und dem Ende der Interventionen externer Akteure, wieder im Fokus des politischen Dialogs steht. Zum anderen macht dieser Ratsbeschluss deutlich, dass die instrumentellen Werte der ENP – d.h. in diesem Fall Souveränität, Good Governance, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Verhältnisse – wieder an Relevanz in den EU-Libanon Beziehungen gewinnen. Stabilität und Sicherheit im Libanon werden im Rahmen der ENP also wieder an die Souveränität und Unabhängigkeit des Libanon, genauso wie an die Entwaffnung aller Milizen und den Primat demokratischer Entscheidungsmechanismen gebunden. Die Relevanz der instrumentellen Werte der ENP nähert sich also wieder dem Niveau von 2007 an.

Es scheint, als ob der Abbruch der Bemühungen, Syrien in das ENP System zu integrieren, den Versuch, den Einfluss Syriens im Libanon zu schwächen, wieder ins Zentrum der ENP gerückt hat. Tatsächlich sind die Beziehungen zwischen dem Libanon und Syrien innenpolitisch extrem spannungsgeladen. Wie bereits mehrmals in dieser

Analyse erörtert wurde, ist der Libanon für Syrien v.a. sicherheitspolitisch ein Garant für internen Frieden. Eine instabile sicherheitspolitische Lage im Libanon, kann die Legitimität des Assad Regimes in Syrien stärken und seinen hegemonialen Anspruch unterstreichen. Folgerichtig argumentiert Asrali, dass das unter Druck geratene Assad Regime nun alles tun wird, um den Libanon zu destabilisieren, bzw. die Verbündeten im Libanon an seiner Seite zu halten. Interessant ist die Einschätzung Asralis, dass die Hizbullah selbst nicht an einer Destabilisierung im Land interessiert ist, genauso wenig wie an einer militärischen Auseinandersetzung mit Israel. Die neu erlangte parlamentarische Mehrheit der von ihr stark dominierten Kräfte des 8.März und die Konsolidierung ihrer Regierungsverantwortung haben nun höchste Priorität, v.a. da sie großem innenpolitischen Widerstand gegenübersteht (vgl. Asrali 2011;o.A.).

Trotz der Ablehnung der Destabilisierungsversuche des Assad Regimes ist klar, dass v.a. das paramilitärische Überleben der Hizbullah von Waffenlieferungen aus dem Iran über Syrien abhängt. Das bedeutet, das Überleben des Assad Regimes ist von ungeheurer Wichtigkeit für die Hizbullah und die neu erlangte Qualität ihrer Macht. Nicht nur militärisch, auch politisch ist Syrien Garant für die Macht der Hizbullah. Syrien ist der Kopf der arabischen Widerstandsbewegung gegen Israel. Dieser Widerstand ist die Legitimationsgrundlage der Hizbullah, und der Verlust der Schutzmacht Syriens könnte die Hizbullah ihrer Daseinsberechtigung berauben (vgl. Slim 2011;o.A.).

„Should Bashar al Assad fail to rein in the protests quickly, they [Hizbullah Anm.] fear a protracted civil war that would engulf Syria, spill over into Lebanon, especially in the north, and destabilize other countries in the region, including Turkey. Above all, even more than the loss of military and financial supply lines, these Hezbollah leaders fear a mortal blow to the "Resistance Axis" which has been central to their place in the Middle East.“ (Slim 2011;o.A.)

Die Situation deutet darauf hin, dass der offizielle Libanon sich entscheiden muss zwischen der syrisch-iranischen Achse oder der finanziellen Unterstützung des Westens sowie anderer arabischer Staaten. Zurzeit scheint es, als ob der Libanon unter der Regierung Mikati und mit der Hizbullah und ihren Verbündeten in der Regierung sich für die iranisch-syrische Seite entschieden hätte. Der Libanon war bis zum 1.Dezember 2011 mit seinen Zahlungen an das Special Tribunal for Lebanon (STL) säumig (vgl.

Harrer 2011a;o.A.). Es sah so aus, als ob die Hizbullah Mikatis Strategie, den Libanon zwischen den Fronten zu halten, zu durchkreuzen versuchte. Erst am 1. Dezember 2011 überwies die libanesische Regierung den geforderten Betrag an das STL, was die EU als positives Zeichen deutete (vgl. ENPI Info Centre 2011b;o.A.). Die Hizbullah selbst hat ein vitales Interesse, das Tribunal zu Fall zu bringen, da sie selbst im Zentrum der Täterermittlung steht. Das STL steht auch nach dem Regierungswechsel in Beirut im Zentrum der Auseinandersetzungen. Die Kräfte des 14. März nutzten die Weigerung der Hizbullah, mit dem Tribunal zu kooperieren, um sie im Inland zu diskreditieren. Die Unterstützung der Hizbullah für das Assad Regime hat ihr darüber hinaus auch unter der schiitischen Bevölkerung ein Popularitätstief beschert (vgl. Harrer 2011;o.A.), gleichzeitig scheint der Konflikt in Syrien auf den Libanon überzugreifen. Schon mehren sich Berichte über verschleppte syrische Flüchtlinge im Libanon. In der sunnitischen Hochburg Tripoli sind bereits blutige alawitisch-sunnitische Auseinandersetzungen ausgebrochen. Zwischen den Anhängern Bashar al-Assads und Anhängern der Kräfte des 14.März (vgl. Asrali 2011;o.A.).

Der Besuch des Kommissars für Erweiterung und ENP, Štefan Füle, steht folge dessen ganz im Zeichen des Versuchs, den Libanon wieder stärker an das anti-syrische Lager zu binden. Füle erhöhte den Druck auf die libanesische Regierung, v.a. in Bezug auf die vollständige Anerkennung und Unterstützung des STL.

Die Regierung im Libanon steht in Anbetracht der schwierigen innenpolitischen Lage vor einer Zerreißprobe, bzw. halten viele Beobachter es nur noch für eine Frage der Zeit, bis Premierminister Mikati, der eine Politik der Mitte vertritt, zurücktritt und der Libanon in eine regierungslose Zeit stürzen könnte, in der der konfessionelle Kampf um die Ausrichtung des Staates wieder gewaltsam aufbrechen könnte (vgl. Harrer 2011a;o.A.).

Auf jeden Fall scheint die libanesische Innenpolitik für die gesamte Region wieder an Brisanz gewonnen zu haben. Dies erklärt auch das finanzielle Werben der EU um die Gunst der libanesischen Regierung.

„Füle referred to the revised European neighbourhood policy (ENP) that focuses on reforms and provides EU assistance and support based on the progress achieved in line with the principle "more for more". In this regard commissioner Füle discussed the new Action plan which is the basis for EU-Lebanon cooperation.” (ENPI Info Centre 2011;o.A.)

Die nächsten Monate werden zeigen, ob die EU mit ihrem Zugang Einfluss auf die Zukunft des Libanon haben wird. Beziehungsweise wird in den nächsten Monaten auch ersichtlich werden, in welche Richtung die wachsenden innergesellschaftlichen Spannungen durch die Destabilisierung aus dem Nachbarland das Land treibt. Zurzeit scheint dies vollkommen offen.

Besorgniserregend ist, dass die Kluft zwischen den Kräften des 14.März und den Kräften des 8.März seit dem Fall der Regierung al-Hariri wieder größer wurde. Die Gefahr gewalttätiger Auseinandersetzungen um die Regierungsführung steigt also an (vgl. Kahwaji 2011b;o.A.).

“The fight in Lebanon and for Lebanon is far from over. Besides, Lebanon is hard to rule by one political group, especially when the Arab Spring is sweeping the region.” (Kahwaji 2011;o.A.)

FAZIT

Im Rahmen dieser Analyse sollte am Beispiel der ENP-Libanon die Dichotomie zwischen der normativen Konzeption der Europäischen Nachbarschaftspolitik und ihrer –so scheint es - durch strategische und kurzfristig-sicherheitspolitische Interessen geleiteten Implementierung, aufgebrochen werden. Ziel war es, die externen Einflüsse auf die EU-Institutionen und ihre Politik der ENP aufzuzeigen und somit zu verdeutlichen, dass die EU (Kommission) nicht unilateral über die Qualität der Partnerschaft entscheiden kann, sondern die EU-Mitgliedsstaaten und die internationale Gemeinschaft, ebenso wie die regionale Dynamik des Nahen Ostens, und die Prozesse im Partnerstaat selbst auch die normative Grundlage der ENP mitbestimmen können. Anhand dieser vier, untereinander vernetzten Analysekategorien wurden die Feedbackschleifen der ENP-Libanon untersucht.

Diese Arbeit wurde also von der Hypothese geleitet, dass – entgegen dem Tenor in der Literatur – das Euro-Mediterrane Governance System mit der ENP im Zentrum nicht Ausdruck einer kategorischen Definitions- und Übermacht der EU gegenüber ihren Nachbarländern ist. Hier wurde die These aufgestellt, dass die EU-Mitgliedsstaaten, die internationale Gemeinschaft, die regionale Dynamik des Nahen Ostens und die Prozesse im Partnerstaat selbst durch ihre spezifischen Kanäle die Politik der EU-Institutionen massiv beeinflussen und lenken können.

In der theoretischen Einleitung zum Thema wurde die ENP im Euro-Mediterranen Governance System eingebettet. Darüber hinaus wurden die sogenannten „gemeinsamen Werte“ der EU – also Prosperität, Stabilität, Sicherheit, Demokratie, Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit, marktwirtschaftliche Prinzipien und nachhaltige Entwicklung vorgestellt und analysiert. Die wichtigste Erkenntnis daraus für den weiteren Verlauf der Analyse waren erstens, dass diese Werte kategorisch in primäre Werte – Prosperität, Stabilität und Sicherheit - und instrumentelle Werte - Demokratie, Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit, marktwirtschaftliche Prinzipien und nachhaltige Entwicklung – unterteilt werden können. Primäre Werte sind jene, die das ultimative Ziel der Politik darstellen. Die ENP an sich ist ein sicherheitspolitisches Programm, das die Stabilität, Prosperität und Sicherheit an den EU Grenzen sicherstellen sollte. Die instrumentellen Werte, auf der anderen Seite, stellen den von der EU konzipierten Weg zur Erreichung dieser Ziele dar. Durch Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, etc. sollen also die primären Ziele erreicht werden.

Zweitens wurde in der Literaturanalyse deutlich, dass diese Werte, die von der EU selbst als logisch aufeinander folgend konzipiert wurden, nicht unbedingt miteinander kohärent sind. So ist v.a. das Dilemma zwischen den primären Werten Stabilität und Sicherheit und den instrumentellen Werten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Kontext des Nahen Ostens deutlich ersichtlich.

In diesen beiden Aspekten – also in der hierarchischen Unterteilung der Werte in primäre und instrumentelle Werte und der partiellen Inkohärenz der Werte untereinander – liegt auch die Problematik des Programms begraben. Die Ambivalenz zwischen strategischem und normativem Zugang kann zum Teil auf diese konzeptionellen Unklarheiten zurückgeführt werden.

In weiterer Folge sollte sich noch zeigen, dass v.a. das Verhältnis zwischen primären und instrumentellen Werten im Euro-Mediterranen Governance System sehr stark an die Feedbackschleifen EU-externer Akteure mit der ENP gekoppelt ist.

Im Lichte eines diskursiven Konstruktivismus (vgl. Pace, Seeberg, Cavatorta 2009;5) wurde die Außenpolitik der EU in der MENA Region als System vorgestellt, das von innen wie von außen konstruiert und rekonstruiert wird. Die spezifische Form der Außenpolitik der EU, ihre transformative Macht und der soft power Ansatz bzw. die Relevanz dieser Konzepte ist sehr stark von äußeren Einflüssen auf das System abhängig.

Am Beispiel der Europäischen Nachbarschaftspolitik im Libanon wurden diese Thesen getestet. Zuerst musste festgestellt werden, dass die Relevanz der EU-Politik im Libanon und der Region äußerst gering ist. Die politische Definitions- und Lenkungsmacht der EU über die Geschicke des Libanon ist de facto nicht vorhanden. Auch im Rahmen dieser Arbeit wurde anderen Akteuren und ihrer Libanon-Politik gegenüber der EU viel Platz eingeräumt. Dies macht auch deutlich, dass die transformative Wirkung der EU und ihres normativen soft power Zugangs nur äußerst limitiert ist. Umgekehrt ließ sich im Laufe der Analyse feststellen, dass die Dynamik der libanesischen Politik die ENP-Politik, v.a. ihren politischen Dialog, die Auswahl der Gesprächspartner und die Relevanz der instrumentellen Werte, stark beeinflusst.

Im Untersuchungszeitraum 2006-2011 konnte darüber hinaus festgestellt werden, dass die Relevanz der instrumentellen Werte sehr volatil ist. Für wie wichtig die instrumentellen Werte erachtet wurden, hing de facto von sicherheitspolitischen und regionalpolitischen Faktoren ab.

Zu Beginn der ENP-Libanon wurde festgestellt, dass die Beziehung zum Libanon, die Ausformung der Wertepolitik im ENP-Libanon Aktionsplan und der politische Dialog zwischen dem Libanon und der EU sehr stark auf die außen- und sicherheitspolitische Relevanz des Libanon zu dieser Zeit zugeschnitten war. De facto tobte zwischen 2006 und 2008 ein innerlibanesischer Machtkampf um die Definition des Staates und die Macht im Libanon. Dieser interne Konflikt war Spiegel eines größeren regionalen Konflikts zwischen Saudi Arabien und dem Westen auf der einen und dem Iran und Syrien auf der anderen Seite. Der Libanon wurde als Schlachtfeld dieser Auseinandersetzung benutzt. Auch die EU reihte sich in diesen Konflikt ein, somit wurde auch die Libanon Politik der EU ein Instrument, die Macht Teherans und Damaskus‘ zu limitieren. Die bilaterale ENP-Libanon hat also einen stark regionalen Charakter. Die instrumentellen Werte, wiewohl prominent positioniert, wurden sehr selektiv eingesetzt. Vor allem die Souveränität und Unabhängigkeit des libanesischen Staates vom Einfluss Syriens und seiner innerlibanesischen Handlanger waren im Zentrum des politischen Dialogs.

Die erste Phase der ENP-Libanon von 2006 bis 2008 war geprägt von einer relativen potentiellen Übermacht der EU über Syrien. Die Fähigkeit der EU, Druck auf Syrien und seine Verbündeten im Libanon auszuüben, war groß, dementsprechend waren auch die instrumentellen Werte in der ENP-Libanon relativ stark vertreten, wiewohl nur selektiv. Die Souveränität des libanesischen Staates, die Einhaltung der UNSC Resolutionen, interne politische Reformen, die Entwaffnung aller Milizen sowie die vollständige Unterstützung des Special Tribunal for Lebanon wurden sowohl vom Libanon als auch von Syrien eingefordert. In dieser Phase wurde jedoch bereits ersichtlich, dass die ENP-Libanon neben ihrer regional- und sicherheitspolitischen Ausrichtung auch stark auf die Interessen der EU-freundlichen Elite im Land – die Kräfte des 14.März – fokussiert ist. Dies ist u.a. auch Ausdruck der oppositionellen Haltung gegenüber Syrien. Externe Komponenten waren auch aus diesem Grund in der ENP relevanter, als die Reform der politischen Verhältnisse im Land, die die Macht der Eliten gefährdet hätte.

Mit einem regionalpolitischen Paradigmenwechsel, der Syrien wieder ins Zentrum der Nahost-Politik rücken sollte, änderte sich auch das Verhältnis zwischen primären und instrumentellen Werten im Libanon. Nun war Syrien wieder in der Lage, seine Macht gegenüber der EU und auch regionalen Mächten, wie Saudi Arabien, auszuspielen. Nachdem Syrien wieder im Zentrum von Stabilität und Frieden im Nahen Osten stand,

war es nun Damaskus, das die Instrumente der internationalen Politik und v.a. der Libanonpolitik diktierte. Der Einfluss Syriens im Libanon musste nun auch von der EU akzeptiert werden, nachdem ihre eigenen Mitgliedsstaaten und auch die internationale Gemeinschaft und die regionalen Mächte sich gezwungen sahen, die Macht Bashar al-Assad anzuerkennen. Reformpolitik musste aus diesem Grund an Damaskus und seinen Verbündeten vorbeigeführt werden, was der EU wenig Handlungsspielraum gab, v.a. da die Eliten des Libanon selbst nicht an internen Reformen interessiert waren. Oberstes Ziel sämtlicher externer Akteure war es nun den Libanonkonflikt, der durch die Wiedererstarkung Syriens keinen regionalen Stellenwert mehr hatte, zu beruhigen, um den Frieden zwischen den Schutzmächten nicht zu gefährden. Die EU war Teil dieser Dynamik. Die externen Komponenten der ENP-Libanon waren von nun an gekennzeichnet von einem Deal mit Syrien. Die syrische Hegemonie im Libanon wurde anerkannt. Im Gegenzug wurden die pro-westliche Regierungsmehrheit im Libanon und die hybride außenpolitische Ausrichtung des Landes von Syrien akzeptiert. Dies ist Ausdruck der relativen Schwäche der EU und der internationalen Gemeinschaft gegenüber Syrien und Folge der Einbindung der EU in die libanesische Dynamik und ihre tiefen politischen Gräben, die keinen politischen Dialog mit der Gesamtheit des politischen Spektrums zulässt. Die internen Aspekte der ENP-Libanon waren weiterhin gekennzeichnet von einem Deal mit den pro-westlichen Eliten. Diese Verbindung – zum Teil historisch gewachsen – ist auch Ausdruck des ambivalenten Verhaltens der EU gegenüber der Hizbullah, die die normativen Grundlagen der EU herausfordert. Dies verdeutlicht auch die Hauptproblematik der EU. Die gemeinsamen Werte sind nicht unbedingt miteinander kompatibel. Demokratie, Menschenrechte, der Kampf gegen Terrorismus und Souveränität können im Widerspruch zueinander stehen. Die EU versucht dieser Problematik im Libanon auszuweichen, indem sie politisch an der Hizbullah vorbei operiert. Dies zog eine Einordnung in die libanesischen Konfliktlinien nach sich und verdeutlichte, dass die politics Aspekte der libanesischen Politik eine stärkere transformative Wirkung auf die ENP haben, als die EU und ihre transformative Macht auf den Libanon und seine Reformen.

Mit 2011 wurde die dritte Phase der ENP-Libanon eingeläutet. Auf regionaler Ebene durch den Ausbruch der arabischen Protestbewegungen, auf nationaler Ebene durch den Sturz der Regierung al-Hariri und den nun absoluten Einfluss Syriens im Libanon. Daraufhin brach der Frieden zwischen Syrien und Saudi Arabien, aber auch der Frieden zwischen der EU und Syrien bzw. seinen Stellvertretern im Libanon. Nun wurde der

Konflikt um die Ausrichtung des libanesischen Staates wieder regionalpolitisch relevant und wieder Schlachtfeld der Auseinandersetzungen zwischen der syrisch-iranischen und der saudisch-westlichen Achse. Dementsprechend wurden die instrumentellen Werte der ENP wieder gegen den syrischen Einfluss im Libanon genutzt. Gegenwärtig (Stand Jänner 2012) ist noch nicht klar, wo sich der offizielle Libanon in diesem Konflikt einordnen wird, ob die Hizbullah durch ihre Regierungsmehrheit den Bruch zwischen dem Libanon und dem Westen vollzieht und komplett ins iranisch-syrische Lager überläuft, oder nicht. Auf jeden Fall stehen dem Libanon interne Konflikte bevor, die den fragilen Frieden zwischen den konfessionell geprägten Gesellschaftssegmenten gefährden könnten und wieder zu blutigen Auseinandersetzungen führen könnten. Die Geschichte hat bereits deutlich gemacht, dass eine tatsächliche Entscheidung zwischen den beiden Seiten der hybriden Identität des Libanon immer mit höchst destabilisierenden Konflikten verbunden war.

Die EU – die nach dem Ausbruch des arabischen Frühlings die normative Komponente der ENP gestärkt hat, versucht weiter das Abtriften des Libanon ins syrisch-iranische Lager durch ihren normativen soft-power Zugang und die Unterstützung der pro-westlichen Eliten zu verhindern, wobei der limitierte Erfolg der ENP-Libanon in den Jahren 2006-2011 für sich spricht.

Im Untersuchungszeitraum 2006-2011 konnten, neben der extremen Volatilität der Relevanz der instrumentellen Werte und ihrem selektiven Einsatz, drei Konstanten der ENP-Libanon festgemacht werden. Zum einen die starke Bindung der EU-Libanonpolitik an die EU-Syrienpolitik und die sicherheits- und außenpolitischen Aspekte der Dynamik des Nahen Ostens. Zweitens, die Bindung der ENP an die pro-westlichen Eliten des Landes und ihr ambivalentes Verhalten zur Hizbullah. Drittens, die Unterstützung des Special Tribunal for Lebanon, das Zeichen für den Definitionskampf im Staat und die außenpolitische Ausrichtung des Libanon ist und Raum bietet für Auseinandersetzungen auf nationaler sowie regionaler Ebene. Der Einfluss Syriens, Frankreich, Saudi Arabiens und der internationalen Gemeinschaft ist, gemeinsam mit der Einordnung der EU in die Kanäle der libanesischen Politik, verantwortlich für die starke Volatilität des normativen Konzeptes der ENP und der Relevanz der instrumentellen Werte.

Obwohl die theoretische Neukonzeption der ENP im Lichte der arabischen Protestbewegungen eine Aufwertung der instrumentellen Werte gegenüber der primären Werte sieht und eine Reform des top-down Zugangs der ENP mit sich bringt, wurde der

normative Zugang an sich bis jetzt – trotz limitierter Erfolge – keiner kritischen Evaluation unterzogen.

Im Falle des Libanon ist aus heutiger Sicht noch nicht abzusehen wohin sich das Land entwickeln wird, bzw. inwiefern die Anreize der EU genügen werden, den Libanon davon abzuhalten ins syrisch-iranische Lager abzudriften. Die hybride außenpolitische Identität des Landes wird jedoch auch weiterhin ein Konfliktfaktor bleiben, der nicht nur die libanesischen Politik und Gesellschaft selbst, sondern auch die Regionalpolitik im Nahen Osten formen wird.

LITERATUR:

Primärliteratur:

al-bab (2009): The Ta'if Accord. Auf: <http://www.al-bab.com/arab/docs/lebanon/taif.htm> [16.11.2011]

Blogging Beirut (2008): Full Text of Doha Agreement. Auf: <http://www.bloggingbeirut.com/archives/1359-Full-Text-of-Doha-Agreement.html> [18.10.2011]

EC (2003): Communication from the Commission to the Council and the European Parliament. Wider Europe – Neighbourhood: A Framework for Relations with our Eastern and Southern Neighbours. Auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com03_104_en.pdf [04.10.2011]

EC (2004): Communication from the Commission. European Neighbourhood Policy. Strategy Paper. Auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/strategy/strategy_paper_en.pdf [06.10.2011]

EC (2006): ENPI Lebanese Republic. Country Strategy Paper 2007-2013 and National Indicative Program 2007-2010. Auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_csp_nip_lebanon_en.pdf [7.11.2011]

EC (2007): European Neighbourhood and Partnership Instrument (ENPI). Funding 2007-2013. Auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/0703_enpi_figures_en.pdf [04.10.2011]

EC (2007a): European Neighbourhood Policy. EU-Lebanon Action Plan. Auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/lebanon_enp_ap_final_en.pdf [10.10.2011]

EC (2008): Implementation of the European Neighbourhood Policy in 2007. Progress Report Lebanon. Auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/progress2008/sec08_397_en.pdf [10.10.2011]

EC (2009): Die Politik: Was ist die Europäische Nachbarschaftspolitik? Auf: http://ec.europa.eu/world/enp/policy_de.htm [06.10.2011]

EC (2009a): Implementation of the European Neighbourhood Policy in 2008. Progress Report Lebanon. Auf: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/progress2009/sec09_518_en.pdf [10.10.2011]

EC (2010): The Policy: What is the European Neighbourhood Policy? Auf: http://ec.europa.eu/world/enp/policy_en.htm [04.10.2011]

EC (2010a): The Policy: Frequently asked question (FAQ). Auf: http://ec.europa.eu/world/enp/faq_en.htm#1.3 [27.06.2011]

EC (2010b): Implementation of the European Neighbourhood Policy in 2009. Progress Report Lebanon. Auf:

http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/progress2010/sec10_522_en.pdf [15.09.2011]

EC (2011): European Neighbourhood Policy. The Funding. Auf:

http://ec.europa.eu/world/enp/funding_en.htm [04.10.2011]

EC (2011a): Joint Communication to the European Council, the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. A Partnership for democracy and Shared Prosperity with the southern Mediterranean. Auf: http://eeas.europa.eu/euromed/docs/com2011_200_en.pdf [18.11.2011]

EC (2011b): Joint Communication to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions. A new response to a changing Neighbourhood. Auf:

http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/com_11_303_en.pdf [23.11.2011]

ENPI Info Centre (2011): Füle in Lebanon: turning challenges into opportunities. Auf:

http://www.enpi-info.eu/mainmed.php?id_type=1&id=26882&lang_id=450&utm_source=4marketing.it%2C%204dem.it&utm_medium=Email%20Marketing&utm_content=Subscriber%231527&utm_campaign=F%2FCle%20in%20Lebanon%3A%20turning%20challenges%20into%20opportunities%20 [20.11.2011]

ENPI Info Centre (2011a): Facebook. ENPI Info Centre asked, am 27.10.2011. Auf:

<http://www.facebook.com/enpi.eu?sk=wall> [29.11.2011]

ENPI Info Centre (2011b): Ashton welcomes Lebanese financial contribution to Special Tribunal for Lebanon. Auf: http://www.enpi-info.eu/mainmed.php?id_type=1&id=27269&lang_id=450&utm_source=4marketing.it%2C%204dem.it&utm_medium=Email%20Marketing&utm_content=Subscriber%231235&utm_campaign=Ashton%20welcomes%20Lebanese%20financial%20contribution%20to%20Special%20Tribunal%20for%20Lebanon [1.12.2011]

EP (2006): Motion for a Resolution. European Parliament resolution on the Middle East. B6-0477/2006. Auf:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=MOTION&reference=B6-2006-0477&format=XML&language=EN> [04.11.2011]

EP (2006a): Answer to Written Question by Mrs Ferrero-Waldner on behalf of the Commission. Auf: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=E-2a006-2533&language=EN> [12.11.2011]

EP (2006b): Written Question by Robert Kilroy-Silk (NI) to the Commission. Auf:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=WQ&reference=E-2006-3663&language=EN> [15.10.2011]

EP (2007): MEPs debate foreign policy for 2007 with Solana. Auf:
<http://www.europarl.europa.eu/search/highlight.do?terms=Lebanon&hitLocation=http%3a%2f%2fwww.europarl.europa.eu%2fsides%2fgetDoc.do%3ftype%3DIM-PRESS%26reference%3d20070326BRI04615%26secondRef%3dITEM-003-EN%26format%3dXML%26language%3dEN> [11.09.2011]

EP (2008): The President of the European Parliament, Hans-Gert Pöttering, concludes visits to Lebanon and Syria. Auf:
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?language=en&type=IM-PRESS&reference=20080813IPR35265> [06.07.2011]

EP (2010): Answer given by Mr Füle on behalf of the Commission. Auf:
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=E-2010-8495&language=EN> [05.08.2011]

EP (2011): Debates. Wednesday, 6 July 2011 – Strasbourg. Auf:
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=CRE&reference=20110706&secondRef=ITEM-012&format=XML&language=EN> [15.11.2011]

EU: The Barcelona Process. Auf:
http://www.eeas.europa.eu/euromed/barcelona_en.htm [18.11.2011]

EU (1994): Ministerial Meeting and 5th GCC-EU Joint Council – (Riyadh, 8 May 1994). Auf:
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=PRES/94/97&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> [04.10.2011]

EU (2007): Mediterranean Neighbourhood Countries. Commitments and Payments. Auf: http://www.eeas.europa.eu/euromed/docs/meda_figures_en.pdf [18.10.2011]

EU (2009): Press Release: Commissioner Ferrero-Waldner to visit Syria, 15-16 February 2009. Auf:
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/258&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> [19.09.2011]

EU (2011): Euro-Mediterranean Partnership (EUROMED). Auf:
http://www.eeas.europa.eu/euromed/index_en.htm [06.10.2011]

EU (2011a): Republic of Lebanon. Auf: http://eeas.europa.eu/lebanon/index_en.htm [22.11.2011]

EU EOM [Election Observation Mission] (2005): Parliamentary Elections Lebanon 2005. Final Report. Auf:
http://www.eeas.europa.eu/human_rights/election_observation/lebanon/final_report_en.pdf [13.10.2011]

EU EOM [Election Observation Mission] (2009): Lebanon. Final Report. Parliamentary Elections. 7 June 2009. Auf: <http://qifanabki.files.wordpress.com/2010/03/eu-observer-mission-2009.pdf> [15.11.2011]

EU@UN (2009): Javier SOLANA, European Union High Representative for the Common Foreign and Security Policy (CFSP), made the following comments after the formation of a new government in Lebanon. Auf: http://www.europa-eu-un.org/articles/en/article_9210_en.htm [30.10.2011]

Ferrero-Waldner, Benita (2007): European Commissioner for External Relations and European Neighbourhood Policy. The Middle East in the EU's External Relations. "Madrid: Fifteen Years Later" conference. Madrid, 11. January 2007. Auf: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/07/7> [08.09.2011]

IFES [international Foundation for Electoral Systems] (2009): Lebanon's 2009 Parliamentary Elections. The Lebanese Electoral System. Auf: http://www.ifes.org/publication/56c0cdaa64aa2cad85b3f5996e37cb4c/IFES_Lebanon_ESB_Paper030209.pdf [15.11.2011]

IFES [international Foundation for Electoral Systems] (2009a): Lebanon's New Government. Auf: http://www.ifes.org/~media/Files/Publications/Papers/2009/1572/Lebanons_new_government.pdf [17.10.2011]

Prodi, Romano (2002): Rede am 02.12.2002 auf der Sechsten Weltkonferenz des Studienverbandes der Europäischen Gemeinschaft – Projekt Jean Monnet: A Wider Europe – A Proximity Policy as the key to stability „Peace, Security And Stability. International Dialogue and the Role of the EU“. Auf: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/02/619> [14.08.2011]

Rat der EU (2006): Summary of remarks to journalists by Javier Solana, EU High Representative for CFSP, and Saad Hariri Lebanon's parliamentary majority leader. Auf: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/discours/90660.pdf [19.9.2011]

Rat der EU (2007): Summary of remarks by Javier Solana, EU High Representative for CFSP, at a joint press conference with Fouad Siniora, Prime Minister of Lebanon. Auf: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/discours/93396.pdf [03.09.2011]

Rat der EU (2007a): Council Conclusions on Lebanon. 2817th External Relations Council meeting Brussels, 23 and 24 July 2007. Auf: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/gena/95451.pdf [15.09.2011]

Rat der EU (2008): Javier Solana, EU High Representative for the CFSP, welcomes the formation of a national unity government in Lebanon. Auf:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/declarations/101790.pdf [19.11.2011]

Rat der EU (2009): Javier Solana, EU High Representative for the CFSP, statement on the elections in Lebanon. Auf:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/declarations/108379.pdf [19.11.2011]

Rat der EU (2009a): Javier Solana, High Representative for the CFSP, supports the formation of a coalition government in Lebanon. Auf:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/discours/108451.pdf [12.08.2011]

Rat der EU (2011): Statement by EU High Representative Catherine Ashton on today's developments in Lebanon. Auf:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118779.pdf [05.09.2011]

Rat der EU (2011a): Statement by EU High Representative Catherine Ashton on the formation of a new government in Lebanon. Auf:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/118946.pdf [07.10.2011]

Rat der EU (2011b): Council Conclusion on Lebanon 3065th Foreign Affairs Council meeting. Brussels, 31 January 2011. Auf:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/119044.pdf [07.10.2011]

Rat der EU (2011c): Statement by High Representative Catherine Ashton on the situation in Syria. Auf:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/124095.pdf [23.11.2011]

Rat der EU (2011d): Council Conclusion on Syria. 3117th Foreign Affairs Council meeting. Luxembourg, 10 October 2011. Auf:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/125011.pdf [23.11.2011]

Rat der EU (2011e): Declaration by the High Representative on behalf of the European Union on restrictive measures against Syria. Auf:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/cfsp/121898.pdf [23.11.2011]

Rat der EU (2011f.): Council Conclusion on Lebanon. 3106th Foreign Affairs Council Meeting. Brussels, 18 July 2011. Auf:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/123913.pdf [23.11.2011]

Special Tribunal for Lebanon (2011): Timeline of Events. Auf: <http://www.stl-tsl.org/en/about-the-stl/timeline-of-events> [15.11.2011]

UNSC (2000): Report of the Secretary-General on the implementation of Security Council resolutions 425 (1978) and 426 (1978). Auf: <http://domino.un.org/unispal.NSF/5ba47a5c6cef541b802563e000493b8c/97bad2289146f58a852568e9006d99bd> [15.11.2011]

UNSC (2004): Resolution 1559. Security Council Declares Support for Free, Fair Presidential Election in Lebanon: Calls for Withdrawal of Foreign Forces There. Auf: <http://www.un.org/News/Press/docs/2004/sc8181.doc.htm> [20.11.2011]

UNSC (2005): Security Council Demands Syria's Unambiguous, Immediate Response to Commission Investigation Assassination of Former Lebanese Prime Minister Hariri. Unanimously Adopting Resolution 1644 (2005), Council Extends Commission Mandate until 15 June 2006. Auf: <http://www.un.org/News/Press/docs/2005/sc8587.doc.htm> [23.07.2011]

UNSC (2006): Resolution 1701. Security Council Calls for End to Hostilities Between Hizbollah, Israel, Unanimously Adopting Resolution 1701. Auf: <http://www.un.org/News/Press/docs/2006/sc8808.doc.htm> [20.11.2011]

Sekundärliteratur:

Abdul-Hussain, Hussain (2009): A Quest for Democracy in a World of Realism: The Cases of Lebanon and Iran. In: Mediterranean Politics. Vol.14, Nr 3. S.407-412.

Asrali, Jahangir (2011): Peace Guardians Off-Guard: growing Exposure of the UN Force in Lebanon. Auf: <http://www.inegma.com/?navigation=reports&page=2> [15.11.2011]

Badran, Rony (2006): Saudi-Syrian Relations after Hariri. In: Mideast Monitor. Vol.1, Nr.1. Auf: http://www.mideastmonitor.org/issues/0602/0602_2.htm [19.08.2011]

Balfour, Rosa/Cugusi, Battistina (2010): EU policy and Islamist movements: Constructive ambiguities or alibis?. In: Institute for Democracy and Electoral Assistance [Hg.] (2010): Islamist Mass Movements, External Actors and political Change in the Arab World. S.169-186. Auf: http://www.idea.int/publications/islamist_mass_movements/index.cfm [23.11.2011]

[Barak, Oren \(2002\): Intra-Communal and Inter-Communal Dimensions of Conflict and Peace in Lebanon. In: International Journal of Middle Eastern Studies. Vol.34, Nr.4. S.619-644.](#)

Barbé, Esther/Johansson-Nogués, Elisabeth (2008): The EU as modest 'force for good': the European Neighbourhood Policy. In: International Affairs. Vol.84, Nr.1. S.81-96.

Barbé, Esther/Costa, Oriol/ Herranz, Anna/Johansson-Nogués, Elisabeth/ Natorski, Michal (2009): Drawing the Neighbours Closer ... to What? Explaining Emerging Patterns of Policy Convergence between the EU and its Neighbours. In: Cooperation and Conflict. Vol.44. S.378-399.

Baroudi, Sami E./Salamey, Imad (2011): US-French Collaboration on Lebanon: How Syria's Role in Lebanon and the Middle East Contributed to a US-French Convergence. In: Middle East Journal. Vol.65, nr.3. S.398-425.

Behr, Timo (2011): Europe and the Arab World: towards a Principled Partnership. In C.A.Perspective. Nr.1. S.1-3. Auf:

http://www.google.at/url?sa=t&rct=j&q=the%20overthrow%20of%20the%20tunisian%20and%20egyptian%20regimes%20has%20paid%20heed%20to%20the%20eu%E2%80%99s%20assumption%20that%20regional%20stability%20could%20be%20had%20on%20the%20cheap&source=web&cd=1&ved=0CB0QFjAA&url=http%3A%2F%2Fkms1.isn.ethz.ch%2Fserviceengine%2FFiles%2FISN%2F130072%2Fpublicationdocument_singledocument%2F0beaca33-9c2c-4fbf-a932-159e99fec830%2Fen%2FCAPerspectives-2011-02.pdf&ei=4zHWTuvFO8mnhAfm4LhR&usg=AFQjCNHZ7ukPtmrpOmlZkkjE6nm6C-YFWA [15.11.2011]

Berti, Benedetta (2009): Electoral Reform in Lebanon. In: Mideast Monitor. Vol.4, Nr.1. Auf: http://www.mideastmonitor.org/issues/0907/0907_4.htm [25.11.2011]

Bicchi, Federica (2006): 'Our size fits it all': normative power Europe and the Mediterranean. In: Journal of European Public Policy. Vol.13, Nr.2. S.286-303.

Bogner, Alexander/Menz, Wolfgang (2005): Expertenwissen und Forschungspraxis: die modernisierungstheoretische und die methodische Debatte um die Experten. Zur Einführung in ein unübersichtliches Problemfeld. In: Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (2005): Das Experteninterview. Theorie, Methode Anwendung. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. S.7-30.

Boie, Hannah (2010): Civilian Power. An Analysis of Euro-Mediterranean Relations. LIT Verlag, Münster.

Bosse, Giselle (2007): Values in the EU's Neighbourhood Policy: Political Rhetoric or Reflection of a Coherent Policy. In: European Political Economy Review. Nr.7. S.38-62.

Boulter, Emily (2011): Means to an End: The EU and Syria's Oil Embargo. In: INEGMA. Auf: <http://www.inegma.com/?navigation=reports&page=2#> [23.11.2011]

Browning, Christopher S. (2008): Geostrategies of the European Neighbourhood Policy. In: European Journal of International Relations. Vol.14, Nr.3. S.519-55.

Calabrese, John (2005): Freedom on the March in the Middle East – and Transatlantic Relations on a new Course? In: Mediterranean Quarterly. Vol.16, Nr.4. S.42-64.

Cammett, Melani/Issar, Sukriti (2010): Bricks and Mortar Clientelism. Sectarianism and the Logic of Welfare Allocation in Lebanon. In: World Politics. Vol.62, Nr.3. S.381-421.

Cardwell, Paul James (2011): EuroMed, European Neighbourhood Policy and the Union for the Mediterranean: Overlapping Policy Frames in the EU's Governance of the Mediterranean. In: Journal of Common Market Studies. Vol.49, Nr.2. S.219-241.

Cavatorta, Francesco (2011): EU-Syria relations in Bashar al-Assad's era. In: Near East Quarterly. S. 1-5. Auf: http://www.neareastquarterly.com/index.php/2011/02/27/eu-syria_relations_in_bashar_al-assads_era/?output=pdf [15.10.2011]

Çelenk, Ayşe Aslıhan (2009): Promoting democracy in Algeria: the EU factor and the preferences of the political elite. In: Democratization. Vol.16, Nr.1. S.176-192.

Charillot, Frédéric (2007): La Politique Étrangère der la France: L'Heure des Choix. In: Politique étrangère. Vol.1. S.139-150.

Collelo, Thomas (2003): Lebanon: A Country Study. In: Rolland, John C. (2003): Current Issues and Background. Nova Science Publishers Inc., New York.

Deeb, Mary-Jane/Deeb, Marius K. (1991): Regional Conflict and Regional Solutions: Lebanon. In: Annals of the American Academy of Political and Social Science. Vol. 518, Resolving Regional Conflicts: International Perspectives. S.82-94.

Denoeux, Guilain/Springborg, Robert (1998): Hariri's Lebanon: Singapore of the Middle East or Sanaa of the Levant? In: Middle East Policy. Vol.VI, Nr..2. S.158-173.

Echagüe, Ana/Michou, Hélène/Mikail, Barah (2011): Europe and the Arab Uprisings: EU Vision versus Member State Action. In: Mediterranean Politics. Vol.16, Nr.2. S.329-335.

Eiland, Giora (2008): The Third Lebanon War: Target Lebanon. In: Strategic Assessment. Vol.11, Nr.1. S.9-17.

El-Hokayem, Emile (2007): Hizballah and Syria: Outgrowing the Proxy Relationship. In: The Washington Quarterly. Vol.30, Nr.2. S.35-52.

Farha, Mark (2008): Demography and Democracy in Lebanon. In: Mideast Monitor. Vol. 3, Nr.1. Auf: http://www.mideastmonitor.org/issues/0801/0801_2.htm [25.08.2011]

Fielding-Smith, Abigail (2006): The Shi'a crescent: myth or reality? In: Open Democracy. Auf: http://www.opendemocracy.net/conflict-middle-east-politics/shia_crescent_3774.jsp [15.11.2011]

Fish, W. B. (1944): The Lebanon. In: Geographical Review. Vol. 34, Nr. 2. S.235-258.

- Flanigan, Shawn Teresa/Abdel-Samad, Mounah (2009): Hezbollah's Social Jihad: Nonprofits as Resistance Organizations. In: Middle East Policy- Vol.26, Nr.2. S.122-137.
- Gambill, Gary C. (2009a): Still Standing: Aoun after the Elections. In: Mideast Monitor. Vol 4, Nr.1. Auf: http://www.mideastmonitor.org/issues/0907/0907_1.htm [05.10.2011]
- Geukjian, Ohannes (2008): Which State for Lebanon in the Aftermath of the Hizbullah-Israeli War of July-August 2006? A Critical Analysis. In: Critique: Critical Middle Eastern Studies. Vol.17, Nr.2. S.135-153.
- Hamzeh, A. Nizar (2000): Lebanon's Islamist and Local Politics: A New Reality. In: Third World Quarterly. Vol.21, Nr.5. S.739-759.
- Hamzeh, A. Nizar (2001): Clientalism, Lebanon: Roots and Trends. In: Middle Eastern Studies. Vol. 37, Nr. 3. S.167-178.
- Harris, Alistair (2008): Half Full or Half Empty: Assessing Prospects for Peace in Lebanon. In: United States Institute of Peace. (2008) S.1-4.Auf: http://www.usip.org/files/resources/1_4.PDF [09.09.2011]
- Harris, William W. (1997): Faces of Lebanon: sects, wars and global extensions. Wiener, Princeton.
- Harris, William W. (2007): Crisis in the Levant: Lebanon at Risk. In: Mediterranean Quarterly. Vol.18, Nr.2. S.37-60.
- Hinnebusch, Raymond (2009): Syrian Foreign Policy under Bashar al-Asad. In: Ortadoğu Etütleri. Vol.1, Nr.1.S.7-26.
- Holden, Patrick (2009): The European Union's Mediterranean Policy in Theory and Practice. In: Mediterranean Politics. Vol.14, Nr.1. S.125-134.
- Hourani, Albert (1966): Review: Lebanon from Feudalism to Modern State. In: Middle Eastern Studies. Vol. 2, Nr. 3. S.256-263.
- Husseini, Rola El- (2010): Hezbollah and the Axis of Refusal. In Third World Quarterly. Vol.31, Nr5. S.803-815.
- Hyde-Price, Adrian (2006): ‚Normative‘ power Europe: a realist critique. In: Journal of European Public Policy. Vol.13, Nr.2. S.217-234.
- Kahwahi, Riad (2010): Syria, Iran Threaten West's Allies in Lebanon. Auf: http://www.realclearworld.com/articles/2010/10/06/syrian-iranian_push_threatens_wests_allies_in_lebanon_99215.html [05.07.2011]
- Kahwaji, Riad (2011): The West's Problems with New Realities in Lebanon and Keeping Military Aid. In: INEGMA. Auf: <http://www.inegma.com/?navigation=reports&page=3#> [07.10.2011]

Kahwaji, Riad (2011a): Mikati: Lesson in Political Reality to Hariri: A Chance for Stability? In: INEGMA. Auf: <http://www.inegma.com/?navigation=reports&page=5#> [22.11.2011]

Kahwaji, Road (2011b): Miscalculations and Arab Spring Weigh on Efforts to Form Lebanese Cabinet. In: INEGMA. Auf: <http://www.inegma.com/?navigation=reports&page=4#> [06.10.2011]

Kassis, Mari-Rita (2010): Justice or Peace? The Hariri Assassination and the Special Tribunal for Lebanon. In: Perspective on Terrorism. Vol.4, Nr.6. Auf: <http://www.terrorismanalysts.com/pt/index.php/pot/article/view/127/html> [29.09.2011]

Kelley, Judith (2006): New Wine in Old Wineskins: Promoting Political Reforms through the New European Neighbourhood Policy. In: Journal of Common Market Studies. Vol.44, Nr. 1. S.29-55.

Khashan, Hilal (2011): Saad Hariri's Moment of Truth. In: Middle East Quarterly. Auf: <http://www.meforum.org/meq/pdfs/2820.pdf> [17.10.2011]

Khashan, Hilal (2011a): Middle Eastern Upheavals. The View from Syria and Lebanon. In: Middle East Quarterly. Vol..XVIII, Nr.3. S.25-30. Auf: <http://www.meforum.org/meq/pdfs/2983.pdf> [12.10.2011]

Knio, Karim (2005): Lebanon: Cedar Revolution or Neo-Sectarian Partition? In: Mediterranean Politics. Vol.10, Nr.2. S.225-231.

Knio, Karim (2008): Is Political Stability Sustainable in Post-‘Cedar Revolution’ Lebanon? In: Mediterranean Politik. Vol.13, Nr.3. S.445-451.

Knudsen, Are (2010): Acquiescence to Assassinations in Post-Civil War Lebanon? In: Mediterranean Politics. Vol.15, Nr.1. S.1-23.

Köhler, Wolfgang (1980): Die Vorgeschichte des Krieges im Libanon. Franz Steiner Verlag GmbH, Wiesbaden.

Krayem, Hassan: The Lebanese Civil War and the Taif Agreement. Auf: <http://ddc.aub.edu.lb/projects/pspa/conflict-resolution.html> [23.11.2011]

Larkin, Craig (2010): Remaking Beirut: Contesting Memory, Space, and the Urban Imaginary of Lebanese Youth. In: City & Community. Vol.9, Nr.4. S.414-442.

Leino, Päivi/Petrov, Roman (2009): Between ‘Common Values’ and Competing Universals - The Promotion of the EU's Common Values through the European Neighbourhood Policy. In: European Law Journal. Vol.15, Nr.5. S.654-671.

Leukefeld, Karin (2008): Schwere Kämpfe in Beirut. Hisbollah bringt Teile der libanesischen Hauptstadt unter ihre Kontrolle. Tote bei Schußwechseln und Explosionen. UN-Sicherheitsrat fordert sofortige Beilegung der Krise. In: AG

- Friedensforschung Uni Kassel. Auf: <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Libanon/kraefte2.html> [09.09.2011]
- Leukefeld, Karin (2008a): Blumen statt Barrikaden. Nach 19 Anläufen hat Libanons Parlament einen neuen Präsidenten gewählt. General Suleiman soll den Zedernstaat aus der Krise führen. In: AG Friedensforschung Uni Kassel. Auf: <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Libanon/suleiman.html> [09.09.2011]
- Leukefeld, Karin (2011b): Mikati macht's. In: AG Friedensforschung Uni Kassel. Auf: <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Libanon/mikati.html> [27.11.2011]
- Library of Congress (1987): Country Studies: Lebanon. Religious Conflicts. Auf: [http://lcweb2.loc.gov/cgi-bin/query/r?frd/cstdy:@field\(DOCID+lb0026\)](http://lcweb2.loc.gov/cgi-bin/query/r?frd/cstdy:@field(DOCID+lb0026)). [08.12.2010]
- Makdisi, Ussama (1996): The Modernity of Sectarianism in Lebanon: Reconstructing the Nation State. In: MERIP. Vol. 200. Minorities in the Middle East: Power and the Politics of Difference. S.23-26 + 30. Auf: <http://www.merip.org/mer/mer200/modernity-sectarianism-lebanon> [27.06.2011]
- Makdisi, Karim (2011): Constructing Security Council Resolution 1701 for Lebanon in the Shadow of the 'War on Terror'. In: International Peacekeeping. Vol.18, Nr.1. S.4-20.
- Makhzoumi, Fouad (2010): Lebanon's Crisis of Sovereignty. In: Survival. Vol.5, Nr.2. S.5-12.
- Manners, Ian (2002): Normative Power Europe. A Contradiction in Terms? In: Journal of Common Market Studies. Vol.40, Nr.2. S.235-258.
- Masri El-, Samar (2008): The Hariri Tribunal: Politics and International Law. In: Middle East Policy. Vol.XV, Nr.3. S.80-92.
- Mohns, Erik/Cavatorta, Francesco (2010): 'Yes, He Can': A Reappraisal of Syrian Foreign Policy under Bashar al-Asad. In Mediterranean Politics. Vol.15, Nr.2. S.289-298.
- Moschella, Manuela (2007): An International Political Economy Approach to the Neighbourhood Policy. The ENP from the Enlargement and the Mediterranean Perspectives. In: European Political Economy Review. Nr.7. S.156-180.
- Muhanna, Elias (2009): Deconstructing the Popular Vote in Lebanon's Election. In: Mideast Monitor. Vol.4, Nr.1. Auf: http://www.mideastmonitor.org/issues/0907/0907_3.htm [13.09.2011]
- Nedzi, Lucien N. (2006): Lebanon's Contemporary Significance. In: Mediterranean Quarterly. Vol. 17, Nr.4. S.1-12.
- Nohlen, Dieter [Hg.] (2003): Kleines Lexikon der Politik. C.H. Beck Verlag, München.

- Osman, Tarek (2011): The Arab prospect: forces and dynamics. In: Open Democracy. Auf: <http://www.opendemocracy.net/tarek-osman/arab-prospect-forces-and-dynamics> [31.10.2011]
- Pace, Michelle (2007): The Construction of EU Normative Power. In: Journal of Common Market Studies. Vol.45, Iss.5. S.1041-1064.
- Pace, Michelle (2009): Paradoxes and contradictions in EU democracy promotion in the Mediterranean: the limites of EU normative power. In: Democratization. Vol.16, Nr.1. S.39-58.
- Pace, Michelle/Seeberg, Peter/Cavatorta, Francesco (2009): The EU's democratization agenda in the Mediterranean: a critical inside-out approach. In: Democratization. Vol.16, Nr. 1. S.3-19.
- Patzelt, Werner J. (2003): Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriß des Faches und studiumbegleitende Orientierung. Wissenschaftsverlag Richard Rothe, Passau.
- Peterson, John (2004): Keynote Article: Europe, America, Iraq: Worst Ever, Ever Worsening? In: Journal of Common Market Studies. Vol.42. Annual Review. S.9-26.
- Perthes, Volker (1997): Myths and Money: Four years of Hariri and Lebanon's Preparation for a New Middle East. In: MERIP. Vol.203. Lebanon and Syria: The Geopolitics of Change. S.16-21. Auf: <http://www.merip.org/mer/mer203/myths-money> [16.06.2011]
- Phillips, Chris (2009): Can Syria end the Arab cold war? In: Foreign Policy Centre. Auf: <http://fpc.org.uk/articles/444> [12.10.2011]
- Picard, Elisabeth (1996) [translated from the French by Franklin Philip Original 1988 erweitert durch den Autor der englischen Ausgabe (1996)]: Lebanon. A Shattered Country. Myths and Realities of the Wars in Lebanon. Holmes & Meier Publishers, Inc., New York.
- Powel, Brieg Tomos (2009): A clash of norms: normative power and EU democracy promotion in Tunisia. In: Democratization. Vol.16, Nr.1. S.193-214.
- Rowayheb, Marwan G. (2011): Walid Jumblat and Political Alliances: The Politics of Adaptation. In: Middle East Critique. Vol. 20, Nr.1. S.47-66.
- Sader, Choucri (2007): A Lebanese Perspective on the Special Tribunal for Lebanon. Hopes and Disillusions. In: Journal of International Criminal Justice. Vol.5. S.1083-1089.
- Salloukh, Bassel (2005): Syria and Lebanon: A Brotherhood Transformed. In: MERIP. Vol.35. Auf: <http://www.merip.org/mer/mer236/syria-lebanon-brotherhood-transformed> [06.07.2011]

- Saouli, Adham (2011): Hizbullah in the Civilising Process: anarchy, self-restraint and violence. In: Third World Quarterly. Vol.32, Nr.5. S925-942.
- Schriwer, Charlotte (2002): Cultural and Ethnic Identity in the Ottoman Period Architecture of Cyprus, Jordan and Lebanon. In: Levante. Vol.34. S.197-218.
- Seeberg, Peter (2009): The EU as a realist actor in normative clothes: EU democracy promotion in Lebanon and the European Neighbourhood Policy. In; Democratization. Vol.16, Nr.1. S.81-99.
- Seeberg, Peter (2010): Union for the Mediterranean - Pragmatic Multilateralism and the Depolitization of EU-Middle Eastern Relations. In: Middle East Critique. Vol.19, Nr.3. S.287-302.
- Shields, Vanessa (2008): Political Reform in Lebanon: Has the Cedar Revolution Failed? In: The Journal of Legislative Studies. Vol.14, Nr.4. S.474-487.
- Siedschlag, Alexander/Opitz, Anja/Troy, Jodok/Kuproan, Anja (2007): Grundelemente der Internationalen Politik. Böhlau Verlag, Wien.
- Simon, Steven (2009): Won't You Be My Neighbor: Syria, Iraq and the Changing Strategic Context in the Middle East. In United States Institute of Peace – Working Papers. Auf: <http://www.usip.org/publications/won-t-you-be-my-neighbor-syria-iraq-and-changing-strategic-context-middle-east> [24.10.2011]
- Slim, Randa (2011): Hezbollah's Most Serious Challenge. Auf: http://mideast.foreignpolicy.com/posts/2011/05/03/hezbollah_s_most_serious_challenge [21.11.2011]
- Sorenson, David S. (2010): Global Security Watch. Lebanon. A Reference Handbook. Greenwood Publishing Group, Santa Barbara.
- Tablot, Brent J./Harriman, Heidi (2008): Disarming Hezbollah. In: Mediterranean Quarterly. Vol. 19, Nr.4. S.29-53.
- Tarazi Fawaz, Leila (1994): An occasion for war: civil conflict in Lebanon and Damascus in 1860. LA University of California Press, Published by arrangement with I.B. Tauris & Co Ltd., Berkeley.
- Tocci, Nathalie (2007): Can the EU Promote Democracy and Human Rights Through the ENP? The Case for Refocusing on the Rule of Law. In: Cremona, Marise/Meloni, Gabriella [Hg.] (2007): The European Neighbourhood Policy: A Framework for Modernisation. EUI Working Papers.Law 2007/21. Auf: http://www.eunp.tu-chemnitz.de/bibliothek/Dokumente%20und%20Literatur%20Kapitel%20III%20-%20Regionaler%20Schwerpunkt%20Russland,%20Ukraine,%20Belarus%20und%20Moldawien/The%20ENP_A%20Framework%20for%20Modernisation.pdf#page=29 [27.06.2011]

- Tonra, Ben (2009): Identity Construction Through the ENP: Borders and Boundaries, Insiders and Outsiders. In: Whitman, Richard/Wolffe, Stefan [Hg.] (2009): The European Neighbourhood Policy in Perspective: Context, Implementation and Impact. S.1-25. Auf: http://ucdie.academia.edu/BenTonra/Papers/303763/Identity_Construction_Through_the_ENP_Borders_and_Boundaries_Insiders_and_Outsiders [25.08.2011]
- Teti, Andrea/Gervasio, Gennaro (2011): The Unbearable Lightness of Authoritarianism: Lessons from the Arab Uprising. In: Mediterranean Politics. Vol.16, Nr.2. S.321-327.
- Wegner, Eva and Pellicer, Miquel (2009): Islamist moderation without democratization: the coming of age of the Moroccan Party of Justice and Development? In: Democratization. Vol.16, Nr.1. S.157-175.
- Wiegand, Krista E. (2009): Reformation of a Terrorist Group: Hezbollah as a Lebanese Political Party. In: Studies in Conflict & Terrorism. Vol.32, Nr.8. S.669-680.
- Wierda, Marieke/ Nasser, Habib/Maalouf, Lynn (2007): Early Reflections on Local Perceptions, Legitimacy and Legacy of the Special Tribunal for Lebanon. In: Journal of International Criminal Justice. Vol.5. S.1065-1081.
- Wild, Stefan (2004): East of Lebanon: colonial borders? In: Philipp, Thomas/Schumann, Christoph (2004): From the Syrian Land to the States of Syria and Lebanon. Ergon Verlag, Würzburg.
- Yamani, Mai (2008): The Two Faces of Saudi Arabia. In: Survival. Vol.50, Nr.1. S.143-156.
- Zisser, Eyal (2009): Syria's Diplomatic Comeback: What Next? In: Mediterranean Politics. Vol.14, Nr.1. S.107-113.
- Zisser, Eyal(2009a): The Israeli–Syrian–Lebanese Triangle: The Renewed Struggle over Lebanon. In: Israel Affairs. Vol.15, Nr.4. S.397-412.
- Zorob, Anja (2008): The Syrian-European Association Agreement and its Potential Impact on Enhancing the Credibility of Reform. In: Mediterranean Politics. Vol.13, Nr.1. S.1-21.

Medien:

- Aljazeera (2012): Arab League calls on Assad to delegate power. In: Aljazeera, am 22.01.2012. Auf: <http://www.aljazeera.com/news/middleeast/2012/01/201212254625411178.html> [23.01.2012]]
- Beunderman, Mark (2006): EU rebuffs US call to put Hezbollah on terror list. In: EUobserver. 02.08.2006. Auf: <http://euobserver.com/24/22199> [15.10.2011]

Gräs, Tobias (2006): The EU must accept democratically elected opponents in the Middle East. In: EUobserver. 25.07.2006. Auf: <http://euobserver.com/7/22161> [04.10.2011]

Harrer, Gudrun (2011): Hisbollah-Anklagen vertiefen Risse im Libanon. In: Der Standard, am 18.08.2011. Auf: <http://derstandard.at/1313024583885/Libanon-Hisbollah-Anklagen-vertiefen-Risse-im-Libanon> [23.10.2011]

Harrer, Gudrun (2011a): Hisbollah last UNO abblitzen. In: Der Standard, am 17.10.2011. Auf: <http://derstandard.at/1318726058224/Hisbollah-laesst-Uno-abblitzen> [28.10.2011]

Harrer, Gudrun (2012): Gespaltene Arabische Liga. Die Rettung Syriens. In: Der Standard, a. 22.01.2012. Auf: <http://derstandard.at/1326503415696/Gespaltene-Arabische-Liga-Die-Rettung-Syriens> [23.01.2012]

Rettmann, Andrew (2009): EU clears way for new treaty with Syria. In: EUobserver, am 08.10.2009. Auf: <http://euobserver.com/24/28801> [25.11.2011]

Rettmann (2011): Lebanon crisis raises risk of conflict on EU's southern fringe. In: EUobserver. 13.01.11. Auf: <http://euobserver.com/24/31636> [15.10.2011]

Sand, Phil (2009): New chapter for Syria-Saudi relations. In: The National. July 10, 2009. Auf: <http://www.thenational.ae/news/worldwide/middle-east/new-chapter-for-syria-saudi-relations> [18.10.2011]

The Guardian (2011): Saudi king recalls ambassador and demands end to Syria bloodshed. In: The Guardian, am 08.08.2011. Auf: <http://www.guardian.co.uk/world/2011/aug/08/saudi-king-ambassador-syria> [26.11.2011]

ANHANG

Interview zur politischen Situation im Libanon mit Frau Dr. Karin Kneissl
Webster University Wien, am 12.10.2010

Interviewleitfaden

Großbildbeschreibung

In diesem Interview soll es also darum gehen die internen und externen Akteure zu ermitteln, die Einfluss haben könnten auf die Beziehungen zwischen dem Libanon und der EU im Rahmen der ENP. Aus diesem Grund würde ich Sie als erstes um eine Art Großbildbeschreibung der politischen Lage im Libanon bitten

- a) Wenn Sie die relevanten internen und externen Akteure, die das politische Leben im Libanon derzeit bestimmen, beschreiben müssten, welche wären das?
- b) Sind auch außerparlamentarische Akteure unter ihnen?
- c) Wie wird im Libanon Politik gemacht? D.h. welchen Stellenwert haben die Regierung und die parlamentarische Opposition gegenüber den anderen von Ihnen erwähnten Akteuren?
- d) Welche Rolle spielt der Libanon in der Region? Welches Interesse haben andere Staaten der Region bzw. sub-staatliche Akteure am Libanon?
- e) Kann klar zwischen internen und externen Akteuren unterschieden werden?

Dynamik in der politischen Entscheidungsfindung/Verhältnis der Akteure zueinander

- a) Welche Konfliktlinien bestimmen das Verhältnis der Akteure zueinander? Was sind die Brennpunkte der Dynamik?
 - a. Soziale Konflikte, religiöse Konflikte, außenpolitische Ausrichtung (pro-westlich/anti-westlich), institutionelles politisches System, etc.
- b) In welchem Verhältnis stehen die verschiedenen Akteure zueinander?
 - a. Gibt es Kooperationen? Wenn ja sind diese strategisch oder ideologisch?
 - b. Sind diese Kooperationen stabil oder volatil?
 - c. In welchem Verhältnis stehen die verschiedenen Akteure zur Regierung bzw. zum pro-westlichen Lager?
- c) Welche Rolle spielt politische Stabilität in der Entscheidungsfindung im politischen System?

- i. Welche Akteure setzen gezielt auf die Destabilisierung des Landes um ihre Forderungen durchzubringen?
- ii. Gibt es Akteure, die andere Druckmittel einsetzen, um Einfluss auf das politische System zu nehmen?

Dynamik zwischen „Führung“ und „Opposition“

Theoretisch basiert meine Diplomarbeit auf der Annahme, dass die Dynamik zwischen einer politischen Führung und Oppositionsgruppen dazu führen kann, dass die EU das normative Konzept der ENP an die lokalen Gegebenheiten anpasst (d.h. die starke Betonung auf Demokratieförderung als Bedingung für engere Kooperation wird schwächer). Diese Annahme basiert jedoch auf Untersuchungen (Pace, Bichi et al. 2009) in autoritär geführten MENA Staaten wie etwa Marokko oder Ägypten. Im Gegensatz zu diesen Ländern hat der Libanon ein Mehrparteiensystem und eine demokratisch gewählte Regierung, eine Regierung der nationalen Einheit. Durch die Regierung der nationalen Einheit wurden auch Konfliktparteien, also oppositionelle Gruppen, in die Regierungsarbeit involviert. Das bedeutet die eben erwähnte Theorie kann nicht direkt für den Libanon übernommen werden, da Regierung und Opposition innerhalb des parlamentarischen Rahmens quasi ineinander fließen. Deshalb möchte ich Sie fragen, ob es Ihrer Meinung nach trotzdem möglich wäre diese Theorie auch auf den Libanon zu übertragen?

- a) Welche Rolle spielt Ihrer Meinung nach die EU im Libanon?
- b) Wer sind jene Akteure, die mit der EU kooperieren bzw. mit welchen Akteuren sucht die EU selbst eine Kooperation?
- c) Ist es möglich einen oder mehrere Akteure auszumachen, die den Hauptteil der Kooperation mit der EU übernehmen und auf der anderen Seite einen oder mehrere Akteure auszumachen, die der Art dieser Kooperation entgegenarbeiten?

Frau Dr. Kneissl ist promovierte Juristin und freischaffend in der Lehre und Forschung mit den Schwerpunkten Naher Osten, Energie und Völkerrecht tätig. Sie lehrt u.a. an der Webster University in Wien und der Université Saint Joseph in Beirut.

Abstract: Die Europäische Nachbarschaftspolitik im Libanon

Ausgangspunkt der Analyse ist die Annahme, dass die „gemeinsamen Werte“ der Europäischen Nachbarschaftspolitik in primäre Werte – Stabilität, Prosperität und Sicherheit – und instrumentelle Werte – Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Good Governance, marktwirtschaftliche Prinzipien – unterteilt werden können. Es wird argumentiert, dass die EU-Institutionen nicht die kategorische Definitionsmacht über die Relevanz der instrumentellen Werte gegenüber den primären Werten hat. Vielmehr haben neben den EU-Institutionen auch die EU-Mitgliedsstaaten, die Internationale Gemeinschaft, die regionale und die nationale Dynamik entscheidenden Einfluss auf die Ausformung der normativen Grundlage der ENP. Diese Annahmen werden anhand der ENP-Libanon getestet.

Die ENP-Libanon ist v.a. von der Betonung sicherheitspolitischer Komponenten der Zusammenarbeit und einer regionalen Ausrichtung geprägt, die die Beziehung zwischen Syrien, dem Libanon und der EU ins Zentrum des politischen Dialogs stellt.

Im Analysezeitraum 2006-2011 zeigt sich, dass v.a. die relative politische und ökonomische Macht der EU gegenüber Syrien die Relevanz der instrumentellen Werte in der ENP-Libanon definiert und deren hohe Volatilität bedingt.

Die interne Komponente der ENP-Libanon ist von einer engen Bindung der ENP an die pro-westlichen Eliten des Libanon gekennzeichnet, was nicht nur institutionelle Reformen, die deren Macht beschneiden könnten, verhindert, sondern auch den Handlungsspielraum der EU gegenüber anderen politischen Akteuren im Land und der Region erheblich einengt.

Neben Syrien, das die ENP-Libanon auf regionaler Ebene prägt und der internen politischen Dynamik des Libanon, die den Handlungsspielraum der EU einengt, limitieren auch die EU-Mitgliedsstaaten und die internationale Gemeinschaft die Definitionsmacht der EU.

International beherrschen Feedback-Effekte zwischen dem dominanten Diskurs der internationalen Gemeinschaft zu Syrien und der Hizbullah und den EU-Institutionen die Ausrichtung der ENP, während auf EU-Mitgliedsstaatsebene v.a. Frankreich durch seine historischen Verbindungen zum Libanon die ENP-Libanon von innen prägt.

Die Protestbewegungen in der arabischen Welt haben darüber hinaus vor Augen geführt, dass institutionelle Reformen und gesellschaftliche Transformation in der

MENA Region vollständig unabhängig von der EU und der transformativen Macht der Europäischen Nachbarschaftspolitik geschieht.

Abstract: The European Neighbourhood Policy in Lebanon

The breaking down of the so called “common values” of the European Neighbourhood Policy (ENP) into primary values - i.e. Stability, Prosperity and Security – and instrumental values – i.e. Democracy, Rule of Law, Good Governance and the Principles of Market Economy – marks the beginning of this analysis. It is argued here that the EU’s institutions do not have the power to decide unilaterally over the relevance of instrumental values vis-à-vis the primary values of the ENP. EU member states, along with dynamics of the international community, regional and national politics influence the ENP’s normative foundation.

This assumption will be further tested through an analysis of the ENP-Lebanon and its feedback-effects.

The Syria-Lebanon-EU triangular relation makes up the main focus of the ENP-Lebanon along with an emphasis on security in the political cooperation. The EU-Syrian relation, the relative power or powerlessness of the EU vis-à-vis Syria, in political and economic terms, defines the relevance of instrumental values in the ENP-Lebanon and their volatility.

Internal aspects of the ENP-Lebanon on the other hand are characterised by a strong link between ENP policy and the pro-Western elites of Lebanon, which not only hinders institutional reform – reforms could jeopardise the elites’ power structures – but also limits the EU’s scope of action in the entirety of the political spectrum in Lebanon. While Syria determines the ENP-Lebanon on a regional level and the link to pro-Western elites limits the EU’s scope on a national level, EU-member states and the international community also constrain the EU’s power over definition and relevance of the ENP’s normative foundation. On an international level, feedback-effects between the international “powerful discourse” on Syria and Hezbollah and the EU institutions affect the normative construction of the ENP-Lebanon while, on a member state level, France’s historic ties form the ENP-Lebanon internally.

However, the protests and revolutionary movements in the Arab world beginning in 2011 clearly show that institutional reforms and social transition in the MENA region is completely independent from EU politics and the “transformative power” of the ENP, regardless of the relevance of its “common values”.

Lebenslauf

Magdalena Mauracher

Geboren am 18.10.1985 in Oberndorf b. Salzburg

Seit Oktober 2004 Studium der Internationalen Entwicklung an der Universität Wien

Seit Oktober 2005 Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien

Von Jänner bis Juni 2009 Studienaufenthalt an der University of Leeds, UK